



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 4. MÄRZ 2019

STAATSANZEIGER

NR. 8 / SEITE 277

Hinweis

Am 11. März 2019 erscheint kein Staatsanzeiger.
Nächstes Ausgabedatum ist der 18. März 2019.

Die Redaktion

INHALT

Seite		Seite		Seite
	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord			
	Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung Aktenzeichen: 21a-7.120-024-2018 Energiewirtschaftliches Verfahren zur Zulassung der Änderung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Koblenz - Windesheim (Bl. 4512) durch Neueinführung der Leitung in die Umspannanlage Bacharach (Länge 0,7 km)	277		
	Bekanntgabe gemäß § 3 a Satz 2 Halbsatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Betreiber: Borne Energy GmbH)	278		
	Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die			
	Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Antragsteller: Biogaspartner Bitburg GmbH, 54290 Trier)	278		
	Sonstige Veröffentlichungen			
	21. Änderung der Satzung des MDK Rheinland-Pfalz gemäß Beschluss des Verwaltungsrates vom 29. November 2018 hier: § 7a „Beirat nach § 279 Abs. 4a SGB V“ Genehmigung durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie mit Schreiben vom 6. Februar 2019 Satzung des MDK Rheinland-Pfalz	278		
	Bekanntmachung des Landeswahlleiters Rheinland-Pfalz über das zugelassene Programm zur Stimmentzählung für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019	280		
	Auflösung des Vereins Bürgergemeinschaft „Dorfmitte“ Berg / Pfalz 2014 e. V.	280		
	Öffentliche Bekanntmachung einer Sitzung des Bezirksausschusses des Bezirksverbands Pfalz	280		
	Auflösung des Frauenchors Ochtersheim e. V.	281		
	Öffentliche Bekanntmachung der Planungsgemeinschaft Region Trier (10. Sitzung des Fachausschusses 1 „Raumordnung“ in der Wahlzeit 2014/19)	281		
	Auflösung des Vereins „Human Aid - Nothilfe International Worms e. V.“	281		
	Stellenausschreibungen	281		
	Bekanntmachungen der Gerichte	308		

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

1114.

Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung Aktenzeichen: 21a-7.120-024-2018 Energiewirtschaftliches Verfahren zur Zulassung der Änderung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Koblenz - Windesheim (Bl. 4512) durch Neueinführung der Leitung in die Umspannanlage Bacharach (Länge 0,7 km)

Das Vorhaben befindet sich im Rhein-Hunsrück-Kreis, Verbandsgemeinde Rheinböllen, Ortsgemeinde Erbach, Gemarkung Erbach, Flur 22, Flurstücke Nr. 62 und Nr. 79, sowie im Landkreis Mainz-Bingen, Verbandsgemeinde Rhein-Nahe, Ortsgemeinde Manubach, Gemarkung Manubach, Flur 17, Flur-

stücke Nr. 5 und Nr. 48, sowie auf dem Gebiet der Stadt Bacharach, Gemarkung Steeg, Flur 13, Flurstück Nr. 433/203 und Flur 24, Flurstück Nr. 20.

Vorhabenträgerin ist die Amprion GmbH, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, gibt als zuständige Planfeststellungs- und Plangenehmigungsbehörde bekannt, dass im Rahmen des energiewirtschaftlichen Verfahrens zur Zulassung der oben genannten Änderungen keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien durch das oben genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Rechtsgrundlage der Vorprüfung ist § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 7 Abs. 1 UVPG in der Fassung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I 2010 S. 94), zuletzt geändert durch Art. 2 des Ge-

setzes vom 8. September 2017 (BGBl. I 2017 S. 3370) in Verbindung mit Ziffer 19.1 der Anlage 1 zum UVPG.

Wesentliche Gründe der Entscheidung: Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter des UVPG sind entweder geringfügig oder auf die Bauzeit beschränkt. Durch das Vorhaben werden die Schutzziele besonders schutzwürdiger Gebiete und Objekte im Sinne der Ziffer 2.3 der Anlage 3 zum UVPG nicht beeinträchtigt oder gefährdet. Die Errichtung des Mastes Nr. 1192 und die Erhöhung von 5 Masten finden vollständig innerhalb der bestehenden Trasse mit drei parallelen Leitungen statt. Betroffen sind somit nur Flächen, die bereits jetzt energiewirtschaftlich genutzt werden.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Koblenz, den 31. Januar 2019

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Thomas Gottschling

1115.

**Bekanntgabe gemäß § 3 a Satz 2
Halbsatz 2 des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Betreiber: Borne Energy GmbH)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt, dass im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Neugenehmigung eines ORC-Holzheizkraftwerkes (13,1 MW FWL) zur Erzeugung von Strom und Warmwasser in der Gemarkung Trierweiler/Sirzenich, Flur 3, Flurstücke 5/5 und 5/6, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wird (Aktenzeichen: 21a/07/5.1/2019/003). Betreiber der o. g. Anlage ist Borne Energy GmbH.

Da dieses Vorhaben in den Anwendungsbe- reich des UVPG fällt, wurde eine Standort bezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 2 UVPG durchgeführt. Aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 Nr. 2.3 aufgeführten Schutzkriterien sind nach Einschätzung der zuständigen Behörde keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen durch die o. g. Anlage zu besorgen. Es besteht daher für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen einer UVP-Pflicht:

Der Vorhabens-Standort liegt in dem Gewerbegebiet Trierweiler-Sirzenich. Auswirkungen des Vorhabens auf die, im Einwirkungsbereich der Anlage vorliegenden Schutzgüter des UVPG, sind durch technische Vorkehrungen entweder auszuschließen oder unterhalb der jeweiligen Bagatellmenge. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des jeweiligen Gebietes betreffen, sind nicht zu besorgen.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar.

Koblenz, den 15. Februar 2019

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Dr. Wolfgang Mikolajski

1116.

**Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
(Antragsteller: Biogaspartner Bitburg
GmbH, 54290 Trier)

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt:

Die Biogaspartner Bitburg GmbH, Ostallee 7 - 13, 54290 Trier, beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Aufbereitung von Biogas mit einer Verarbeitungskapazität von 1,2 Millionen Normkubikmetern je Jahr Rohgas oder mehr (hier: Biogasaufbereitungsanlage mit einer Verarbeitungskapazität von 15,77 Mio. Nm³ Rohgas je Jahr) auf dem Betriebsgelände in 54634 Bitburg, Heinrich-Hertz-Straße 6 (Gemarkung Mötsch, Flur 4, Flurstück 22). Im Rahmen des hierfür unter dem Aktenzeichen 314-23-232-3/2018 geführten Genehmigungsverfahrens wird keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erfolgte Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann.

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht können im Internetangebot der SGD Nord (www.sgd-nord.rlp.de) unter dem Link „Bekanntmachungen“ nachgelesen werden.

Koblenz, den 22. Februar 2019

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Felix Reuther

Sonstige Veröffentlichungen

1117.

**21. Änderung der Satzung
des MDK Rheinland-Pfalz
gemäß Beschluss des Verwaltungsrates
vom 29. November 2018
hier: § 7a „Beirat nach § 279 Abs. 4a SGB V“
Genehmigung durch das
Ministerium für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
mit Schreiben vom 6. Februar 2019
Satzung des MDK Rheinland-Pfalz**

§ 1

Name, Sitz und Bereich des Medizinischen
Dienstes der Krankenversicherung

1. Die Arbeitsgemeinschaft führt den Namen „Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Rheinland-Pfalz“ (MDK Rheinland-Pfalz).
2. Der Medizinische Dienst ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts nach Maßgabe des Artikels 73 Abs. 4 Satz 3 und 4 GRG.
3. Er hat seinen Sitz in Alzey.
4. Der Bezirk des Medizinischen Dienstes erstreckt sich auf Rheinland-Pfalz.

§ 2

Aufgaben

Der Medizinische Dienst hat die medizinische Beratung und Begutachtung sowohl für die Krankenversicherung (§ 275 SGB V) als auch für die Pflegeversicherung (§§ 18, 80, 112, 114 SGB XI) sicherzustellen.

§ 3

Mitglieder

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind

- die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland - Die Gesundheitskasse in Eisenberg
- die BAHN-BKK in Frankfurt
- der BKK-Landesverband Mitte in Mainz
- die IKK Südwest in Saarbrücken
- die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) in Kassel
- die Ersatzkassen

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wirken bei der Erfüllung der Aufgaben des Medizinischen Dienstes mit.

§ 5

Organe

Organe des Medizinischen Dienstes sind der Verwaltungsrat und der Geschäftsführer.

§ 6

Verwaltungsrat

1. Die Vertreter im Verwaltungsrat und ihre Stellvertreter werden durch die Vertreterversammlungen/Verwaltungsräte der Mitglieder gewählt.
2. Dem Verwaltungsrat gehören 14 Vertreter der Mitglieder an.
3. Die Mitglieder entsenden Vertreter in den Verwaltungsrat wie folgt:
 - AOK Rheinland-Pfalz/Saarland - Die Gesundheitskasse
4 Vertreter
 - BKK-Landesverband Mitte
2 Vertreter
 - IKK Südwest
2 Vertreter
 - Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)
2 Vertreter
 - die Ersatzkassen
4 Vertreter
4. Für jedes Mitglied ist eine doppelte Anzahl von Stellvertretern zu benennen.
5. Der Geschäftsführer, Ltd. Arzt sowie die übrigen kassenseitigen Mitglieder des Fachgremiums nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.
Im Verhinderungsfall des Geschäftsführers bzw. des Leitenden Arztes nehmen deren Vertreter an der Sitzung teil.

§ 7

Ausschüsse

Der Verwaltungsrat kann für einzelne Aufgaben Ausschüsse bilden.

Zur Beratung und Unterstützung des Verwaltungsrates wird ein Fachgremium gebildet.

Dem Fachgremium gehören an:

- der Vorsitzende des Vorstandes der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland - Die Gesundheitskasse bzw. ein Vertreter,
- der Vorsitzende des Vorstandes des BKK-Landesverbandes Mitte bzw. ein Vertreter,
- der Vorsitzende des Vorstandes der IKK Südwest bzw. ein Vertreter,
- der gemeinsame Beauftragte der Ersatzkassen bzw. ein Vertreter,
- ein Beauftragter für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) bzw. ein Vertreter,
- der Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und sein Vertreter,
- der ärztliche Leiter für Fachaufgaben des Medizinischen Dienstes und sein Vertreter.

Der Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes führt den Vorsitz.

Die beiden alternierenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates können an den Sitzungen des Fachgremiums teilnehmen. Sie sind hierzu einzuladen.

Die Stimmberechtigung im Fachgremium wird in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates geregelt.

§ 7a

Beirat nach § 279 Abs. 4a SGB V

1. Aufgaben des Beirates nach § 279 Abs. 4a SGB V

Beim MDK Rheinland-Pfalz wird ein Beirat gebildet, der den Verwaltungsrat bei seinen Entscheidungen berät und ihn durch Vorschläge und Stellungnahmen unterstützt.

Der Beirat ist vor allen Entscheidungen des Verwaltungsrates zu hören.

2. Zusammensetzung

Der Beirat besteht aus 6 vom Sozialministerium Rheinland-Pfalz nach den Vorgaben des § 279 Abs. 4a SGB V bestimmten Mitgliedern.

Im Pflegebeirat sind zwei Gruppen vertreten. Zum einen handelt es sich um die Vertreterinnen und Vertreter der maßgeblichen Organisationen auf Landesebene, die mit der Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe der pflegebedürftigen und behinderten Menschen sowie der pflegenden Angehörigen befasst sind, und zum anderen um die Vertreterinnen und Vertreter der maßgeblichen Verbände der Pflegeberufe auf Landesebene.

3. Amtsdauer, Sprecherin/Sprecher und Sitzungsteilnahme

Die Amtsdauer beträgt sechs Jahre.

Der Beirat wählt - erstmalig im Rahmen seiner konstituierenden Sitzung - aus seiner Mitte und für die Dauer seiner **Amtszeit eine Sprecherin/einen Sprecher und eine stellvertretende Sprecherin/einen stellvertretenden Sprecher** mit der Maßgabe, dass sie die Sprecherfunktion bei gegenseitiger Stellvertretung abwechselnd für ein Jahr ausüben.

Sprecherin/Sprecher und stellvertretende Sprecherin/stellvertretender Sprecher sollen unterschiedlichen Gruppen gemäß § 279 Abs. 4a Satz 5 SGB V angehören.

Die Sprecherin/Der Sprecher und die stellvertretende Sprecherin/der stellvertretende Sprecher nehmen beratend an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil.

Die Beratungsunterlagen und Protokolle des Verwaltungsrates zu Entscheidungen des Verwaltungsrats gehen den Vertretern im Beirat zeitgleich mit denen der Verwaltungsratsmitglieder zu.

Für die Mitglieder im Beirat gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Schweigepflicht (insbesondere §§ 35 SGB I, 67 SGB X sowie 203 StGB).

4. Sitzungen des Beirats

Die Sprecherin/Der Sprecher des Beirats lädt in Abstimmung mit der Geschäftsführerin/dem Geschäftsführer zu den Sitzungen des Beirats ein, die regelmäßig mindestens sieben Tage vor den Sitzungen des Verwaltungsrates stattfinden.

Die Geschäftsführerin/Der Geschäftsführer des MDK Rheinland-Pfalz, die Leitende Ärztin/der Leitende Arzt sowie zwei vom Verwaltungsrat bestimmte Mitglieder nehmen beratend an den Sitzungen des Beirats teil. Die alternierenden Vorsitzenden können ebenfalls beratend an den Sitzungen teilnehmen.

5. Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreterinnen und Vertreter des Beirates ordnungsgemäß geladen sind und eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent gegeben ist durch Anwesenheit und/oder Stimmrechtsübertragung. Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn einer jeden Sitzung festzustellen. Bei Beschlussunfähigkeit ist eine zweite Sitzung unter erneuter Ladung der Vertreterinnen und Vertreter einzuberufen, in welcher der Beirat ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist; hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.

Die Beschlüsse des Beirates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit wird die Abstimmung nach erneuter Beratung wiederholt. Kommt auch hierbei eine Mehrheit nicht zustande, so gilt der Antrag als abgelehnt.

6. Stimmrechtsübertragung

Mitglieder, die an der Teilnahme an einer Sitzung des Beirats kurzfristig gehindert sind, haben die Möglichkeit, gegenüber der Sprecherin/dem Sprecher des Beirats schriftlich bis Sitzungsbeginn die Übertragung ihres Stimmrechts auf ein anderes Mitglied des Beirats anzuzeigen. Eine auf andere Weise übermittelte Stimmrechtsübertragung ist grundsätzlich innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Sitzung gegenüber der Sprecherin/dem Sprecher des Beirats schriftlich zu bestätigen. Eine Stimmrechtsübertragung ist zu Beginn der Sitzung von der Sprecherin/dem Sprecher des Beirats bekannt zu geben und aktenkundig zu machen.

Die Übertragung des Stimmrechtes kann jeweils nur innerhalb der beiden im Beirat befindlichen in Absatz 2 der Vorschrift genannten Gruppen erfolgen. Bei der Übertragung von Stimmrechten ist eine Beschlussfähigkeit nur dann gegeben, wenn mit Stimmrechtsübertragung jede Gruppe mit mindestens einer Person vertreten ist.

Ein Mitglied mit zwei bzw. drei Stimmrechten durch Stimmrechtsübertragung zählt bei der Feststellung der Mehrheit der Mitglieder doppelt bzw. dreifach.

7. Tagesordnung und Beratungsunterlagen

Die Tagesordnung wird **von der Sprecherin/von dem Sprecher** des Beirats in Abstimmung mit der Geschäftsführerin/dem Geschäftsführer aufgestellt und in der Regel sieben Tage vor der Sitzung versandt.

Die **Vertreterinnen und Vertreter** im Beirat haben die Möglichkeit, zusätzliche Beratungspunkte rechtzeitig vor der Sitzung des Beirats einzubringen.

Soweit aus dem Beirat Beratungspunkte vorgeschlagen werden, ist das Anliegen aus dem Beirat zu formulieren und als Beratungsunterlage für den Verwaltungsrat durch die Verwaltung zu erstellen.

8. Finanzierung des Beirats

Der MDK Rheinland-Pfalz trägt die Kosten der Sitzung. Die Sitzungen des Beirats finden grundsätzlich im Dienstgebäude des MDK Rheinland-Pfalz in Alzey statt.

Der MDK Rheinland-Pfalz erstattet den Vertretern im Beirat die ihnen im Zusammenhang mit der An- und Abreise zur Beiratssitzung entstandenen Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie Sitzungsgeld im Rahmen der Entschädigungsregelung des MDK Rheinland-Pfalz.

§ 8

Aufgaben des Verwaltungsrates

Aufgaben des Verwaltungsrates sind:

1. Beschließen der Satzung,
2. Aufstellen einer Geschäftsordnung,
3. Wahl der beiden alternierenden Vorsitzenden,
4. Feststellen des Haushaltsplanes,
5. Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben,

6. Wahl und Abwahl des Geschäftsführers und seines Stellvertreters sowie der Abschluss der erforderlichen Anstellungsverträge und deren Beendigung,
7. Aufstellen der Richtlinien für die Führung der Geschäfte,
8. Aufstellen der Kassenordnung,
9. Jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung,
10. Abnahme der Jahresrechnung,
11. Entlastung des Geschäftsführers und seines Stellvertreters,
12. Aufstellen von Richtlinien für die Erfüllung der Aufgaben des Medizinischen Dienstes unter Berücksichtigung der Empfehlung des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (§ 282 Abs. 2 SGB V),
13. Nebenstellen zu errichten und aufzulösen.

§ 8a

Jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung

Die jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung nach § 280 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. 210 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 SGB V durch den Verwaltungsrat wird von dem Landesprüfamt der Kranken- und Pflegeversicherung Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die Prüfung wird mit einem Abschlussgespräch beendet.

An dem Abschlussgespräch nehmen die verantwortlichen Prüfer des Landesprüfamtes, die beiden alternierenden Vorsitzenden, der Geschäftsführer und sein Stellvertreter sowie der Haushaltsbeauftragte des MDK teil.

§ 9

Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrates

Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrates beträgt sechs Jahre; sie endet jedoch unabhängig vom Zeitpunkt der Sozialwahl mit dem Zusammentritt der in den nächsten Wahlen neu gewählten Selbstverwaltungsorgane.

§ 10

Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrates

1. Die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrates ist ehrenamtlich.
2. Die Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. In der Entschädigungsregelung, die Anlage dieser Satzung ist, sind die näheren Einzelheiten festgelegt.

§ 11

Öffentlichkeit

1. Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind öffentlich, soweit sie sich nicht mit personellen Angelegenheiten des Medizinischen Dienstes, Grundstücksgeschäften oder geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen (§ 35 Abs. 1 SGB I) befassen.
2. Der Verwaltungsrat kann die Öffentlichkeit für weitere Beratungspunkte in nicht-öffentlicher Sitzung ausschließen; der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben.

§ 12

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

1. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreter des Verwaltungsrates ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Vertreter des Verwaltungsrates anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn einer jeden Sitzung festzustellen. Bei Beschlussunfähigkeit ist eine zweite Sitzung unter erneuter Ladung der Ver-

treter einzuberufen, in welcher der Verwaltungsrat ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist; hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.

2. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit wird die Abstimmung nach erneuter Beratung wiederholt. Kommt auch hierbei eine Mehrheit nicht zustande, so gilt der Antrag als abgelehnt.
3. Beschlüsse in Haushaltsangelegenheiten und über Aufstellung und Änderung der Satzung bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieder.
4. Der Verwaltungsrat kann in eiligen Fällen ohne Sitzung schriftlich abstimmen. Wenn ein Fünftel der Mitglieder des Verwaltungsrates (§ 6 der Satzung) der schriftlichen Abstimmung widerspricht, ist über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu beraten und abzustimmen. Ergibt sich bei der schriftlichen Abstimmung Stimmengleichheit, wird über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates beraten und erneut abgestimmt; bei erneuter Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung stellt der alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrates fest und teilt dies den Vertretern mit.

§ 13

Geschäftsführer

1. Der Geschäftsführer führt hauptamtlich die Verwaltungsgeschäfte nach den Richtlinien des Verwaltungsrates und vertritt den Medizinischen Dienst gerichtlich und außergerichtlich.
2. Der Geschäftsführer unterstützt den Verwaltungsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben.
3. Der Geschäftsführer hat den Haushaltsplan aufzustellen.

§ 14

Aufbringung und Verwaltung der Umlage

1. Die Finanzierung der Aufgaben des MDK nach § 275 Abs. 1 bis 3a SGB V erforderlichen Mittel werden von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, den Betriebs- und Innungskrankenkassen, den landwirtschaftlichen Krankenkassen und den Ersatzkassen, die Mitglieder mit Wohnsitz im Einzugsbereich des MDK haben, durch eine Umlage aufgebracht.
2. Die Mittel sind im Verhältnis der Zahl der Mitglieder dieser Krankenkassen mit Wohnort im Einzugsbereich des MDK aufzuteilen. Die Zahl der nach Satz 1 maßgeblichen Mitglieder der Krankenkassen ergibt sich nach dem Vordruck KM 6 der Statistik über die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Als Stichtag gilt jeweils der 1.7. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
3. Die Krankenkassen zahlen ihren Anteil an der Umlage als Abschlag vierteljährlich im Voraus, und zwar jeweils zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober jeden Jahres. Abweichend von Absatz 2 und 3 gilt als Stichtag zur Berechnung der Abschlagszahlungen der 1.7. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
4. Sobald die nach Absatz 2 Satz 2 maßgeblichen Mitgliederzahlen zum 1.7. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt ist, vorliegen, erfolgt auf der Basis dieser

Mitgliederzahlen eine Neuberechnung der Umlageanteile. Aus dieser Neuberechnung resultierende Nachforderungen sind von den betreffenden Krankenkassen zu leisten, Erstattungen an die betreffenden Krankenkassen zu leisten oder noch ausstehende Zahlungen zu verrechnen.

5. Eine Abrechnung der geleisteten Umlagen auf Basis des Jahresrechnungsergebnisses findet nicht statt.
6. Für die Kostentragung im Übrigen gilt § 281 Abs. 1 Satz 4 und 5 SGB V.
7. Die Leistungen des MDK im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben nach § 275 Abs. 4 SGB V sind vom jeweiligen Auftraggeber durch ein aufwandsorientiertes Nutzerentgelt zu vergüten und auszuweisen. Eine Verwendung von Umlagemitteln nach Absatz 1 zur Finanzierung dieser Aufgaben ist ausgeschlossen.
8. Für die Verwaltung der Mittel gilt § 281 Abs. 2 SGB V.

§ 15

Dienstrecht

1. Der Medizinische Dienst ist Dienstherr der Beamten und Beamtenanwärter.
2. Oberste Dienstbehörde dieser Beamten ist der Verwaltungsrat.
3. Dienstvorgesetzter ist der Geschäftsführer.

§ 16

Art der Bekanntmachungen

Die Satzung, Satzungsänderungen und sonstiges autonomes Recht werden im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz veröffentlicht. Über weitere Bekanntmachungen, deren Art und Umfang entscheidet der Verwaltungsrat.

§ 17

Inkrafttreten

1. Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
2. Satzungsänderungen und sonstiges autonomes Recht treten, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit und Übersicht werden in der Satzung ausschließlich männliche Termini verwendet. Gemeint sind natürlich stets beide Geschlechter.

Alzey, den 29. November 2018

Medizinischer Dienst
der Krankenversicherung
Rheinland-Pfalz
Martin Schneider
Alternierender Vorsitzender
Verwaltungsrat

Beschluss in der 27. Verwaltungsrats-Sitzung am 29. November 2018, TOP 9

Anzeige an das Ministerium am 31. Januar 2019

1118.

Bekanntmachung des Landeswahlleiters Rheinland-Pfalz über das zugelassene Programm zur Stimmenauszahlung für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Gemäß § 36 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 55a der Kommunalwahlordnung (KWO) mache ich für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 Folgendes bekannt:

Die eingereichten Module des Programmpaketes „PC-Wahl“ zur Stimmenauszahlung (Heiler.exe) und zur Berechnung der Sitzverteilung (Sitzverteilung.exe) zur Stimmenauswertung für die Kommunalwahlen der Firma vote iT GmbH, Gütersloh, werden zur Verwendung für die Zählung der Stimmen sowie zur Ermittlung der Wahlergebnisse in der Programmversion 2018 (14. November 2018) mit der digitalen Signatur, ausgestellt für „vote iT GmbH“ am Freitag, 19. Oktober 2018, durch COMODO RSA Code Signing CA, zugelassen.

Die Zulassung gilt für alle Kommunalwahlen ab dem Tag der Zustellung dieses Bescheides bis zum 31. Dezember 2020.

Mit der Zulassung des vorgenannten Programms ist jede Änderung durch den Antragsteller (Hersteller) ausgeschlossen (§ 55 a Abs. 4 Satz 6 KWO), es sei denn, der Landeswahlleiter macht von seinem Recht nach § 55 a Abs. 4 Satz 7 KWO Gebrauch.

Bad Ems, den 20. Februar 2019

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Der Landeswahlleiter
Marcel H ü r t e r

1119.

Auflösung des Vereins Bürgergemeinschaft „Dorfmitte“ Berg / Pfalz 2014 e. V.

Der Verein Bürgergemeinschaft „Dorfmitte“ Berg / Pfalz 2014 wurde durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 19. Februar 2019 aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Ulrich Steinmann, Dornhecke 1, 76768 Berg / Pfalz; Reinhard André, Schloßstraße 12, 76768 Berg / Pfalz, anzumelden.

Berg / Pfalz, den 24. Februar 2019

Die Liquidatoren

1120.

Öffentliche Bekanntmachung einer Sitzung des Bezirksausschusses des Bezirksverbands Pfalz

Am Freitag, dem 15. März 2019, findet um 11.00 Uhr in 67466 Lambrecht, Franz-Hartmann-Straße 9, im Raum A 5 der Pfalzakademie eine Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

Öffentlich

- TOP 1 Bericht des Bezirkstagsvorsitzenden
- TOP 2 Annahme von Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 58 Abs. 3 LKO i.V.m. § 14 BezO
- TOP 3 Vorläufiger Jahresabschluss 2018
Hier: Übertragung von Ausgabeermächtigungen in das Jahr 2019
- TOP 4 Vorbereitung Sitzung Bezirkstag am 3. Mai 2019
- TOP 4.1 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer, Eigenbetrieb des Bezirksverbands Pfalz (LUFA Speyer)
- TOP 4.2 Änderung der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer, Eigenbetrieb des Bezirksverbands Pfalz (LUFA Speyer)

TOP 5 Auftragsvergaben

TOP 5.1 Auftragsvergabe: Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation (PIH), Frankenthal - Erneuerung von 2 Küchenblöcken in der Großküche Mensa

Nichtöffentlich**TOP 6 Personalmaßnahmen**

Kaiserslautern, den 22. Februar 2019

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Bezirkstagsvorsitzender

1121.

**Auflösung des Frauenchors
Ochtendung e. V.**

Der Frauenchor Ochtendung e. V. ist aufgelöst. Evtl. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei diesem zu melden. Die Liquidatorinnen sind: Elke Ludwig, Klöppelsgasse 24, 56299 Ochtendung; Brunhilde Hoffmann, Im Bergfrieden 28, 56299 Ochtendung.

Ochtendung, den 19. Februar 2019

Die Liquidatorinnen

1122.

**Öffentliche Bekanntmachung
der Planungsgemeinschaft Region Trier**
(10. Sitzung des Fachausschusses 1
„Raumordnung“ in der Wahlzeit 2014/19)

Am Donnerstag, den 14. März 2019, findet um 17.00 Uhr im Sitzungssaal 305 im Dienstgebäude der Landesverwaltung, Deworastraße 8, 54290 Trier, die 10. Sitzung des Fachausschusses 1 „Raumordnung“ der Planungsgemeinschaft Region Trier in der Wahlzeit 2014/19 statt. Die Sitzung ist gem. §§ 35 und 46 GemO i. V. m. § 15 LPiG öffentlich.

Tagesordnung:

TOP 1: Regionaler Raumordnungsbericht 2017

TOP 2: Neuaufstellung Regionalplan: Lösungsdialog Rohstoffsicherung Vulkaneifel: Ergebnisse, Bewertung, Umsetzung im ROPneuE (2. Stufe)

TOP 3: Verschiedenes

Trier, den 26. Februar 2019

Planungsgemeinschaft
Region Trier
Der Vorsitzende
Landrat Günther S c h a r t z

1123.

**Auflösung des Vereins
„Human Aid - Nothilfe International
Worms e. V.“**

Der Verein „Human Aid - Nothilfe International Worms e. V.“ mit dem Sitz in Worms ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator: Herrn Hans-Peter Metzen, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Seminariumsgasse 3, 67547 Worms, anzumelden.

Worms, den 21. Februar 2019

Der Liquidator

Stellenausschreibungen

1124.

Bei der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 2 - Fortbildung - zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Funktion

**der Leitung (m / w / d)
des Fortbildungsgebietes
Führung und Polizeiliches Management**

zu besetzen.

Die Stelle ist der Besoldungsgruppe A 14 mit Aufstiegsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 15 zugeordnet.

Den Aufgabenbereich prägen insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Führung und Weiterentwicklung des Fortbildungsgebietes Führung und polizeiliches Management
- Planung, Koordination und Durchführung bedarfsgerechter Qualifizierungsmaßnahmen für Führungskräfte in der Polizei in den Bereichen Führung und polizeiliches Management
- Dozententätigkeit im Bachelor- und Masterstudiengang
- Dienst- und Fachaufsicht über nachgeordnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Gremientätigkeit (Agen der Kommission Innere Führung)
- Ständige Beratung und Unterstützung der Leitung der Abteilung Fortbildung zur effizienten Wahrnehmung des Fortbildungsauftrages
- Abwesenheitsvertretung der Abteilungsleitung

Bewerber können sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des 4. Einstiegsamtes mit Masterabschluss an der Deutschen Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung mit mindestens fünfjähriger Verwendung in unterschiedlichen Führungsfunktionen des 4. Einstiegsamtes ab der Besoldungsgruppe A 14.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern werden insbesondere Fachkompetenz, ein gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick und die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung erwartet.

Ein abgeschlossenes Studium im Bereich des systemischen Denkens und Handelns ist von Vorteil.

Wünschenswert sind auch Kenntnisse in der Beratung von Personen und Organisationen sowie im Gestalten von Veränderungsprozessen, insbesondere Kenntnisse im Projektmanagement, Qualitätsmanagement, Prozessmanagement sowie Vergabe- und Beschaffungsmanagement. Außerdem wird die Bereitschaft zur Erlangung entsprechender Qualifikationen und Zertifizierungen erwartet.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Ministerium des Innern und für Sport eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Im Bereich der rheinland-pfälzischen Polizei wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung erbeten an das

**Ministerium des Innern und für Sport
- Referat 342 -
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

oder in elektronischer Form an

Referat342@mdi.polizei.rlp.de.

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

1125.

Im MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, zunächst befristet für die Dauer von zwei Jahren, die Stelle

**der Leitung (m / w / d)
des Projektbüros „RP Tech Institute“**

zu besetzen.

Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt, den Technologie- und Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz durch die Einrichtung eines Gründungs- und Transferzentrums in Kaiserslautern zu stärken. Mit Hilfe dieser Einrichtung soll der Wissens- und Technologietransfer in Rheinland-Pfalz verbessert und die Zahl exzellenter technologieorientierter Gründungen gesteigert werden.

Wesentliche Aufgabe des Projektbüros ist es, ein dauerhaft tragfähiges inhaltliches und vorrangig privat finanziertes Gesamtkonzept zu entwickeln und dieses in der Stadt Kaiserslautern zu implementieren.

Im Zuge der Ausgestaltung des Zentrums wird insbesondere eine Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gründungseinrichtungen, der Wirtschafts- und Sozialpartner, der Stadt Kaiserslautern sowie der beteiligten Ressorts der Landesregierung Rheinland-Pfalz erwartet. Zudem sollen die bestehenden Kompetenzfelder und Herausforderungen in Rheinland-Pfalz

bei der Unterstützung technologieorientierter Gründungen berücksichtigt werden.

Die Leitung des Projektbüros hat als Dienstorte MAINZ und KAISERSLAUTERN.

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit Erfahrung und leitender Funktion im Bereich Projektmanagement.

Darüber hinaus erwarten wir:

- erfolgreich abgeschlossenes universitäres Hochschulstudium (Master, Diplom), vorzugsweise im Bereich Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften,
- mindestens fünf Jahre Berufs- und Führungserfahrung in den Bereichen Strategieentwicklung, Strategisches Management, Geschäftsentwicklung oder Unternehmensberatung,
- hohes Maß an Eigenmotivation sowie die Fähigkeit, komplexe Prozesse mit verschiedenen Akteuren in Wirtschaft und Verwaltung effektiv und effizient zu organisieren sowie ziel- und ergebnisorientiert umzusetzen,
- überzeugendes und sicheres Auftreten, insbesondere bei der Gewinnung von Partnern und Investoren für das Gründungs- und Transferzentrum,
- verhandlungssichere Fremdsprachenkenntnisse in Englisch; weitere Fremdsprachenkenntnisse, insbesondere Französisch, sind von Vorteil;
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Verhandlungserfahrung, Entschlussfreude und sachorientierte Durchsetzungsfähigkeit.

Kenntnisse bei der Förderung von Existenzgründungen, der Errichtung von Gesellschaften sowie Kenntnisse der öffentlichen Verwaltung sind von Vorteil.

Die Einstellung erfolgt zunächst in einem auf zwei Jahre befristeten Beschäftigungsverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) mit einer Vergütung analog der Besoldungsgruppe B 3 des Landesbeamtengesetzes.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer

Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis spätestens 20. März 2019** (Posteingang) an das

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Personalreferat,
Frau Julia Schank -
Stiftsstraße 9
55116 Mainz**

Bitte beachten Sie, dass wir Ihre Bewerbung aus Kostengründen nur dann zurücksenden können, wenn ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beigelegt ist.

Kennt Sie schon das Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz? Alle Infos finden Sie hier: www.karriere.rlp.de.

Die Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie im Internetauftritt des Ministeriums: www.mwvlw.rlp.de/de/ueber-das-ministerium/datenschutz. Auf Wunsch übersenden wir diese Information auch in Papierform.

1126.

Die LANDWIRTSCHAFTSKAMMER RHEINLAND-PFALZ - Körperschaft des öffentlichen Rechts - sucht für den Dienstort ALZEY zum nächstmöglichen Termin

eine / n Referent / in (m / w / d) für die berufliche Bildung.

Es handelt sich um eine als Mutterschutz- und Elternzeitvertretung befristete Vollzeitstelle, die grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet ist.

Als Referent / in für die berufliche Bildung der „Grünen Berufe“ an unserer Dienststelle Alzey bereiten Sie im Wesentlichen den Berufsnachwuchs für den Beruf Winzer / in auf die Meisterprüfung vor. In anderen Berufsbildern sind Sie unterstützend tätig. Sie wirken v. a. im betriebswirtschaftlichen Bereich mit, in dem Sie verschiedene Seminare, Übungstage sowie die Prüfungen organisieren und durchführen. Teile der Lehrgänge sind durch eigenen Unterricht und Referententätigkeit abzudecken.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern erwarten wir:

- Ein erfolgreich abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (weiterer berufsqualifizierender Abschluss = Master / Diplom Uni), bevorzugt in den Bereichen Weinbau und Oenologie, Agrarwissenschaften oder einem vergleichbaren Studiengang.

- Erwünscht ist die Befähigung für die Laufbahn des höheren landwirtschaftlichen Verwaltungsdienstes (Zweites Staatsexamen) oder eine sonstige vergleichbare pädagogische Erfahrung.
- Gute EDV-Kenntnisse und Fähigkeiten, um den besonderen Anforderungen einer EDV-gestützten Verarbeitung der Daten gerecht zu werden.
- Engagement sowie die Bereitschaft zur Team- und Gremienarbeit.
- Organisatorisches Geschick und Eigeninitiative.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Vorgesehen ist eine Eingruppierung in Entgeltgruppe 13 TV-L.

Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen von Schwerbehinderten bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen (Anschriften, Tabellarischer Lebenslauf, Ausbildungs-, Prüfungs- und Beschäftigungsnachweise) senden Sie bitte **bis zum 29. März 2019** an die

**Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
Referat 11 - Personal
Burgenlandstraße 7
55543 Bad Kreuznach**

Für Fragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung steht Ihnen Frau Frieden (Tel. 0671 793-1151) gerne zur Verfügung. Weitere Informationen zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz finden Sie unter www.lwk-rlp.de.

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen nur in Kopie ein und verwenden keine Mappen / Klarsichtfolien. Es erfolgt keine Rücksendung der Unterlagen. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Alternativ können Sie uns Ihre Bewerbung auch per E-Mail (möglichst im pdf-Format in einer Datei bis max. 5 MB) an das Postfach

personal.bewerbung@lwk-rlp.de

übersenden.

Geben Sie bitte bei Ihrer Bewerbung an, wie Sie auf uns aufmerksam geworden sind.

1127.

Die LANDWIRTSCHAFTSKAMMER RHEINLAND-PFALZ - Körperschaft des öffentlichen Rechts - sucht für die Zentrale in BAD KREUZNACH zum nächstmöglichen Termin

eine / n Referent / in (m / w / d) für das Aufgabengebiet Acker- und Pflanzenbau.

Als Referent / in nehmen Sie die Aufgaben der Landwirtschaftskammer bei der Saatenanerkennung, des Bodenschutzes, der Düngung, des Pflanzenschutzes und des Wasserschutzes wahr. In der Berufsbildung beteiligen Sie sich an der Meisterausbildung, außerdem übernehmen Sie die Geschäftsführung der beiden Ausschüsse Ackerbau und nachwachsende Rohstoffe sowie Dauergrünland. Ihre Aufgabe ist es, die

zahlreichen umweltrelevanten und rechtlichen Fragen rund um den Acker- und Pflanzenbau sachgerecht zu analysieren und in der Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt kritisch zu beantworten.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern erwarten wir:

- einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss (weiterer berufsqualifizierender Abschluss = Master / Diplom Uni) im Studiengang Agrarwissenschaften / Agrarwirtschaft oder einen Abschluss in einem anderen, gleichwertigen und für die Ausübung der Tätigkeit geeigneten Hochschulstudium,
- fundierte Kenntnisse im Acker- und Pflanzenbau und in der Bodenkunde,
- praxisorientiertes Denken,
- die Bereitschaft zur Wahrnehmung von Außen- und Abendterminen,
- einen Führerschein Klasse B.

Es handelt sich um eine auf Dauer angelegte unbefristete Beschäftigung in Vollzeit.

Die Einstellung erfolgt im Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Vorgesehen ist eine Eingruppierung in Entgeltgruppe 13 TV-L.

Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen von Schwerbehinderten bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen (Anschreiben, Tabellarischer Lebenslauf, Ausbildungs-, Prüfungs- und Beschäftigungsnachweise) senden Sie bitte **bis zum 29. März 2019** an die

**Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
Referat 11 - Personal
Burgenlandstraße 7
55543 Bad Kreuznach**

Für Fragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung steht Ihnen der Leiter des Referates Raumordnung Ralph Gockel (Tel. 0671 793-1138) gerne zur Verfügung. Weitere Informationen zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz finden Sie unter www.lwk-rlp.de.

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen nur in Kopie ein und verwenden keine Mappen / Klarsichtfolien. Es erfolgt keine Rücksendung der Unterlagen. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Alternativ können Sie uns Ihre Bewerbung auch per E-Mail (möglichst im pdf-Format in einer Datei bis max. 5 MB) an das Postfach

personal.bewerbung@lwk-rlp.de

übersenden.

Geben Sie bitte bei Ihrer Bewerbung an, wie Sie auf uns aufmerksam geworden sind.

1128.

Die LANDWIRTSCHAFTSKAMMER RHEINLAND-PFALZ - Körperschaft des öffentlichen Rechts - sucht für den Standort in BAD KREUZNACH ab August 2019

**eine / n Mitarbeiter / in (m / w / d)
im Bereich „Einkommensalternativen“ mit
dem Schwerpunkt Gästebeherbergung /
Hofgastronomie.**

Ihre Aufgaben:

Geschäftsführung des Vereins „Naturlaub auf Winzer- und Bauernhöfen in Rheinland-Pfalz / Saarland“ in enger Abstimmung mit dem Vereinsvorstand sowie Betreuung der Vereinsmitglieder und Erledigung der für die Vereinsarbeit notwendigen Tätigkeiten (Mitgliederverwaltung und -betreuung, Öffentlichkeitsarbeit, Website, Social Media, Qualitätskontrollen und Beschwerdemanagement, überregionale Zusammenarbeit).

Beratungen von Bauern- und Winzerhöfen mit Diversifizierungsangeboten (Urlaub, Hofgastronomie, Direktvermarktung). Neben einzelbetrieblichen Beratungen umfasst dies die Planung und Durchführung von Seminaren und Lehrfahrten sowie die Mitarbeit in Projekten. Im Rahmen einzelbetrieblicher Beratungen sind Angebotsplanungen, Standort- sowie Stärken- / Schwächenanalysen, Rentabilitätsberechnungen und arbeitswirtschaftliche Empfehlungen für Businesspläne, Förderanträge und Finanzierungsgespräche zu erstellen.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern erwarten wir:

- Einen Hochschulabschluss im Agrar- oder Tourismusbereich oder Abschluss eines anderen, gleichwertigen, für die Ausübung der Tätigkeit geeigneten Hochschulstudiums
- Betriebswirtschaftliche Kenntnisse, praxisorientiertes und ökonomisches Denken
- Vorkenntnisse und Interesse an Fragen der Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe, Tourismus und digitale Medien
- Serviceorientiertheit und Geschick in Beratungssituationen
- Eigenverantwortliches Arbeiten, Bereitschaft zum gelegentlichen Dienst an Wochenenden
- Einen Führerschein Klasse B, die Bereitschaft zum Einsatz eines eigenen PKW für dienstliche Zwecke (Erstattung erfolgt nach dem geltenden Landesreisekostengesetz) sowie die Wahrnehmung von Außendiensttätigkeiten

Es handelt sich um eine auf Dauer angelegte unbefristete Beschäftigung in Vollzeit. Die Einstellung erfolgt im Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Vorgesehen ist eine Eingruppierung in Entgeltgruppe 10 TV-L.

Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen von Schwerbehinderten bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen (Anschreiben, Tabellarischer Lebenslauf, Ausbildungs-, Prüfungs- und Beschäftigungsnachweise) senden Sie bitte **bis zum 29. März 2019** an die

**Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
Referat 11 - Personal
Burgenlandstraße 7
55543 Bad Kreuznach**

Für Fragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung steht Ihnen die Referatsleiterin Dr. Elisabeth Seemer (Tel. 0671 793-1162) gerne zur Verfügung. Weitere Informationen zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz finden Sie unter www.lwk-rlp.de.

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen nur in Kopie ein und verwenden keine Mappen / Klarsichtfolien. Es erfolgt keine Rücksendung der Unterlagen. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Alternativ können Sie uns Ihre Bewerbung auch per E-Mail (möglichst im pdf-Format in einer Datei bis max. 5 MB) an das Postfach

personal.bewerbung@lwk-rlp.de

übersenden.

Geben Sie bitte bei Ihrer Bewerbung an, wie Sie auf uns aufmerksam geworden sind.

1129.

Im MINISTERIUM FÜR BILDUNG in MAINZ ist in der Abteilung 2 „Schulrecht, Personalrecht, Personalverwaltung, Lehrerinnen- und Lehrerbildung und Landesprüfungsamt“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Referentin / eines Referenten
(w / m / d)**

in Vollbeschäftigung zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Mitwirkung bei der Ausbildung und Prüfung für das Lehramt an Förderschulen einschließlich Entwicklung curricularer Grundlagen für die Lehrkräfteausbildung
- Konzeption und Durchführung von Organisations- und Personalentwicklungsprozessen in den Studienseminaren
- Mitwirkung bei der Erstellung von Prüfungsordnungen und anderen Ordnungen
- Vertretung des Landesprüfungsamtes im Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Trier
- Aufsicht über die Geschäftsstelle des Landesprüfungsamtes an der Universität Trier
- Fach- und Dienstaufsicht über die Seminar- sowie Fachleiterinnen und -leiter an den staatlichen Studienseminaren für das Lehramt an Förderschulen
- Anerkennung von Lehramtszeugnissen aus anderen Bundesländern sowie aus EU- und Drittstaaten für das Lehramt an Förderschulen
- Organisation und Durchführung lehramtsbezogener Prüfungen (z. B. Erste und Zweite Staatsprüfungen, Wechselprüfungen) sowie Teilnahme an universitären lehramtsbezogenen Modulprüfungen

- Grundsatzfragen des Quer- und Seiteneinstiegs, Überprüfung der fachwissenschaftlichen Voraussetzungen bei Bewerbungen für den Quer- und Seiteneinstieg
- Inklusion in der Lehrkräfteausbildung

Der Aufgabenkatalog kann sich verändern.

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit Zweiter Staatsprüfung für das Lehramt an Förderschulen sowie mehrjähriger Berufserfahrung in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung. Bewerberinnen können sich Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 16 Landesbesoldungsgesetz oder Tarifbeschäftigte, deren Eingruppierung nach dem TV-L erfolgt.

Wir erwarten eine sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, ausgezeichnete Team- und Kommunikationsfähigkeit. Verhandlungsgeschick wird ebenso wie ein hohes Maß an Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und Flexibilität vorausgesetzt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Das Ministerium für Bildung unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Anschreiben, Lebenslauf, aktuelle Beurteilungen oder Arbeitszeugnisse, Nachweise) **unter Angabe der Kennziffer 1/B2/2019 bis zum 5. April 2019** und bitten diese bevorzugt elektronisch an

bewerbungen@bm.rlp.de

oder an das

**Ministerium für Bildung
- Personalreferat -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Für Ihre Onlinebewerbung downloaden Sie bitte unter diesem Link <https://s.rlp.de/Bewerbungsformular> unser Bewerbungsformular, welches Sie ausgefüllt Ihrer Bewerbung als Anhang beifügen.

Weitere Informationen über das Ministerium für Bildung finden Sie auf unserer Homepage unter www.bm.rlp.de.

1130.

Die DEUTSCHE UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER sucht zum 1. Juli 2019 für zunächst vier Jahre im Rahmen des vom

BMBF-geförderten Graduiertenkollegs „Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftskommunikation als forschungsbasierte Praxen der Wissenschaftssystementwicklung: Teilprojekt Speyer“

eine / n Postdoc (m / w / d)

(Eingruppierung nach TV-L E 14, mit 100 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit). Die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Weiterqualifizierung (Habilitation) ist gegeben. Die Ausschreibung steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Freigabe der Mittel. Das GraKo wird gemeinsam mit der Universität Magdeburg und dem Institut für Hochschulforschung (HoF) durchgeführt.

Aufgabenschwerpunkte:

- Inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Projektleitung bei der Durchführung des Graduiertenkollegs
- Eigene wissenschaftliche Arbeit und Publikationstätigkeit

Ihr Profil:

- Promotion im Bereich der breit verstandenen Sozialwissenschaften (Soziologie, Geographie, Ökonomie etc.)
- Eigene Forschungs- und Publikationserfahrungen im Bereich der Hochschul- bzw. Wissenschaftsforschung
- Fundierte Kenntnisse der Methoden der empirischen Sozialforschung
- Selbstständige und sehr strukturierte Arbeitsweise
- Organisationsgeschick

Bei inhaltlichen Fragen zur ausgeschriebenen Stelle wenden Sie sich bitte an Prof. Dr. Michael Hölscher, Tel. 06232 654-369, E-Mail hoelscher@uni-speyer.de.

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ist bestrebt, den Anteil der Frauen zu erhöhen. Frauen werden bei gleichwertiger Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Ihre Bewerbung mit den folgenden Unterlagen (Lebenslauf, Motivationsschreiben, Zeugnisse, eine Leseprobe) richten Sie bitte **bis spätestens 14. März 2019** (Auswahlgespräche vermutlich am 22. März) **unter Angabe der Kennziffer 0619** an:

**Deutsche Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer
bewerbung@uni-speyer.de**

Elektronische Bewerbungen bitte nur im pdf-Format und in einer Datei. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung.

Die Universität Speyer im Internet: www.uni-speyer.de.

1131.

Bei der STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD (SGD Süd) ist im Bereich des Referates 41 - Raumordnung und Landesplanung - die Stelle

einer Referentin / eines Referenten für Infrastruktur und Statistik

in der Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW) zu besetzen.

Die Planungsgemeinschaft Westpfalz ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben ist sie Planer, Ideengeber, Koordinator und Dienstleister für die Region Westpfalz mit den kreisfreien Städten Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken und den Landkreisen Donnersberg, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz.

Ihre Aufgaben:

- Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans (RROP) Westpfalz, insbesondere im Themenfeld Infrastruktur
- Verwirklichung der Raumordnung durch Regionale Entwicklungskonzepte
- Laufende Raumb Beobachtung in der Region Westpfalz, insbesondere Auswertung der amtlichen Statistik, sowie Monitoring raumwirksamen Geschehens in Kooperation mit der oberen Landesplanungsbehörde bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd und den Fachplanungsinstitutionen
- Erstellung von Beiträgen zum Regionalen Raumordnungsbericht Westpfalz sowie zum Raumordnungsbericht des Landes Rheinland-Pfalz
- Mitarbeit bei raumordnungsbezogenen Verfahren im Rahmen der laufenden Geschäftsführung, insbesondere Abstimmung der Nahverkehrspläne der Gebietskörperschaften, landesplanerische Stellungnahmen im Bereich des Straßen- und Schienenausbaus sowie Energie und Telekommunikation
- Mitwirkung bei Verfahren nach BImSchG und Lärmaktionsplänen
- Einsatz bei regions- und grenzübergreifenden Konsultationen und Abstimmungsverfahren (u. a. Frankreich)

Ihr Profil:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (Master / Diplom-Ingenieur / in) der Fachrichtungen Raum- und Umweltplanung, Geographie oder in einem vergleichbaren Studiengang
- einschlägige Berufserfahrung wird begrüßt
- Fähigkeit zu selbstständigem, konzeptionellem und zielorientiertem Arbeiten
- ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Verhandlungsgeschick und Überzeugungsvermögen
- fundierte Kenntnisse in den Microsoft Office-Anwendungen
- GIS-Kenntnisse sind wünschenswert
- Kenntnisse der französischen Sprache sind von Vorteil

Unser Angebot:

- unbefristete Einstellung als Beschäftigte oder Beschäftigter auf der Grundlage des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Entgeltgruppe 13 mit der grundsätzlichen Möglichkeit einer Übernahme bzw. Einstellung in das Beamtenverhältnis bei Vorliegen der

- beamtenrechtlichen Voraussetzungen (4. Einstiegsamt, Besoldungsgruppe A 13 LBesG Rheinland-Pfalz)
- eine interessante, vielseitige und anspruchsvolle Aufgabe
- eine fachspezifische, strukturierte Einarbeitung und Fortbildung
- sehr flexible Arbeitszeitregelungen
- betriebliche Altersvorsorge und Gesundheitsmanagement

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd strebt an, in allen Bereichen und für alle Positionen, in denen eine Unterrepräsentanz von Frauen besteht, diese abzubauen. Daher sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Eine Teilung der Stelle ist bei entsprechender Bewerberlage möglich.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte auf dem Postweg oder per E-Mail **bis zum 15. März 2019** an die

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
- Personalmanagement -
Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt an der Weinstraße
personalmanagement@sgdsued.rlp.de**

Falls Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen auf dem Postwege zukommen lassen, reichen Sie bitte nur Kopien ohne Bewerbungsmappe ein, da keine Rücksendung erfolgt.

Mit der Abgabe der Bewerbung geben Sie Ihre Einwilligung zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für die Dauer des Bewerbungsverfahrens. Ein Widerruf dieser Einwilligung ist jederzeit möglich. Ausführliche Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten im Bewerbungsverfahren finden Sie auf unserer Internetseite unter folgendem Link https://sgdsued.rlp.de/fileadmin/sgdsued/Dokumente/Ausbildung/Informationen_fuer_Bewerberinnen_und_Bewerber.pdf.

Fragen zum Bewerbungsverfahren beantwortet Ihnen Frau Kraemer (06321 992285).

1132.

Die STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD ist eine obere Landesbehörde im südlichen Rheinland-Pfalz. Sie ist zuständig für Genehmigungsverfahren und eine Vielzahl von weiteren Aufgaben aus den Bereichen

Gewerbeaufsicht, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung, Naturschutz und Bauwesen.

Für unsere Regionalstelle Gewerbeaufsicht Neustadt suchen wir zum baldigen Eintritt

eine Diplom-Ingenieurin (FH) / einen Diplom-Ingenieur (FH) oder Bachelor

als Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter im 3. Einstiegsamt der Fachrichtung Naturwissenschaft und Technik (vormals gehobener technischer Dienst der Gewerbeaufsicht).

Ihr Aufgabengebiet:

Die Tätigkeit umfasst sowohl die Überwachung des Arbeits- und Immissionsschutzes in Anlagen und Betrieben unterschiedlicher Branchen als auch Marktüberwachungsmaßnahmen durch Inspektionen (Außendienst). Darüber hinaus ist die Bearbeitung von Anträgen, Zulassungen, Beschwerden und sonstigen Vorgängen ebenso Bestandteil der Aufgabenstellung (Innendienst).

Ihr Profil:

- erfolgreicher Abschluss eines technischen Fachhochschulstudiums oder eines vergleichbaren Bachelorstudiums, bevorzugt in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau, Umweltingenieur- oder Chemieingenieurwesen
- mehrjährige Berufserfahrung sowie praktische Kenntnisse und Erfahrungen im Arbeits- und Umweltschutz sind erwünscht
- sicheres und überzeugendes Auftreten
- Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen
- gute Englischkenntnisse und Kommunikationsfähigkeit
- selbstständige Arbeitsweise
- Lernbereitschaft
- Bereitschaft und körperliche Tauglichkeit zur Übernahme von Außendiensten
- Pkw-Führerschein und die Bereitschaft, den eigenen Pkw gegen eine Reisekostenentschädigung für dienstliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Unser Angebot:

- eine verantwortungsvolle, vielseitige und interessante Tätigkeit in der staatlichen Umweltverwaltung
- eine bedarfsorientierte Einarbeitung und Fortbildung
- die Einstellung erfolgt mit dem Ziel der Übernahme in ein Beamtenverhältnis (Besoldungsgruppe A 10 LBesG). Bewerberinnen und Bewerber müssen deshalb auch die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. In ein Beamtenverhältnis kann grundsätzlich nur berufen werden, wer das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Zum Zwecke der Einweisung in die Aufgaben der Gewerbeaufsichtsverwaltung geht dem Beamtenverhältnis zunächst ein Beschäftigtenverhältnis (Entgeltgruppe 10) nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vorweg.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd strebt an,

in allen Bereichen und für alle Positionen, in denen eine Unterrepräsentanz von Frauen besteht, diese abzubauen. Daher sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (Anschieben, Lebenslauf, relevante Zeugnisse und Nachweise) senden Sie bitte auf dem Postweg oder per E-Mail (bitte als ein pdf-Dokument) **bis zum 15. März 2019** an die

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
- Personalmanagement -
Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt an der Weinstraße
personalmanagement@sgdsued.rlp.de**

Falls Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen auf dem Postwege zukommen lassen, reichen Sie bitte nur Kopien ohne Bewerbungsmappe ein, da keine Rücksendung erfolgt.

Mit der Abgabe der Bewerbung geben Sie Ihre Einwilligung zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für die Dauer des Bewerbungsverfahrens. Ein Widerruf dieser Einwilligung ist jederzeit möglich. Ausführliche Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten im Bewerbungsverfahren finden Sie auf unserer Internetseite unter folgendem Link https://sgdsued.rlp.de/fileadmin/sgdsued/Dokumente/Ausbildung/Informationen_fuer_Bewerberinnen_und_Bewerber.pdf.

Für Fragen zum Bewerbungsverfahren steht Ihnen Herr Theilmann unter der Rufnummer 06321 992755 gerne zur Verfügung.

1133.

Die STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD ist eine obere Landesbehörde im südlichen Rheinland-Pfalz. Sie ist zuständig für Genehmigungsverfahren und eine Vielzahl von weiteren Aufgaben aus den Bereichen Gewerbeaufsicht, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung, Naturschutz und Bauwesen.

Im Referat 13 - Haushalt und Controlling - unserer Behörde ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Sachbearbeiterin /
eines Sachbearbeiters in der Vergabestelle**

zu besetzen. Die Vergabestelle koordiniert und verantwortet die rechtssichere und wirtschaftliche Durchführung von Vergabeverfahren für Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Ober- und Unterschwellenbereich. Insbesondere werden allgemeine Liefer- und Dienstleistungen des Geschäftsbedarfs und Liefer- und Dienstleistungen im IT-Bereich unter Anwendung der EVB-IT-Vertragsbedingungen beauftragt.

Inhaltliche Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Ausschreibung von Liefer- und Dienstleistungen des allgemeinen Geschäftsbedarfs und der IT
- Durchführung von Submissionen und Zuschlagserteilung
- Mitwirkung und Weiterentwicklung der Vergabeprozesse
- Konzeption und Weiterentwicklung der e-Vergabe im elektronischen Vergabemanagementsystem (VMS), im Vergabemarktplatz (VMP) und im Kaufhaus des Landes (KdL)
- Unterstützung der Fachabteilungen und Fachreferate bei der Erstellung von Leistungsbeschreibungen (im Einzelfall)

Ihr Profil:

- Erfolgreicher Abschluss der Laufbahnprüfung im dritten Einstiegsamt der Laufbahn Verwaltung und Finanzen bzw. ein vergleichbarer Abschluss (Bachelorabschluss der Fachrichtung Öffentliche Verwaltungswirtschaft oder Public Management, Unternehmensjuristin / Unternehmensjurist (LL.B.)) oder ein erfolgreicher Abschluss des Verwaltungslehrgangs II
- Kenntnisse und Erfahrungen im Vergaberecht (insbesondere VOL / A) und Verwaltungsrecht
- Kenntnisse im Vertragsrecht
- Gute EDV-Kenntnisse und die Bereitschaft zur Nutzung softwareunterstützter Aufgabenerledigung (e-Vergabe)
- Bereitschaft zur kontinuierlichen Weiterbildung im Bereich des Vergaberechts
- selbstständige und eigenverantwortliche Arbeitsweise
- hohe Serviceorientierung und Beratungskompetenz
- ausgeprägte Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit

Unser Angebot:

- sicherer Arbeitsplatz im Beamten- oder Beschäftigtenverhältnis
- interessante, vielseitige und anspruchsvolle Aufgabe
- fachspezifische, strukturierte Einarbeitung und Fortbildung
- sehr flexible Arbeitszeitregelungen
- betriebliche Altersvorsorge und Gesundheitsmanagement

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd strebt an, in allen Bereichen und für alle Positionen, in denen eine Unterrepräsentanz von Frauen besteht, diese abzubauen. Daher sind Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht.

Eine Teilung der Stelle ist bei entsprechender Bewerberlage möglich.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte auf dem Postweg oder per E-Mail **bis zum 15. März 2019** an die

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
- Personalmanagement -
Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt an der Weinstraße
personalmanagement@sgdsued.rlp.de**

Falls Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen auf dem Postwege zukommen lassen, reichen Sie bitte nur Kopien ohne Bewerbungsmappe ein, da keine Rücksendung erfolgt.

Mit der Abgabe der Bewerbung geben Sie Ihre Einwilligung zur Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für die Dauer des Bewerbungsverfahrens. Ein Widerruf dieser Einwilligung ist jederzeit möglich. Ausführliche Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten im Bewerbungsverfahren finden Sie auf unserer Internetseite unter folgendem Link https://sgdsued.rlp.de/fileadmin/sgdsued/Dokumente/Ausbildung/Informationen_fuer_Bewerberinnen_und_Bewerber.pdf.

Fragen zum Bewerbungsverfahren beantwortet Ihnen Frau Kraemer (06321 992285).

1134.

Das AMT FÜR BUNDESBAU (ABB) in MAINZ sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**eine / n Projektkoordinatorin oder Projektkoordinator (m / w / d)
(Dipl.-Ing. FH / Master / Bachelor).**

Um diesen Dienstposten können sich Ingenieurinnen und Ingenieure (m / w / d) mit FH-Diplom oder Master oder Bachelor der Fachrichtungen Hochbau oder Bauingenieurwesen bewerben.

Das ABB ist eine eigenständige Landesoberbehörde. Wir realisieren gemeinsam mit acht Niederlassungen des Landesbetriebs Liegenschaft- und Baubetreuung (LBB) alle Hochbau- und Verteidigungsbaumaßnahmen des Bundes in Rheinland-Pfalz. Unsere Arbeitsschwerpunkte sind neben Aufgaben der Fachaufsicht über den LBB u. a. auch die Beratung der Nutzer sowie Vorbereitung, Controlling und Koordination der vom LBB für den Bund umzusetzenden Bauprojekte. Daneben nehmen wir auch übergeordnete,

bauverwaltungsübergreifende Aufgaben für den Bundesbau wahr, wie beispielsweise in den Themenfeldern BIM, bundesbauspezifische Fortbildung.

Sitz der Dienststelle ist MAINZ.

Zu Ihrem Aufgabengebiet gehören:

- Mitwirkung bei der Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben des Bundes bei Baumaßnahmen des Bundes, der Gaststreitkräfte und der NATO während der gesamten Projektlaufzeit
- Verfolgung und Überwachung der Projektziele im Rahmen der übergeordneten Projektkoordination
- Wahrnehmung von Aufgaben der Fachaufsicht, u. a. gemäß RBBau und VHB Bund (www.fib-bund.de)
- Abrechnung der betreuten Baumaßnahmen mit dem LBB nach HOAI bzw. nach den bestehenden Vereinbarungen zwischen Bund und Land

Wir erwarten:

- eine mindestens 2-jährige einschlägige Berufserfahrung, insbesondere in den Bereichen Planung, Bauüberwachung und Abrechnung.
- Gründliche Kenntnisse der VOB / B und der HOAI

Wünschenswert, nicht jedoch zwingend sind:

- Erfahrungen in der Abwicklung öffentlicher Baumaßnahmen
- Erfahrung in der Erstellung und / oder Prüfung von Angebotskalkulationen
- Vertiefte Kenntnisse in den Bereichen Vergabe (VOB / A) und / oder Baubetrieb
- Vorkenntnisse der Regelwerke RBBau, VHB Bund

Die Tätigkeit erfordert ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit und Verhandlungsgeschick. Gute Kenntnisse der englischen Sprache sind ebenso von Vorteil. Gute Anwenderkenntnisse der IT-Standards (Word, Power Point, Excel) sowie eine Fahrerlaubnis B bzw. der Klasse 3 (alt) werden als vorhanden vorausgesetzt.

Wir bieten:

- eine Vergütung nach dem TV-L mit den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen
- flexible familienfreundliche Arbeitszeiten
- berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
- einen zukunftssicheren Arbeitsplatz
- anspruchsvolle und abwechslungsreiche Aufgaben
- teamorientiertes Arbeiten
- qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Im Falle einer Unterrepräsentanz werden sie bei gleichwertiger Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber (m / w / d) werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Amt für Bundesbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen und bietet eine angemessene „Work-Life-Balance“.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Einstellung erfolgt unbefristet. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen der Stelle, gewünschte Gestaltung der Arbeitszeit) entsprochen werden kann.

Eine aussagefähige Bewerbung (Lebenslauf, beruflicher Werdegang, Motivation für die Bewerbung etc.) richten Sie bitte unter Angabe des frühestmöglichen Einstellungstermins **bis zum 22. März 2019** an das

**Amt für Bundesbau
Personalabteilung
Wallstraße 1
55122 Mainz
personal@abb-rlp.de**

Bitte stellen Sie uns Ihre Bewerbung - vorzugsweise per E-Mail mit maximal 5 MB - in einer PDF-Datei zur Verfügung. Falls Sie Ihre Bewerbungsunterlagen in Papierform einreichen, bitten wir Sie, uns ausschließlich Kopien zur Verfügung zu stellen, da Ihre Unterlagen aus organisatorischen Gründen nicht zurückgegeben werden. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Bitte teilen Sie uns außerdem Ihre E-Mail-Adresse und eine Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber zu erreichen sind.

1135.

Das AMT FÜR BUNDESBAU (ABB) in MAINZ sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine / n Projektkoordinatorin oder Projektkoordinator (m / w / d) (Dipl.-Ing. FH / Master / Bachelor).

Um diesen Dienstposten können sich Ingenieurinnen und Ingenieure (m / w / d) mit FH-Diplom oder Master oder Bachelor der Fachrichtungen Technische Gebäudeausrüstung, Versorgungstechnik, Elektro- oder Gebäudetechnik, Hochbau und Bauingenieurwesen bewerben.

Das ABB ist eine eigenständige Landesoberbehörde. Wir realisieren gemeinsam mit acht Niederlassungen des Landesbetriebs Liegenschaft- und Baubetreuung (LBB) alle Hochbau- und Verteidigungsbaumaßnahmen des Bundes in Rheinland-Pfalz. Unsere Arbeitsschwerpunkte sind neben Aufgaben der Fachaufsicht über den LBB u. a. auch die Beratung der Nutzer sowie Vorbereitung, Controlling und Koordination der vom LBB für den Bund umzusetzenden Bauprojekte. Daneben nehmen wir auch übergeordnete,

bauverwaltungsübergreifende Aufgaben für den Bundesbau wahr, wie beispielsweise in den Themenfeldern BIM, bundesbauspezifische Fortbildung.

Sitz der Dienststelle ist MAINZ.

Zu Ihrem Aufgabengebiet gehören:

- Mitwirkung bei der Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben des Bundes bei zivilen Baumaßnahmen, Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Gaststreitkräfte und der NATO
- Verfolgung und Überwachung der Projektziele im Rahmen einer übergeordneten Projektkoordination
- Wahrnehmung der Aufgaben der Fachaufsicht führenden Ebene u. a. gemäß RBBau und VHB Bund
- Abrechnung der betreuten Baumaßnahmen nach HOAI bzw. nach den bestehenden vertraglichen Vereinbarungen
- Prüfung von Bauunterlagen nach RBBau

Wir erwarten:

- eine mindestens 2-jährige einschlägige Berufserfahrung, insbesondere in den Bereichen Planung, Bauüberwachung und Abrechnung.
- Gründliche Kenntnisse der VOB / B und der HOAI

Wünschenswert, nicht jedoch zwingend sind:

- Erfahrungen in der Abwicklung öffentlicher Baumaßnahmen
- Erfahrung in der Erstellung und / oder Prüfung von Angebotskalkulationen
- Vertiefte Kenntnisse in den Bereichen Vergabe (VOB / A) und / oder Baubetrieb
- Vorkenntnisse der Regelwerke RBBau, VHB Bund

Die Tätigkeit erfordert ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit und Verhandlungsgeschick. Gute Kenntnisse der englischen Sprache sind ebenso von Vorteil. Gute Anwenderkenntnisse der IT-Standards (Word, Power Point, Excel) sowie eine Fahrerlaubnis B bzw. der Klasse 3 (alt) werden als vorhanden vorausgesetzt.

Wir bieten:

- eine Vergütung nach dem TV-L mit den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen
- flexible familienfreundliche Arbeitszeiten
- berufliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
- einen zukunftssicheren Arbeitsplatz
- anspruchsvolle und abwechslungsreiche Aufgaben
- teamorientiertes Arbeiten
- qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Im Falle einer Unterrepräsentanz werden sie bei gleichwertiger Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber (m / w / d) werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Amt für Bundesbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen und bietet eine angemessene „Work-Life-Balance“.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Einstellung erfolgt unbefristet. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen der Stelle, gewünschte Gestaltung der Arbeitszeit) entsprochen werden kann.

Eine aussagefähige Bewerbung (Lebenslauf, beruflicher Werdegang, Motivation für die Bewerbung etc.) richten Sie bitte unter Angabe des frühestmöglichen Einstellungstermins **bis zum 22. März 2019** an das

**Amt für Bundesbau
Personalabteilung
Wallstraße 1
55122 Mainz
personal@abb-rlp.de**

Bitte stellen Sie uns Ihre Bewerbung - vorzugsweise per E-Mail mit maximal 5 MB - in einer PDF-Datei zur Verfügung. Falls Sie Ihre Bewerbungsunterlagen in Papierform einreichen, bitten wir Sie, uns ausschließlich Kopien zur Verfügung zu stellen, da Ihre Unterlagen aus organisatorischen Gründen nicht zurückgegeben werden. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Bitte teilen Sie uns außerdem Ihre E-Mail-Adresse und eine Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber zu erreichen sind.

1136.

Im Referat 3.1 - Bergaufsicht des LANDESAMTES FÜR GEOLOGIE UND BERGBAU RHEINLAND-PFALZ (LGB) in MAINZ ist vom 1. Mai 2019 bis 30. Juni 2020 zur Elternzeitvertretung befristet die Stelle

eines / einer Sachbearbeiters / Sachbearbeiterin (m / w / d)

zu besetzen.

Bewerbungsfrist läuft bis 31. März 2019

1. Stellenumfang / Befristungsdauer

Es handelt sich um eine befristete Vollzeitstelle zur Elternzeitvertretung vom 1. Mai 2019 bis 30. Juni 2020 mit 39 Wochenstunden regelmäßiger Arbeitszeit. Die Stelle ist teilzeitfähig, soweit die vollumfängliche Aufgabenwahrnehmung sichergestellt werden kann.

Für die Sicherstellung einer angemessenen Einarbeitung in den Aufgabenbereich ist das LGB an einer Einstellung ab dem 1. Mai 2019 interessiert. Im Rahmen der Bemühungen zur Fachkräftesicherung bemüht sich

- das LGB darüber hinaus um die Schaffung der haushalts- und personalrechtlichen Voraussetzungen zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bei entsprechender Eignung und Bewährung. Die zunächst befristet ausgeschriebene Tätigkeit kann insofern den Beginn einer beruflichen Perspektive in der Bergverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz darstellen.
2. Stellenbewertung / Eingruppierung
Im Rahmen der Tätigkeit zur Elternzeitvertretung erfolgt die Eingruppierung der Bewerberinnen und Bewerber nach Entgeltgruppe (EG) 11 TV-L und unter Berücksichtigung der Qualifikation und der endgültigen Aufgabenzuweisung. Die Stufenzuordnung erfolgt unter Berücksichtigung von Qualifikation, Berufserfahrung und Kenntnisstand.
3. Organisatorische Anbindung
Abteilung 3 - Bergbau
Referat 3.1 - Bergaufsicht
4. Aufgaben
Die Aufgabenschwerpunkte sind:
- Durchführung bergrechtlicher Betriebsplanverfahren und Genehmigungsverfahren nach anderen Rechtsgebieten für Festgesteinstagebaue und untertägige Gewinnungsbetriebe,
 - Erteilung sprengstoffrechtlicher Genehmigungen wie Erlaubnisse, Befähigungsscheine und Unbedenklichkeitsbescheinigungen,
 - Durchführung der Betriebsaufsicht in den o. g. Betrieben,
 - Mitwirkung bei bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren.
5. Formale Voraussetzungen
- Nachweis der Laufbahnprüfung für den gehobenen bergtechnischen Dienst,
 - mindestens abgeschlossener Bachelorstudiengang der Fachrichtungen Bergbau, Umweltingenieurwesen, Bauwesen oder vergleichbarer Fachrichtungen oder
 - Nachweis einer vergleichbaren Qualifikation mit berg- oder umweltfachlichem Bezug.
6. Aufgabenbezogene Kompetenzen
Folgende Kenntnisse sind wünschenswert aber nicht Voraussetzung:
- praktische Erfahrungen im Bereich des über- und / oder untertägigen Bergbaus,
 - gute Kenntnisse in der praktischen Anwendung des Berg-, Umwelt- und Verwaltungsrechts,
 - Berufserfahrung im Bereich einer Bergverwaltung oder Bergbauunternehmen,
 - gute DV-Kenntnisse (MS-Office-Anwendungen, Internet, E-Mail-Programme) sowie im Umgang mit Datenbanken.
7. Persönliche Kompetenzen
- Eigeninitiative
 - eine strukturierte, selbstständige und gewissenhafte Arbeitsweise,

- Begeisterung für innovative Veränderungen in der Verwaltung,
- Organisations- und Koordinationstalent, Kommunikationsstärke und Teamfähigkeit,
- Motivationsfähigkeit, Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen,
- die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte schnell zu erfassen und zu beurteilen,
- die Bereitschaft, sich in unterschiedliche Themenstellungen einzuarbeiten,
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen,
- freundliches, professionelles Auftreten,
- Flexibilität, Belastbarkeit und Stressresistenz sowie
- gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (ehemals Klasse 3).

8. Gleichstellung / Frauenförderung / Berücksichtigung Schwerbehinderter

Das Landesamt für Geologie und Bergbau unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf der Grundlage der Selbstverpflichtung „LAND RHEINLAND-PFALZ - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Im Rahmen der Personalentwicklung bieten wir zusätzlich zu den gesetzlichen und tariflichen Leistungen

- bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- lebensphasenorientierte Arbeitszeit- und Telearbeitsmodelle,
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder der sexuellen Identität.

Bei entsprechender Eignung werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

9. weitere Information

Wir freuen uns, wenn Sie sich bei Interesse schon vorab mit Herrn Jörg Daichendt, Tel. 06131 9254-267 bzw. joerg.daichendt@lgb-rlp.de oder Herrn Holsten Hübner, Tel. 06131 9254-252 bzw. holsten.huebner@lgb-rlp.de

für ein unverbindliches Vorgespräch in Verbindung setzen. Danach besteht die Möglichkeit, sich via Skype kennen zu lernen.

10. Bewerbungsfrist

Für eine direkte Bewerbung reichen Sie bitte Ihre vollständigen und aussagekräftigen Unterlagen (Anlagen nur als unbeglaubigte Kopien) postalisch oder per E-Mail (bitte als zusammenhängende Datei) ein. Eine Rückgabe der Unterlagen erfolgt aus Kostengründen nicht. Die datenschutzgerechte Vernichtung wird nach Abschluss des Verfahrens garantiert. Bewerbungs- oder Reisekosten können nicht übernommen werden.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte **bis 31. März 2019** schriftlich an das

**Landesamt für Geologie und Bergbau
Rheinland-Pfalz
Emy-Roeder-Straße 5
55129 Mainz**

oder per elektronischer Post an die Adresse

bewerbung@lgb-rlp.de.

Sie erhalten eine Eingangsbestätigung per E-Mail.

1137.

Zum Aufbau unseres Teams zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen der Einrichtungen der Eingliederungshilfe ist im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ, Abteilung 1, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle in Vollzeit am Dienort MAINZ zu besetzen:

Referentin / Referent (m / w / d) Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in der Eingliederungshilfe.

Anforderungen:

- Mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtung Verwaltung, Finanzen, Verwaltungsbetriebswirtschaft, Finanzwirtschaft oder Betriebswirtschaft
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Prüfwesens (z. B. Bilanz- / Steuerprüfung, Vertragsgestaltung, Controlling oder Innenrevision)
- Fundierte Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung oder im kaufmännischen Bereich. Kenntnisse in der Anwendung gesetzlicher Grundlagen der Sozialgesetzbücher IX, XI und XII sind von Vorteil.
- Führungseignung
- Bereitschaft, sich selbstständig in neue Aufgabenfelder einzuarbeiten
- Sorgfältige Recherchen sowie Fähigkeit, komplexe Sachverhalte strukturiert und überzeugend darzustellen
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen
- Sehr gute Auffassungsgabe sowie ein hohes Maß an Organisationsfähigkeit, Belastbarkeit und Entschlusskraft

Wir bieten Ihnen:

- Tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 12 des TV-L
- Für Beamtinnen / Beamte Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A 13 LBesG
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Als Referent / in im Bereich der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nach dem SGB IX und AGBTHG erwarten Sie u. a. folgende interessante Aufgaben:

- Aufbau, Entwicklung und Leitung des Prüfteams für Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen im Bereich der Eingliederungshilfe
- Ersterstellung und Weiterentwicklung eines Prüfkonzeppts
- Übergeordnete Budget- und Personalverantwortung für das Aufgabengebiet Bearbeitung von Grundsatz- und Prüfungsangelegenheiten einschließlich der Fertigung entsprechender Stellungnahmen und Prüfungsberichten
- Weiterentwicklung von Arbeits- und Prüfabläufen einschließlich der maßgeblichen EDV
- Sicherstellung der einheitlichen Rechtsanwendung im Aufgabengebiet
- Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nach dem SGB IX
- Gremien zur Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium, den Trägern der Sozial- und Eingliederungshilfe, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, den Krankenkassen sowie den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den Trägern privater Einrichtungen.

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 8. März 2019** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „MZ-13-3Ref-08/2019“** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

1138.

Zum Aufbau unseres Teams zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen der Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind im LANDESAMT FÜR SOZIALES,

JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ, Abteilung 1, zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere Stellen an den Dienstorten KOBLENZ und MAINZ in Vollzeit zu besetzen:

**Prüferin / Prüfer (m / w / d)
des 3. Einstiegsamtes.**

Anforderungen:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Verwaltung, Finanzen, Verwaltungsbetriebswirtschaft, Finanzwirtschaft oder Betriebswirtschaft oder eine vergleichbare Ausbildung im kaufmännischen Bereich
- Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung oder im kaufmännischen Bereich. Erfahrungen in der Anwendung gesetzlicher Grundlagen der Sozialgesetzbücher IX, XI und XII sind von Vorteil
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen
- Sehr gute Auffassungsgabe sowie ein hohes Maß an Organisationsfähigkeit, Belastbarkeit und Entschlusskraft
- Erfahrungen im Bereich des Prüfwesens (z. B. Bilanz- / Steuerprüfung, Vertragsgestaltung, Controlling oder Innenrevision) sind von Vorteil.
- Sorgfältige Recherchen sowie Fähigkeit, Sachverhalte strukturiert und überzeugend darzustellen
- Bereitschaft, sich selbstständig in neue Aufgabenfelder einzuarbeiten

Wir bieten Ihnen:

- Tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 11 des TV-L
- Für Beamtinnen / Beamte Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A 12 LBesG
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Als Prüferin / Prüfer im Bereich der Prüfungen nach dem SGB IX und dem AGBTHG erwarten Sie u. a. folgende interessante Aufgaben:

- Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nach dem SGB IX
- Durchführung von Vor-Ort Kontrollen
- Wirksamkeitsbetrachtung der Leistungen nach dem SGB IX
- Mitwirkung in Gremien zur Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium, den Trägern der Sozial- und Eingliederungshilfe, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, den Krankenkassen sowie den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den Trägern privater Einrichtungen.

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 8. März 2019** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „KO-13-3-08/2019“** für den

Dienstort KOBLENZ

„MZ-13-3-08/2019“ für den Dienstort MAINZ an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

1139.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ sind in der Abteilung 6 „Qualitätssicherung im sozialen Bereich“ am Dienstort MAINZ im Referat 62 „Vergütungsangelegenheiten SGB XI, Vergütungsangelegenheiten Maßregelvollzug, Ausgleichsverfahren nach der AltPflAGVVO, Bußgeldverfahren nach SGB IV/XI“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt **zwei Stellen** zu besetzen:

**Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter (m / w / d)
des 3. Einstiegsamtes
unbefristet
und
Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter (m / w / d)
des 3. Einstiegsamtes
als Vertretungskraft bis unterhalb eines Jahres.**

Anforderungen:

- Ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Verwaltung, Verwaltungsbetriebswirtschaft oder Betriebswirtschaft
- Berufserfahrung im öffentlichen Dienst und Kenntnisse im Verwaltungsverfahrenrecht sowie in der Anwendung gesetzlicher Grundlagen
- Engagement, Verantwortungsbewusstsein, Belastbarkeit
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- Für die unbefristete Stelle ist eine Einstellung im Beamtenverhältnis beabsichtigt
- Für beide Stellen tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 10 TV-L
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist zuständige Behörde im Sinne der §§ 26, 30 des Pflegeberufgesetzes. Im zuständigen Referat 62 erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

- Mitwirkung bei der Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten sowie bei der Weiterentwicklung von Arbeitsabläufen einschließlich der maßgeblichen EDV bei der zuständigen Behörde
- Vereinbarung von Pauschalen zu den Kosten der praktischen Ausbildung und den Ausbildungskosten der Pflegeschulen
- Mitwirkung bei der Vereinbarung der Vergütungssätze und Entgelte der stationären Pflegeeinrichtungen

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 8. März 2019** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „MZ-62-3-08/2019“** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

1140.

Im LANDESAMT FÜR UMWELT RHEINLAND-PFALZ - Dienstort MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

der Abteilungsleitung (m / w / d) in der Abteilung 6 „Umweltlabor“

mit den sechs Referaten Klimawandel, Umweltmeteorologie; Immissionen und Emissionen Luft; Chemische Stoffe in der Raumluft; Allgemeine Wasseranalytik, Anorganische Spurenanalytik, Badegewässerüberwachung; Organische Spurenanalytik Wasser sowie Radioaktivitätsbestimmungen und radiologische Gewässerbeurteilung wiederzubersetzen.

Als Obere Fachbehörde ist das Landesamt für Umwelt der zuständige Ansprechpartner für die Landesregierung und die Verwaltungen in allen wissenschaftlichen Fragen des Umweltschutzes. Dazu werden einschlägige Grundlagendaten erhoben, aufbereitet, ausgewertet, in Fachplanungen weiterverarbeitet und publiziert. Daneben erstellen wir Handlungsanleitungen für Behörden, Vorhabenträger und Planer und führen wissenschaftliche Untersuchungen durch.

Voraussetzungen für die Bewerbung sind

- ein erfolgreich abgeschlossenes naturwissenschaftliches oder

technisches Hochschulstudium (z. B. der Chemie, Biologie, Wasserwirtschaft, Physik, Meteorologie, Umweltwissenschaften oder Verfahrenstechnik),

- langjährige Erfahrungen in der Analytik und in der Leitung eines zertifizierten Laborbetriebes.

Von großem Vorteil sind:

- langjährige Vollzugserfahrung im Aufgabenbereich der Abteilung, möglichst auch auf verschiedenen Ebenen einer Landesverwaltung,
- ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für den höheren technischen Verwaltungsdienst (z. B. Referendariat Wasserwirtschaft),
- Erfahrungen im Bereich Personalsteuerung und Personalentwicklung.

Wir suchen eine Persönlichkeit mit stark ausgeprägter Kommunikationsfähigkeit, einem sicheren mündlichen und schriftlichen Ausdrucks- und Darstellungsvermögen, der Befähigung zur Selbstorganisation, Entscheidungsfreude und Belastbarkeit auch in zeitkritischen Situationen.

Erwartet werden:

- fachübergreifendes und analytisches Denken sowie die Bereitschaft, sich schnell in wechselnde Themenfelder einzuarbeiten,
- Kommunikationsstärke und Überzeugungskraft sowie ein sicheres und verbindliches Auftreten,
- Bereitschaft und Fähigkeit zur Personalführung,
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und hohe Flexibilität auch hinsichtlich zeitlicher Belastungen,
- kooperatives Führungsvermögen und Teamfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Kreativität im Lösen komplexer und wechselnder Anforderungen vor allem auch in der Personalführung und -entwicklung.

Die Einstellung erfolgt, bei Vorliegen aller Voraussetzungen, in ein Beamtenverhältnis im vierten Einstiegsamt bis zur Besoldungsgruppe A 16. Die Eingruppierung von Tarifbeschäftigten erfolgt in Abhängigkeit der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen in der Entgeltgruppe E 15 TV-L.

Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher auch an der Bewerbung von Frauen besonders interessiert.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden schwerbehinderte Menschen nach Maßgabe des Sozialgesetzbuchs IX besonders berücksichtigt. Die Angabe Ihrer Gesundheitsdaten ist freiwillig. Ohne Angabe der Gesundheitsdaten können die aus dem Sozialgesetzbuch IX erwachsenden Rechte nicht ausgeübt und den diesbezüglichen Pflichten nicht nachgekommen werden.

Das Landesamt für Umwelt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftige Bewerbung (Anschreiben, tabellarischer beruflicher und persönlicher Werdegang, Zeugnisse) senden Sie bitte **bis zum 15. März 2019 unter der Kennziffer 1/6/2019** ausschließlich per E-Mail an:

bewerbungen@lfu.rlp.de

An den

**Präsidenten Dr.-Ing. Stefan Hill
Landesamt für Umwelt
Kaiser-Friedrich-Straße 7
55116 Mainz.**

<http://www.lfu.rlp.de>

E-Mail-Adresse: bewerbungen@lfu.rlp.de

Bei Einsendung der Unterlagen per E-Mail sollte der beigefügte Anhang aus einer pdf-Datei bestehen, die nicht größer als 4 MB ist.

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der weiteren internen Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz zu. Um Beachtung der angefügten Informationen betreffend der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 43 Landesdatenschutzgesetz, wird gebeten.

Bei Nachfragen zum Aufgabengebiet wenden Sie sich bitte an Herrn Klein, Abteilungsleiter Zentrale Dienste, unter Tel. 06131 6033-1102. Ihr Ansprechpartner für Fragen zum Bewerbungsverfahren ist Herr Klein, Zentralabteilungsleiter, unter Tel. 06131 6033-1102.

1141.

Im LANDESAMT FÜR UMWELT RHEINLAND-PFALZ - Dienstort MAINZ ist zum 1. Juni 2019 die Stelle

der Abteilungsleitung (w / m / d) der Abteilung 7 „Hydrologie“

wiederzubersetzen.

Das Landesamt für Umwelt berät und unterstützt als obere Fachbehörde die Landesregierung und die Verwaltungen in allen wissenschaftlichen Fragen des Umweltschutzes. Dazu werden einschlägige Grundlagendaten erhoben, aufbereitet, ausgewertet, in Fachplanungen weiterverarbeitet und publiziert. Daneben erstellen wir Handlungsanleitungen für Behörden, Vorhabenträger und Planer, führen wissenschaftliche Untersuchungen durch und betreiben den im Landesamt für Umwelt zentralisierten Hochwassermeldedienst für Rheinland-Pfalz.

Das Aufgabengebiet des ausgeschriebenen Dienstpostens umfasst insbesondere:

- Leitung der Abteilung 7 mit Fach- und Personalverantwortung für fünf Referate und derzeit 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; die Abteilung 7 „Hydrologie“ bearbeitet schwerpunktmäßig folgende Arbeitsfelder:
- den hydrologischen Dienst der oberirdischen Gewässer und des Grundwassers
- den Hochwasserschutz, die Hydrometeorologie und den Hochwassermeldedienst
- die Grundwasserbewirtschaftung
- die wasserwirtschaftliche Fach-EDV

- Übergeordnete fachliche Koordination und Weiterentwicklung des Hochwassermeldedienstes für Rheinland-Pfalz
- Unterstützung und Beratung des Ministeriums, der Struktur- und Genehmigungsdirektionen und der kommunalen Gebietskörperschaften in allen Fachfragen der Abteilung
- Mitwirkung in nationalen und internationalen Fachgremien

Gesucht wird eine tatkräftige und ideenreiche Persönlichkeit mit ausgewiesener Leitungserfahrung, die entscheidungsfreudig ist und auch in zeitkritischen Situationen belastbar ist.

Voraussetzungen für die Bewerbung sind:

- ein abgeschlossenes Universitäts-Studium (z. B. Diplom- oder Masterstudiengang) oder entsprechende Qualifikation der folgenden Fachrichtungen: Bauingenieurwesen mit dem Hauptfach- oder Vertiefungsstudium Wasser und Umwelt, Water-Science, Hydrologie, Wasserwirtschaft, Hydraulik oder vergleichbare Fachrichtungen.
- Bei Studienabschlüssen einer Hochschule für angewandte Wissenschaften, einer Dualen Hochschule oder vergleichbarer Hochschulen ist die Akkreditierung zum Zeitpunkt des Abschlusses nachzuweisen.
- Bereitschaft und Fähigkeit zur Personalführung
- langjährige Erfahrungen und vertiefte Kenntnisse in hydraulisch / hydrologischer Modelltechnik
- Erfahrungen bei der Steuerung und Überwachung von komplexen wasserwirtschaftlichen Projekten
- fachübergreifendes und analytisches Denken sowie die Bereitschaft, sich schnell in wechselnde Themenfelder einzuarbeiten,
- überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und hohe Flexibilität auch hinsichtlich zeitlicher Belastungen.

Darüber hinaus werden erwartet:

- sicheres Auftreten, Durchsetzungsvermögen, Überzeugungskraft und Verhandlungsgeschick
- gute Planungs-, Organisations- und Kommunikationsfähigkeit
- kooperatives Führungsvermögen und Teamfähigkeit
- besonderes Einfühlungsvermögen, ausgeprägte Motivations-, Integrations- und Konfliktfähigkeit - insbesondere im Bereich der Personalführung und -entwicklung
- konzeptionelle Stärke und überzeugende schriftliche und mündliche Ausdrucksweise
- Bereitschaft, sich in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen zu engagieren

Von großem Vorteil sind:

- Erfahrung in der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie sowie der Wasserrahmen-Richtlinie im Bereich Grundwasser
- Einschlägige Promotion

Bei Vorliegen aller Voraussetzungen erfolgt die Einstellung in ein Beamtenverhältnis im vierten Einstiegsamt bis zur Besoldungsgruppe A 16. Die Eingruppierung von Tarifbeschäftigten erfolgt in Abhängigkeit der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen auf der Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher auch an der Bewerbung von Frauen besonders interessiert. Die Stelle kann grundsätzlich in Voll- oder Teilzeit besetzt werden. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden schwerbehinderte Menschen nach Maßgabe des Sozialgesetzbuchs IX besonders berücksichtigt. Die Angabe Ihrer Gesundheitsdaten ist freiwillig. Ohne Angabe der Gesundheitsdaten können die aus dem Sozialgesetzbuch IX erwachsenden Rechte nicht ausgeübt und den diesbezüglichen Pflichten nicht nachgekommen werden.

Das Landesamt für Umwelt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftige Bewerbung (Anschreiben, tabellarischer beruflicher und persönlicher Werdegang, Zeugnisse) senden Sie bitte **bis zum 15. März 2019 unter der Kennziffer 1/7/2019** ausschließlich per E-Mail an:

bewerbungen@lfu.rlp.de

**An den
Präsidenten Dr.-Ing. Stefan Hill
Landesamt für Umwelt
Kaiser-Friedrich-Straße 7
55116 Mainz.
<http://www.lfu.rlp.de>
E-Mail-Adresse: **bewerbungen@lfu.rlp.de****

Bei Einsendung der Unterlagen per E-Mail sollte der beigefügte Anhang aus einer pdf-Datei bestehen, die nicht größer als 4 MB ist.

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der weiteren internen Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz zu. Um Beachtung der angefügten Informationen betreffend der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 43 Landesdatenschutzgesetz wird gebeten.

Bei Nachfragen zum Aufgabengebiet wenden Sie sich bitte an Herrn Klein, Abteilungsleiter Zentrale Dienste, unter Tel. 06131 6033-1102. Ihr Ansprechpartner für Fragen zum Bewerbungsverfahren ist Herr Klein, Zentralabteilungsleiter, unter Tel. 06131 6033-1102.

1142.

Im LANDESAMT FÜR UMWELT RHEINLAND-PFALZ - Dienstort MAINZ ist zum 1. Mai 2019 die Stelle

**der Referatsleitung (w / m / d) 73
„Hydrologischer Dienst des Grundwassers, Grundwasserbeschaffenheit“**

wiederzubesetzen.

Das Landesamt für Umwelt berät und unterstützt als obere Fachbehörde die Landesregierung und die Verwaltungen in allen wissenschaftlichen Fragen des Umweltschutzes. Dazu werden einschlägige Grundlagendaten erhoben, aufbereitet, ausgewertet, in Fachplanungen weiterverarbeitet und publiziert. Daneben erstellen wir Handlungsanleitungen für Behörden, Vorhabenträger und Planer, führen wissenschaftliche Untersuchungen durch und betreiben den im Landesamt für Umwelt zentralisierten Hochwassermeldedienst für Rheinland-Pfalz.

Das Aufgabengebiet des ausgeschriebenen Dienstpostens umfasst insbesondere:

- Entwickeln und Bereitstellen von fachlichen und strategischen Grundlagen
- Beurteilung der Grundwasserbeschaffenheit vor dem Hintergrund der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)
- Mitwirkung bei der Aufstellung des Bewirtschaftungsplanes nach der EG-WRRL
- Konzeption von Messnetzen und Messprogrammen, Organisation der Probenahme von Grundwasser
- Datenplausibilisierung, Datenmanagement, Datenauswertung
- Koordinierung des „Hydrologischer Dienst Grundwasser“
- Unterstützung und Beratung des Ministeriums, der Struktur- und Genehmigungsdirektionen in allen Fachfragen des Referats
- Mitwirken in nationalen und internationalen Fachgremien

Voraussetzungen sind:

- Erfolgreich abgeschlossenes natur- oder ingenieurwissenschaftliches Hochschulstudium (Diplom, Master) im Bereich Wasserwirtschaft, Hydrogeochemie, Geoökologie, Umweltwissenschaften oder vergleichbarer Studiengänge
- fundierte Kenntnisse und mehrjährige Berufserfahrung auf dem Gebiet der Hydrogeochemie und analytischen Wasserchemie
- gute Kenntnisse der einschlägigen technischen Regelwerke und Fachgesetze
- ausgeprägte Fähigkeiten in der Kommunikation komplexer Sachverhalte
- ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Führungskompetenz
- Teamfähigkeit und Kommunikationskompetenz
- lösungsorientiertes, strategisches Denk- und Organisationsvermögen sowie Verhandlungsgeschick
- konzeptionelle Stärke und überzeugende schriftliche und mündliche Ausdrucksweise
- Bereitschaft, sich in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen zu engagieren

Von Vorteil wären ein

- tieferes Verständnis für Fragen der Grundwasserbeschaffenheit und -vorkommen in Rheinland-Pfalz
- Erfahrungen in der Umsetzung der EG-WRRL auf Länderebene

Wir suchen eine Persönlichkeit mit hoher Eigeninitiative und Eigenständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität, Belastbarkeit, Führungs- und Sozialkompetenz. Die Befähigung und Bereitschaft zum (Gelände-)Außendienst wird vorausgesetzt.

Die Einstellung erfolgt, bei Vorliegen aller Voraussetzungen, in ein Beamtenverhältnis im vierten Einstiegsamt bis zur Besoldungsgruppe A 15. Die Eingruppierung von Tarifbeschäftigten erfolgt in Abhängigkeit der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen in der Entgeltgruppe E 14 TV-L.

Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher auch an der Bewerbung von Frauen besonders interessiert. Die Stelle kann grundsätzlich in Voll- oder Teilzeit besetzt werden. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden schwerbehinderte Menschen nach Maßgabe des Sozialgesetzbuchs IX besonders berücksichtigt. Die Angabe Ihrer Gesundheitsdaten ist freiwillig. Ohne Angabe der Gesundheitsdaten können die aus dem Sozialgesetzbuch IX erwachsenden Rechte nicht ausgeübt und den diesbezüglichen Pflichten nicht nachgekommen werden.

Das Landesamt für Umwelt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Ihre aussagekräftige Bewerbung (Ansreiben, tabellarischer beruflicher und persönlicher Werdegang, Zeugnisse) senden Sie bitte **bis zum 15. März 2019 unter der Kennziffer 2/7/2019** ausschließlich per E-Mail an:

bewerbungen@lfu.rlp.de

**Landesamt für Umwelt
- Personalreferat -
Kaiser-Friedrich-Straße 7
55116 Mainz.
<http://www.lfu.rlp.de>
E-Mail-Adresse: **bewerbungen@lfu.rlp.de****

Bei Einsendung der Unterlagen per E-Mail sollte der beigefügte Anhang aus einer pdf-Datei bestehen, die nicht größer als 4 MB ist.

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der weiteren internen Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz zu. Um Beachtung der angefügten Informationen betreffend

der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 43 Landesdatenschutzgesetz, wird gebeten.

Bei Nachfragen zum Aufgabengebiet wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Andreas Meuser, Abteilungsleiter 7 Hydrologie, unter Tel. 06131 6033-1702. Ihre Ansprechpartner für Fragen zum Bewerbungsverfahren ist Herr Schneider, Referatsleiter Personal und Recht, unter Tel. 06131 6033-1000.

1143.

Sie sind IT-Spezialist (m / w / d), engagiert und suchen eine neue Herausforderung mit Zukunftsperspektive?

Wir, der LANDESBETRIEB DATEN UND INFORMATION, als der zentrale IT-Dienstleister des Landes Rheinland-Pfalz, entwickeln und betreiben an den Standorten MAINZ und BAD EMS effiziente Lösungen für Landes- sowie Kommunalverwaltungen und garantieren die professionelle Umsetzung der IT-Strategie des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sind im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung.

Sie verfügen über eine einschlägige Berufserfahrung.

Wir bieten: Ein vielfältiges, anspruchsvolles und verantwortungsvolles Aufgabengebiet - die Mitarbeit in einem aufgeschlossenen, kooperativen Team - persönliche und fachliche Weiterbildung - die Sicherheit des öffentlichen Dienstes - ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Wir brauchen Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur qualifizierten Verstärkung unseres Standortes in MAINZ als:

**Mitarbeiter im CERT Rheinland-Pfalz (m / w / d)
(Computer Emergency Response Team Rheinland-Pfalz - CERT-rlp)
(Kennziffer AS 2019_10).**

Ihre Aufgaben:

- Konzepterstellung und Management im CERT Rheinland-Pfalz
- Unterstützung des IT-Sicherheitsbeauftragten des LDI
- Eskalations- / Krisenbewältigungsmanagement
- Erstellung und Veröffentlichung von präventiven Handlungsempfehlungen zur Schadensvermeidung
- Erarbeitung von Hinweisen auf Schwachstellen in Hardware- und Software-Produkten
- Erarbeitung von Vorschlägen und Maßnahmen zur Behebung von bekannten Sicherheitslücken
- Herausgabe von Warnungen und Alarmierung bei besonderen Bedrohungslagen (bezogen auf Informationstechnik)
- Erarbeitung von Empfehlungen von reaktiven Maßnahmen zur Schadensbegrenzung oder -beseitigung
- Betreiben eines Warn- und Informationsdienstes

- Betreuung des vom CERT Rheinland-Pfalz betriebenen IDS / SIEM-Systems
- Beratung von internen und externen Stellen bei der Erstellung und Umsetzung von Sicherheitskonzepten, Abnahme von Sicherheitskonzepten

Fragen zum Aufgabengebiet beantwortet Ihnen Herr Paas (E-Mail: [soc\(at\)cert.rlp.de](mailto:soc(at)cert.rlp.de), Telefon: 06131 605-600).

Anforderungsprofil:

Wir suchen eine zuverlässige, belastbare, organisations- und kommunikationsstarke Persönlichkeit, die das breite Spektrum der auf dieser Stelle wahrzunehmenden Aufgaben beherrscht und setzen u. a. Folgendes voraus:

- Abgeschlossene, IT-einschlägige Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- Entsprechende praktische und nachweisliche Berufserfahrung sowie Fertigkeiten und tiefgehende Kenntnisse in dem die Stelle betreffenden Bereich sowie auf dem jeweils aktuellen Stand der entsprechenden Technik / Software - u. a. in folgenden Bereichen: Kenntnisse in der Verwaltungsorganisation und in den Prozessabläufen, IT-Sicherheit, IT-Grundschutz, Projektmanagement, Betriebssysteme, Rechnernetze, Datenbanken, Netzwerke und -protokolle (LAN / WAN / Internet), Sicherheitssysteme, Virtualisierungstechnologien, Kenntnisse in der Softwaretechnologie / Informationsmanagement / Computersysteme und Kommunikation, Beherrschung von Präsentationstechniken, Berufspraxis in konzeptioneller, planerischer Arbeit
- Erfüllung der Voraussetzungen und Bereitschaft zur erfolgreichen Teilnahme an einer Sicherheitsüberprüfung nach dem LSÜG
- Die Bereitschaft und Fähigkeit sich fortzubilden und sich selbstständig neue Themen zu erschließen
- Den Anforderungen der Stelle entsprechende Deutsch- und Englischkenntnisse in Wort und Schrift
- Die Bereitschaft zur Ableistung von Überstunden, die Teilnahme an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie die Teilnahme an einer 7x24 Rufbereitschaft remote oder / und vor Ort
- Ziel- und lösungsorientierte, systematische sowie selbstständige Arbeitsweise, ebenso Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Eigeninitiative
- Einsatzfreude, Flexibilität und Engagement, Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit

Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine

Eingruppierung von Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) möglich. Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) sind wir besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt. Gehen Bewerbungen von Teilzeitkräften ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Bitte reichen Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen **unter Angabe der o. a. Kennziffer** vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

personalstelle@ldi.rlp.de

ein, ansonsten schriftlich an den

**Landesbetrieb Daten und Information
Team Personal
Badhausstraße 6
56130 Bad Ems**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Unterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Wir versenden keine Eingangsbestätigungen. Unsere Datenschutzerklärung zu dem Umgang mit den im Rahmen des Bewerberauswahlverfahrens erhobenen Daten finden Sie auf unserer Homepage <https://ldi.rlp.de/de/service/stellenboerse/>.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 1. April 2019**, die Einladungsfrist endet vier Wochen später.

1144.

Bei LANDESFORSTEN RHEINLAND-PFALZ ist im FORSTAMT BIENWALD zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Sachbearbeiterin /
eines Sachbearbeiters**

in Vollzeit zu besetzen.

Die Eingruppierung erfolgt gemäß den Bestimmungen des TV-L zunächst in der Entgeltgruppe 5 mit Option der Eingruppierung in die Entgeltgruppe 6.

Mit der Stelle sind im Wesentlichen allgemeine Verwaltungstätigkeiten verbunden.

Wir erwarten:

- Erfolgreich abgeschlossene kaufmännische Ausbildung, Verwaltungsfachangestellte / r o. ä.
- Gute EDV-Kenntnisse der gängigen Office-Anwendungen, Excel und Word
- Eigenverantwortliches, zuverlässiges und sorgfältiges Arbeiten

- Organisationsvermögen, Verantwortungsbereitschaft und Engagement
- Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz, Belastbarkeit und Teamfähigkeit
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift

Wir bieten:

- Kooperativen und teamorientierten Führungsstil
- Kollegiale Arbeitsatmosphäre
- Eine spannende Tätigkeit im Zusammenhang mit Wald und Forstwirtschaft

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist Landesforsten besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Sollten Bewerbungen mit einem Teilzeitwunsch in geringerem Stellenumfang eingehen, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbung inkl. Anschreiben, Lebenslauf, alle Zeugnisse und Qualifikationen **bis zum 20. März 2019** an die nachfolgende Adresse

bew.tvl@wald-rlp.de

Rückfragen bzgl. der Stelle können an Frau Konwinski-Wirth, Telefon 07275 9893-107 oder bei Rückfragen bzgl. des Bewerbungsverfahrens an Frau Diana Wetzler, Telefon 06321 6799-212 und ebenso per E-Mail an bew.tvl@wald-rlp.de gerichtet werden.

1145.

Bei LANDESFORSTEN RHEINLAND-PFALZ ist im FORSTAMT BIENWALD zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer Sachbearbeiterin /
eines Sachbearbeiters
- zunächst befristet für ein Jahr -**

zu besetzen. Es handelt sich um eine Teilzeitstelle mit einem Beschäftigungsumfang von 50 %.

Die Eingruppierung erfolgt gemäß den Bestimmungen des TV-L zunächst in der Entgeltgruppe 5 mit Option der Eingruppierung in die Entgeltgruppe 6.

Mit der Stelle sind im Wesentlichen allgemeine Verwaltungstätigkeiten verbunden.

Wir erwarten:

- Erfolgreich abgeschlossene kaufmännische Ausbildung, Verwaltungsfachangestellte / r o. ä.
- Gute EDV-Kenntnisse der gängigen Office-Anwendungen, Excel und Word
- Eigenverantwortliches, zuverlässiges und sorgfältiges Arbeiten
- Organisationsvermögen, Verantwortungsbereitschaft und Engagement
- Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz, Belastbarkeit und Teamfähigkeit
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift

Wir bieten:

- Kooperativen und teamorientierten Führungsstil
- Kollegiale Arbeitsatmosphäre
- Eine spannende Tätigkeit im Zusammenhang mit Wald und Forstwirtschaft

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes ist Landesforsten besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Sollten Bewerbungen mit einem Teilzeitwunsch in geringerem Stellenumfang eingehen, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderungen des Dienstpostens, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbung inkl. Anschreiben, Lebenslauf, alle Zeugnisse und Qualifikationen **bis zum 20. März 2019** an die nachfolgende Adresse

bew.tvl@wald-rlp.de

Rückfragen bzgl. der Stelle können an Frau Konwinski-Wirth, Telefon 07275 9893-107 oder bei Rückfragen bzgl. des Bewerbungsverfahrens an Frau Diana Wetzler, Telefon 06321 6799-212 und ebenso per E-Mail an bew.tvl@wald-rlp.de gerichtet werden.

1146.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ (LKA) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle in der

System- und Netzwerkadministration

im Dezernat 13 - Interne Informationstechnologie - der Abteilung 1 - Zentralabteilung - zu besetzen.

Das LKA ist die Zentralstelle der Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz. Dem LKA ist die Fachaufsicht über die Tätigkeitsbereiche der Polizei im Land übertragen, die auf die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten ausgerichtet sind. Somit hat die Behörde zahlreiche zentrale und koordinierende Funktionen in der Kriminalitätsbekämpfung. Wesentliche Aufgabe des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz ist es, die örtlichen Polizeidienststellen durch Serviceleistungen zu unterstützen. Das Dezernat 13 - Interne IT - betreibt die gesamte Netzwerkverwaltung des LKA sowie den Service für das Einrichten aller DV-Arbeitsplätze. Die unterschiedlichsten IT-Verfahren werden durch das Fachpersonal des Dezernates eingeführt, gepflegt, organisiert und programmiert.

Aufgabenbeschreibung:

- Erarbeitung von Konzepten zur Weiterentwicklung, Konfiguration und Installation von bestehenden Datenbanken (z. B. SQL) und Datenbankanwendungen
- Konfiguration, Inbetriebnahme und Betreuung der LKA-Server
- Überwachung und Monitoring des Systembetriebs
- Durchführung und Überwachung von Datenmigrationen und Releasewechseln
- Systembetreuung im Rahmen des 1st-Level-Supports

Anforderungsprofil:

- Abgeschlossene Hochschulausbildung (Bachelor- bzw. entsprechender Hochschulabschluss) der Informatik sowie vergleichbarer IT-einschlägiger Studiengänge
- Tiefgreifende und praktische Kenntnisse in den Bereichen Datenbanken (Oracle 11, Oracle 12, MySQL, Access), Datenbankmanagementsystemen, der Datenbankmodellierung und des Datawarehousing, der Virtualisierungstechnik Hyper-V, der systemspezifischen Sprachen XML, SQL und Scriptsprachen, der Entwicklungssprachen C, C++, C#, Visual Basic, PowerShell sowie Java
- Ausgeprägte Kunden- und Serviceorientierung
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Ferner erwartet werden gute Auffassungsgabe sowie Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches Ausdrucksvermögen, mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Kooperation und Teamarbeit.

Die Bereitschaft zur Teilnahme am Rufbereitschaftsdienst, zur lageabhängigen flexiblen Arbeitszeitgestaltung, zur Durchführung mehrtägiger Dienstreisen sowie zur ständigen Fort- und Weiterbildung wird vorausgesetzt.

Bei Fragen zum Stellenbesetzungsverfahren steht Ihnen

Frau Anne Hesse (Dezernat 14 - Personal / AuF / Tel.: 06131 65-2691), bei Fachfragen Herr Osman Ata (Leitung Dezernat 13 - Interne Informationstechnologie / Tel.: 06131 65-2586) zur Verfügung.

Die vorherige Kontaktaufnahme mit dem Fachdezernat ist ausdrücklich erwünscht.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung bis Entgeltgruppe 11 TV-L möglich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

LKA.14.L@polizei.rlp.de

oder postalisch an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

zu richten. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 25. März 2019.**

Eine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen kann nicht erfolgen. Es wird daher um Vorlage entsprechender Kopien und Abschriften gebeten. Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird zugesichert.

1147.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ (LKA) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle in der

Personalsachbearbeitung - Schwerpunkt Tarifrecht -

im Dezernat 14 - Personal / AuF - der Abteilung 1 - Zentralabteilung - zu besetzen.

Das LKA ist die Zentralstelle der Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz. Dem LKA ist die Fachaufsicht über die Tätigkeitsbereiche der Polizei im Land übertragen, die auf die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten ausgerichtet sind. Somit hat die

Behörde zahlreiche zentrale und koordinierende Funktionen in der Kriminalitätsbekämpfung. Wesentliche Aufgabe des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz ist es, die örtlichen Polizeidienststellen durch Serviceleistungen zu unterstützen.

Aufgabenbeschreibung:

- Sachbearbeitung von Personalangelegenheiten mit dem Schwerpunkt Tarifrecht
- Bearbeitung von Stellenbewertungen und Eingruppierungen nach dem TV-L
- Durchführung von Stellenbesetzungsverfahren
- Personaladministration mit IPEMA (SAP)
- Vorbereitung von Dienstvereinbarungen und Dienstanweisungen

Anforderungsprofil:

- Laufbahnbefähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) der Fachrichtung „Verwaltung und Finanzen“ durch den erfolgreichen Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt (FH) / Bachelor of Arts mit dem Studienschwerpunkt Verwaltung / Verwaltungsbetriebswirtschaft an einer Hochschule für öffentliche Verwaltung
- Kenntnisse im Arbeits- und Tarifrecht sowie Eingruppierungsrecht für den öffentlichen Dienst inklusive angrenzender Rechtsgebiete sind wünschenswert
- Kenntnisse im Umgang mit SAP-Systemen sind wünschenswert
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Gute Auffassungsgabe, analytisches Denk- und Urteilsvermögen, sehr gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Belastbarkeit, hohes Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit; auf Kooperations- und Teamfähigkeit wird großen Wert gelegt.

Die Bereitschaft zur ständigen Fort- und Weiterbildung wird vorausgesetzt.

Bei Fragen stehen Ihnen Herr Brantzen (Tel.: 06131 65-2116) und Frau Hesse (Tel.: 06131 65-2691) zur Verfügung.

Die vorherige Kontaktaufnahme mit dem Dezernat ist ausdrücklich erwünscht.

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des dritten Einstiegsamtes der Fachrichtung „Verwaltung und Finanzen“ der Besoldungsgruppen A 9 bis A 11 LBesG sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte. Bei Nichtvorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen richtet sich eine Einstellung im Tarifbeschäftigtenverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei Erfüllung der tarifrechtlichen Voraussetzungen ist eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9 TV-L möglich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von

Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der stellenspezifischen Anforderungen entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir vorzugsweise elektronisch in einer PDF-Datei (max. 5 MB) an

LKA.14.L@polizei.rlp.de

oder postalisch an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

zu richten. Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 18. März 2019.**

Eine Rücksendung der Bewerbungsunterlagen kann nicht erfolgen. Es wird daher um Vorlage entsprechender Kopien und Abschriften gebeten. Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird zugesichert.

1148.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ erfüllt die Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs. Organisatorisch ist das Polizeipräsidium Mainz in zwei große Bereiche eingeteilt. Zum einen in die Abteilung „Polizeieinsatz“, die den operativen Bereich organisiert, zum anderen in die Abteilung „Polizeiverwaltung“, die für den administrativen Bereich zuständig ist.

Im Geschäftsbereich des Führungsstabes, Stabsbereich Führungs- und Lagezentrale, Sachbereich Führungszentrale sind mehrere Stellen in Vollzeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen:

Beschäftigung als Einsatzassistent (m / w / d).

Zur Erledigung der anfallenden Assistenz- und Unterstützungsaufgaben gehören insbesondere:

- Support Einsatzleitung
 - Umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen der Einsatzleitung in der Führungszentrale unter anderem durch
- Überwachung des Einsatzgeschehens mittels Einsatzleitsystem und TETRA-Funk und Durchführung einsatzbegleitender Maßnahmen
- Einsatzbegleitende Mediensteuerung zur Visualisierung von Lageinformationen
- Durchführung von Alarmierungsmaßnahmen

- Unterstützung des Polizeiführers vom Dienst (PvD) i.R. des Meldewesens
- Durchführung des Abfragedienstes (Auskünfte aus Datensystemen mit einfacher und qualifizierter Recherche)
- Informationsmanagement
 - Empfang, Entgegennahme, Bewertung, Registrierung und Selektierung eingehender und ausgehender Nachrichten
- Entwerfen, Vorbereiten und Steuern von formellen Nachrichten auf Weisung
- Technischer Support
 - Erkennen und Kategorisieren technischer Probleme sowie Weiterleitung an zuständige Stellen
- Pflegen von Datenbanken
- Verwaltungsaufgaben (z. B. Zeitwirtschaft, Dienstplan)

Eine Ergänzung der Aufgaben bleibt vorbehalten.

Die Dienstverrichtung erfolgt grundsätzlich an sieben Tagen in der Woche nach einem belastungsorientiert ausgerichteten Wechselschichtdienstmodell.

Wir erwarten von Ihnen:

- abgeschlossene Berufsausbildung zur / zum Verwaltungsfachangestellten bzw. vergleichbare Berufsausbildung (z. B. Fachangestellte / r für Bürokommunikation, Rechtsanwaltsfachangestellte / r, etc.)
- Belastbarkeit / Stressresistenz
- Gute Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen
- Einfallsreichtum und Initiative
- Selbstständigkeit und Entschlusskraft
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- Soziale Kompetenzen (Teamfähigkeit, einwandfreie Umgangsformen)
- Sehr gute EDV-Kenntnisse - sicherer Umgang mit den notwendigen EDV-technischen Anwendungen (wie z. B. MS-Office-Produkte)
- Bereitschaft zur Weiterbildung im Hinblick auf die Beherrschung von Spezial-Software
- Sehr gute mündliche Ausdrucksfähigkeit für die Arbeit über Funk und Telefon
- Uneingeschränkte Wechselschichtdiensttauglichkeit und -bereitschaft

Da es sich um eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit handelt, muss sich der Bewerber / die Bewerberin mit einer Sicherheitsüberprüfung nach den Bestimmungen des LSÜG einverstanden erklären.

Die zu besetzende Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mainz wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen unterstützt.

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Frauenförderprogrammes wird eine Erhöhung des Frauenanteils angestrebt.

An Bewerbungen von Frauen besteht daher ein besonderes Interesse.

Schwerbehinderte Menschen und gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX werden bei entsprechender Eignung und Befähigung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt. Ein Nachweis über die Schwerbehinderteneigenschaft ist der Bewerbung beizufügen.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die arbeitsvertraglichen Bedingungen und das Entgelt richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Eingruppierung erfolgt nach Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen (Qualifikationen) in der Entgeltgruppe 8, Teil I der Entgeltordnung zum TV-L. Die Zuordnung zu den Entwicklungsstufen erfolgt unter Berücksichtigung der persönlichen einschlägigen Erfahrungen. Die Entgelttabelle finden Sie unter <http://oeffentlicher-dienst.info/tv-l/west/>.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Senden Sie Ihre Bewerbung bitte **bis zum 19. März 2019** an das

**Polizeipräsidium Mainz
Referat PV 3
z.Hd. Frau Hansen
Valenciaplatz 2
55118 Mainz**

oder per E-Mail (maximale Größe: 5 MB) an

ppmainz.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Hansen, Tel.-Nr.: 06131 653146 gerne zur Verfügung.

Eingangsbestätigungen werden nicht erstellt, Sie können jederzeit nachfragen, ob Ihre Bewerbung bei uns eingegangen ist. Bitte legen Sie Ihrer Bewerbung nur Kopien bei, da die Bewerbungsunterlagen aus datenschutzrechtlichen Gründen nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet werden. Sofern Sie eine Rückgabe Ihrer Bewerbungsunterlagen wünschen, bitten wir Sie, einen ausreichend frankierten Rückumschlag beizufügen.

1149.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2300 Menschen, wovon etwa 1800 verbeamtet (Polizei und Verwaltung) sowie 500 tarifbeschäftigt (Verwaltung) sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz und zu den einzelnen Polizeieinspektionen (örtlich zuständigen Dienststellen) finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Bei der POLIZEIINSPEKTION GERMERSHEIM ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle unbefristet zu besetzen:

**Sekretariat der Dienststellenleitung
(m / w / d)**

Entgeltgruppe 5 / 6 TV-L

(Einstiegsgehalt: mind. 2.291,51 EUR).

Ihr Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Polizeiliche Vorgangsverwaltung (z. B. Sichtung und Erfassung eingehender Anzeigen o. ä., Überprüfung von Personalien, Restantenprüfung, Abfragen bei Einwohnermeldesystemen)
- Postbearbeitung
- Erledigung telefonischer und schriftlicher Anfragen von Bürgern, Beamten, Rechtsanwälten, Polizeiverwaltung und anderer Behörden
- Verwaltung des Bürobedarfs
- Sachbearbeitung im Bereich der Zeiterfassung
- Terminüberwachungen und Führen von Wiedervorlagen
- Statistiksachbearbeitung und Qualitätssicherung

Was wir von Ihnen erwarten

Sie treffen auf ein Arbeitsumfeld, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsberechtigtes und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von Ihnen erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:

Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Fortbildung (oder die Beendigung erfolgt demnächst) als:

- Rechtsanwaltsfachangestellte / r
- Sozialversicherungsfachangestellte / r
- Steuerfachangestellte / r
- Fachangestellte / r für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Notarfachangestellte / r
- Justizfachangestellte / r
- Verwaltungsfachangestellte / r
- Verwaltungswirt / in (erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt in der Laufbahn Verwaltung und Finanzen oder vergleichbar)
- Angestelltenlehrgang 1 (Kassen- und Verwaltungsdienst)

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Von Vorteil sind

- Ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, Teamfähigkeit sowie sicheres und korrektes Auftreten.
- Gute Kenntnisse im Umgang mit der elektronischen Datenverarbeitung, insbesondere der MS Office-Produkte (Word, Excel)

Was wir Ihnen bieten

- Ein abwechslungsreiches Aufgabengebiet
- Fachkundige Unterstützung bei der Einarbeitung

- Eine Jahressonderzahlung von zurzeit 95 % des Bruttogehaltes
- Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL)
- Vermögenswirksame Leistungen
- Einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen jährlich
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell sowie der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Derzeit kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe zum Arbeitsplatz

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung aller Geschlechter und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer GZ-GER-2019 bis zum 25. März 2019** via E-Mail, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprrheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Alternativ können Sie sich auch auf dem Postweg bewerben an folgende Anschrift:

**Polizeipräsidium Rheinlandpfalz
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlages.

Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird garantiert. Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen zur Stelle steht Ihnen der Inspektionsleiter, Herr

Zöller (Tel. 07274 958-100) zur Verfügung.

Für Fragen personalrechtlicher Natur oder zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte an Herrn Keller (0621 963-1639) oder Herrn Teloke (Tel. 0621 963-1672).

1150.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2300 Menschen, wovon etwa 1800 verbeamtet (Polizei und Verwaltung) sowie 500 tarifbeschäftigt (Verwaltung) sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinlandpfalz und zu den einzelnen Polizeinspektionen (örtlich zuständigen Dienststellen) finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de

Bei der POLIZEIINSPEKTION EDENKOBEN ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle unbefristet zu besetzen:

**Sekretariat der Dienststellenleitung
in Teilzeit (50 % der wöchentl. Arbeitszeit,
zz. 19,5 Stunden) (m / w / d)
Entgeltgruppe 5 / 6 TV-L
(Einstiegsgehalt: mind. 2.291,51 EUR).**

Ihr Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Polizeiliche Vorgangsverwaltung (z. B. Sichtung und Erfassung eingehender Anzeigen o. ä., Überprüfung von Personalien, Restantenprüfung, Abfragen bei Einwohnermeldesystemen)
- Postbearbeitung
- Erledigung telefonischer und schriftlicher Anfragen von Bürgern, Beamten, Rechtsanwälten, Polizeiverwaltung und anderer Behörden
- Verwaltung des Bürobedarfs
- Sachbearbeitung im Bereich der Zeiterfassung
- Terminüberwachungen und Führen von Wiedervorlagen
- Statistiksachbearbeitung und Qualitätssicherung

Was wir von Ihnen erwarten

Sie treffen auf ein Arbeitsumfeld, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsberechtigtes und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von Ihnen erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung

Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Fortbildung (oder die Beendigung erfolgt demnächst) als:

- Rechtsanwaltsfachangestellte / r
- Sozialversicherungsfachangestellte / r
- Steuerfachangestellte / r
- Fachangestellte / r für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Notarfachangestellte / r

- Justizfachangestellte / r
- Verwaltungsfachangestellte / r
- Verwaltungswirt / in (erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt in der Laufbahn Verwaltung und Finanzen oder vergleichbar)
- Angestelltenlehrgang 1 (Kassen- und Verwaltungsdienst)

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Von Vorteil sind

- Ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, Teamfähigkeit sowie sicheres und korrektes Auftreten.
- Gute Kenntnisse im Umgang mit der elektronischen Datenverarbeitung, insbesondere der MS Office-Produkte (Word, Excel)

Was wir Ihnen bieten

- Ein abwechslungsreiches Aufgabengebiet
- Fachkundige Unterstützung bei der Einarbeitung
- Eine Jahressonderzahlung von zurzeit 95 % des Bruttogehaltes
- Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL)
- Vermögenswirksame Leistungen
- Einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen jährlich
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell sowie der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Derzeit kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe zum Arbeitsplatz

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung aller Geschlechter und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer GZ-EDK-2019 bis zum 25. März 2019** via E-Mail, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprrheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de.

Alternativ können Sie sich auch auf dem Postweg bewerben an folgende Anschrift:

Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz Referat PV 3 Wittelsbadstraße 3 67061 Ludwigshafen

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlages.

Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird garantiert. Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen zur Stelle steht Ihnen der Inspektionsleiter, Herr Reichel (Tel. 06323 955-100) zur Verfügung.

Für Fragen personalrechtlicher Natur oder zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte an Herrn Keller (0621 963-1639) oder Herrn Teloke (Tel. 0621 963-1672).

1151.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2300 Menschen, wovon etwa 1800 verbeamtet (Polizei und Verwaltung) sowie 500 tarifbeschäftigt (Verwaltung) sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz und zu den einzelnen Polizeiinspektionen (örtlich zuständigen Dienststellen) finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Bei der POLIZEIINSPEKTION LANDAU ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle unbefristet zu besetzen:

Sekretariat der Dienststellenleitung in Teilzeit (50 % der wöchentl. Arbeitszeit, zz. 19,5 Stunden) (m / w / d) Entgeltgruppe 5 / 6 TV-L (Einstiegsgehalt: mind. 2291,51 EUR).

Ihr Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Polizeiliche Vorgangsverwaltung (z. B. Sichtung und Erfassung eingehender Anzeigen o. ä., Überprüfung von Personalien, Restantenprüfung, Abfragen bei Einwohnermeldesystemen)
- Postbearbeitung
- Erledigung telefonischer und schriftlicher Anfragen von Bürgern, Beamten, Rechtsanwälten, Polizeiverwaltung und anderer Behörden

- Verwaltung des Bürobedarfs
- Sachbearbeitung im Bereich der Zeiterfassung
- Terminüberwachungen und Führen von Wiedervorlagen
- Statistiksachbearbeitung und Qualitätssicherung

Was wir von Ihnen erwarten

Sie treffen auf ein Arbeitsumfeld, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von Ihnen erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:

Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Fortbildung (oder die Beendigung erfolgt demnächst) als:

- Rechtsanwaltsfachangestellte / r
- Sozialversicherungsfachangestellte / r
- Steuerfachangestellte / r
- Fachangestellte / r für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Notarfachangestellte / r
- Justizfachangestellte / r
- Verwaltungsfachangestellte / r
- Verwaltungswirt / in (erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt in der Laufbahn Verwaltung und Finanzen oder vergleichbar)
- Angestelltenlehrgang 1 (Kassen- und Verwaltungsdienst)

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Von Vorteil sind

- Ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, Teamfähigkeit sowie sicheres und korrektes Auftreten.
- Gute Kenntnisse im Umgang mit der elektronischen Datenverarbeitung, insbesondere der MS Office-Produkte (Word, Excel)

Was wir Ihnen bieten

- Ein abwechslungsreiches Aufgabengebiet
- Fachkundige Unterstützung bei der Einarbeitung
- Eine Jahressonderzahlung von zurzeit 95 % des Bruttogehaltes
- Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL)
- Vermögenswirksame Leistungen
- Einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen jährlich
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell sowie der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Derzeit kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe zum Arbeitsplatz

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung aller Geschlechter und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer GZ-LD-2019 bis zum 25. März 2019** via E-Mail, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de.

Alternativ können Sie sich auch auf dem Postweg bewerben an folgende Anschrift:

**Polizeipräsidium Rheinland
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags.

Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird garantiert. Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen zur Stelle steht Ihnen der Inspektionsleiter, Herr Weisgerber (Tel. 06341 287-200) zur Verfügung.

Für Fragen personalrechtlicher Natur oder zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte an Herrn Keller (0621 963-1639) oder Herrn Teloke (Tel. 0621 963-1672).

1152.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2300 Menschen, wovon etwa 1800 verbeamtet (Polizei und Verwaltung) sowie 500 tarifbeschäftigt (Verwaltung) sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz und zu den einzelnen Polizeiinspektionen (örtlich zuständigen Dienststellen) finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

Bei der POLIZEIINSPEKTION WÖRTH ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle unbefristet zu besetzen:

**Sekretariat der Dienststellenleitung in Teilzeit (50 % der wöchentl. Arbeitszeit, zz. 19,5 Stunden) (m / w / d)
Entgeltgruppe 5 / 6 TV-L
(Einstiegsgehalt: mind. 2291,51 EUR).**

Ihr Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Polizeiliche Vorgangsverwaltung (z. B. Sichtung und Erfassung eingehender Anzeigen o. ä., Überprüfung von Personalien, Restantenprüfung, Abfragen bei Einwohnermeldesystemen)
- Postbearbeitung
- Erledigung telefonischer und schriftlicher Anfragen von Bürgern, Beamten, Rechtsanwälten, Polizeiverwaltung und anderer Behörden
- Verwaltung des Bürobedarfs
- Sachbearbeitung im Bereich der Zeiterfassung
- Terminüberwachungen und Führen von Wiedervorlagen
- Statistiksachbearbeitung und Qualitätssicherung

Was wir von Ihnen erwarten

Sie treffen auf ein Arbeitsumfeld, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von Ihnen erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:

Erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Fortbildung (oder die Beendigung erfolgt demnächst) als:

- Rechtsanwaltsfachangestellte / r
- Sozialversicherungsfachangestellte / r
- Steuerfachangestellte / r
- Fachangestellte / r für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Notarfachangestellte / r
- Justizfachangestellte / r
- Verwaltungsfachangestellte / r
- Verwaltungswirt / in (erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt in der Laufbahn Verwaltung und Finanzen oder vergleichbar)
- Angestelltenlehrgang 1 (Kassen- und Verwaltungsdienst)

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Von Vorteil sind

- Ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten, Teamfähigkeit sowie sicheres und korrektes Auftreten.
- Gute Kenntnisse im Umgang mit der elektronischen Datenverarbeitung, insbesondere der MS Office-Produkte (Word, Excel)

Was wir Ihnen bieten

- Ein abwechslungsreiches Aufgabengebiet
- Fachkundige Unterstützung bei der Einarbeitung
- Eine Jahressonderzahlung von zurzeit 95 % des Bruttogehaltes

- Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL)
- Vermögenswirksame Leistungen
- Einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen jährlich
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell sowie der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Derzeit kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe zum Arbeitsplatz

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung aller Geschlechter und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung informieren (Navigation: TV-L, West).

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns eine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer GZ-WOE-2019 bis zum 25. März 2019** via E-Mail, unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei mit einer Gesamtgröße von maximal 5 MB, an

pprheinpfalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de.

Alternativ können Sie sich auch auf dem Postweg bewerben an folgende Anschrift:

**Polizeipräsidium Rheinland
Referat PV 3
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen**

Die Bewerbung bitte ohne Bewerbungsmappen oder Folien einreichen. Eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlags.

Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird garantiert. Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können grundsätzlich nicht erstattet werden.

Die Einstellungstermine sind zeitlich flexibel, auf Kündigungsfristen oder dergleichen wird Rücksicht genommen.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen zur Stelle steht Ihnen der Inspektionsleiter, Herr Lederer (Tel. 07271 9221-44) zur Verfügung.

Für Fragen personalrechtlicher Natur oder zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte an Herrn Keller (0621 963-1639) oder Herrn Teloke (Tel. 0621 963-1672).

1153.

Lebenslanges berufsbegleitendes Lernen ist für alle Bediensteten der Polizei Rheinland-Pfalz eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit. Deshalb sind bei der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ am Standort HAHN-FLUGHAFEN zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere Stellen als

Fachlehrer (m / w / d)**in den Fachgebieten****FG I - Staats- und Verfassungsrecht,****Recht des öffentlichen Dienstes,****Politikwissenschaften -****FG II - Eingriffsrecht -****FG IV - Allgemeines Verwaltungsrecht,****Polizeirecht -**

zu besetzen.

Eine Beförderung ist grundsätzlich bis zur Besoldungsgruppe A13 möglich.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberin bzw. des künftigen Stelleninhabers:

- Gestaltung, Durchführung und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen einschließlich der Korrektur von Lernzielkontrollen und Prüfungen in der Fortbildung sowie im Bachelorstudiengang Polizeidienst im Rahmen eines Lehrauftrags
- Mitwirkung bei der Erstellung und Weiterentwicklung der Fortbildungs- und Studienkonzeptionen
- Unterstützung der Evaluation und Qualitätssicherung
- Mitwirkung bei der Gestaltung von elektronischen Lernangeboten (e-learning)

Im Bedarfsfall sind die Aufgaben an allen Standorten der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz (Enkenbach-Alsenborn, Hahn-Flughafen sowie Wittlich-Wengerohr) sowie an anderen Veranstaltungsorten wahrzunehmen.

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für den Zugang zum 3. Einstiegsamt der Fachrichtung Verwaltung und Finanzen oder einem vergleichbaren Abschluss sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit abgeschlossenem Studium an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz oder einem vergleichbaren Abschluss.

Eine mindestens vierjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung oder vergleichbarer Berufserfahrung sowie hervorragende fachbezogene Leistungen und die pädagogische Eignung werden vorausgesetzt.

Erfahrungen in einer Lehrtätigkeit, der Nachweis zusätzlicher Qualifikationen, Studien- und Berufsabschlüsse sowie ein Zusatzstudium im Bereich Pädagogik sind für die Personalauswahl von Vorteil.

Anforderungen:

Neben fachlicher Expertise und einer hohen Affinität zur angestrebten Fachrichtung erwarten wir:

- eine stark ausgeprägte soziale Kompetenz
- Organisationsfähigkeit

- Flexibilität
- ein sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- die Fähigkeit zur Teamarbeit
- Selbstdisziplin
- Konfliktfähigkeit
- Empathiefähigkeit
- Durchsetzungsvermögen

Außerdem gehen wir von der Bereitschaft aus, sich fachlich, didaktisch und zu modernen Lehr- und Lernmethoden fortzubilden. Die Bereitschaft, sich weiter zu entwickeln und sich an der Weiterentwicklung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zu beteiligen, wird vorausgesetzt.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative und vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten
- mit Bezug zur polizeilichen Praxis

Sonstige Voraussetzungen:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen / -beamten besonders interessiert.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen stehen Ihnen im Fachgebiet I - STVR, RÖD - Herr RD Manfred Biroth, Tel.: 06543 985-261; Fachgebiet II - ER - Herr KD Wolfgang Willems, Tel.: 06543 985-264; Fachgebiet IV - AVR, PR - Herr RD Dr. Volker Stein, Tel.: 06543 985-271, gerne zur Verfügung.

Die Personalauswahl wird neben der notwendigen dienstlichen Beurteilung auf ein Vorstellungsgespräch und eine Präsentation gestützt.

Die erfolgreichen Bewerber / -innen werden durch Zusatzausbildung methodisch und inhaltlich zur Fachlehrerin / zum Fachlehrer qualifiziert.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - sowie Belege / Nachweise über erworbene fachspezifische Fähigkeiten und der Benennung des bevorzugten Fachgebietes bzw. der bevorzugten Fachgebiete bitten wir **bis spätestens 22. März 2019** an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

1154.

An der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ ist am Standort HAHN-FLUGHAFEN zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle als

**Fachlehrer (m / w / d)
im Fachgebiet IX - Cybercrime und
Digitale Ermittlungen -**

zu besetzen.

Eine Beförderung ist grundsätzlich bis zur Besoldungsgruppe A 13 möglich.

Lebenslanges berufsbegleitendes Lernen ist für alle Bediensteten der Polizei Rheinland-Pfalz wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Deshalb sucht die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Fachlehrerin / einen Fachlehrer für die v. g. Disziplin.

Aufgaben:

Kernaufgabe einer Lehrkraft an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz ist die Planung, Durchführung und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen in der polizeilichen Aus- und Fortbildung.

Daneben zählen folgende Aufgabenschwerpunkte zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberin bzw. des künftigen Stelleninhabers:

- Korrektur von Lernzielkontrollen und Prüfungen in der Fortbildung sowie im Bachelorstudiengang Polizeidienst im Rahmen eines Lehrauftrags
- Mitwirkung bei der Konzipierung und Durchführung praktischer Trainings im Bereich digitaler Ermittlungsmaßnahmen, z. B. Szenarien einer Anzeigenaufnahme von Cybercrime-Delikten oder der Sicherstellung von digitalen Spurenträgern bei Durchsuchungsmaßnahmen,
- Mitwirkung bei der Erstellung und Weiterentwicklung der Fortbildungs- und Studienkonzeptionen
- Betreuung von studentischen Forschungsprojekten, z. B. Werkstatt Neue Medien
- Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführungen von Fachtagungen, z. B. Symposium Cybercrime
- Mitwirkung bei der Gestaltung von elektronischen Lernangeboten (e-learning)
- Unterstützung bei der Evaluation und Qualitätssicherung

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit abgeschlossenem Studium an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz oder einem vergleichbaren Abschluss. Eine mindestens vierjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung, hervorragende fachbezogene Leistungen bei der Bearbeitung von Cybercrime-Delikten bzw. digitalen Ermittlungsmaßnahmen sowie pädagogische Eignung werden vorausgesetzt.

Anforderungen:

Neben fachlicher Expertise und einer hohen Affinität zur angestrebten Fachrichtung erwarten wir:

- eine stark ausgeprägte soziale Kompetenz
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- ein sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- die Fähigkeit zur Teamarbeit
- Selbstdisziplin
- Konfliktfähigkeit
- Empathiefähigkeit
- Durchsetzungsvermögen.

Außerdem gehen wir von der Bereitschaft aus, sich fachlich, didaktisch und zu modernen Lehr- und Lernmethoden fortzubilden. Die Bereitschaft, sich weiter zu entwickeln und sich an der Weiterentwicklung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zu beteiligen, wird vorausgesetzt.

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche Tätigkeit
- in einem dynamischen Aufgabenfeld
- in einem interdisziplinär aufgestellten und engagierten Team
- mit hoher Eigeninitiative

Sonstiges:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten, eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten / -beamtinnen besonders interessiert.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Personalauswahl wird neben der notwendigen dienstlichen Beurteilung auf ein Vorstellungsgespräch gestützt.

Die erfolgreiche Bewerberin / der erfolgreiche Bewerber wird durch Zusatzausbildungen methodisch und inhaltlich zur Fachlehrerin / zum Fachlehrer qualifiziert.

Bewerbung:

Für fachliche Fragen steht Ihnen Frau ORR'in Katrin Henrichs, Tel.: 06543 985-470, gerne zur Verfügung.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - sowie Belege / Nachweise über erworbene fachspezifische Fähigkeiten bitten wir **bis spätestens 22. März 2019** auf dem Dienstweg zu senden an:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

1155.

An der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt am Standort HAHN-FLUGHAFEN im Prüfungsamt eine Stelle als

Sachbearbeiter (m / w / d) des dritten Einstiegsamtes (bis BesGr. A 11)

zu besetzen.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberin bzw. des künftigen Stelleninhabers:

- Erstellung der Prüfungssachverhalte in Zusammenarbeit mit den Lehrenden
- Planung von Prüfungsterminen und Ladung der Studierenden
- Reservierung von Prüfungsräumlichkeiten
- Betreuung der Prüfungen am Prüfungstag
- Verschlüsselung der Prüfungsarbeiten und Steuerung des Korrekturablaufs
- Erfassung der Bewertungen und Erstellung der Ergebnismitteilungen für die Studierenden
- Beratung von Studierenden zu Prüfungsfragen

Aus dienstlichen und organisatorischen Gründen kann auch die Übertragung anderer Aufgaben erforderlich werden.

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für den Zugang zum 3. Einstiegsamt (früher gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst) der Fachrichtung Verwaltung und Finanzen oder einem vergleichbaren Abschluss.

Eine mindestens zweijährige Verwendung in einem vergleichbaren Aufgabengebiet ist wünschenswert.

Anforderungen:

- Absolute für Personalangelegenheiten unerlässliche Vertrauenswürdigkeit und Verantwortungsbewusstsein
- Gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- Die Fähigkeit, auf der Grundlage einer guten Auffassungsgabe zielstrebig, gewissenhaft, engagiert und selbstständig zu arbeiten
- Hohe Motivation, Flexibilität und Einsatzbereitschaft
- Ausgeprägtes Teamverhalten und hohe Kommunikationsfähigkeit
- Gutes Organisations- und Verhandlungsgeschick
- Sicheres Beherrschen der gängigen Office-Software (Word, Excel, Outlook)

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative

Sonstiges:

Die Stelle ist teilzeitgeeignet und soll bei Teilzeitvariante in der Summe zu 100 Prozent besetzt werden.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben

wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen steht Ihnen Herr Michael Schmitt (Tel.: 06543 985-224) gerne zur Verfügung.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - bitte ich **bis spätestens 22. März 2019** an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgeschickt, daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Bei Bewerbungen via E-Mail bitten wir darauf zu achten, dass die Gesamtgröße der Anhänge 5 Megabyte nicht überschreitet und die Bewerbungsunterlagen als eine zusammenhängende Datei versendet werden.

1156.

Bei der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Abteilung 2 - Fortbildung -, am Standort WITTLICH-WENGEROHR die Funktion

eines Sachbearbeiters (m / w / d) im Geschäftsbereich (A 11)

zu besetzen. Die Stelle ist einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 zugeordnet.

Folgende Aufgaben gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberin / des künftigen Stelleninhabers:

- Planung, Organisation und Durchführung von Personalauswahlverfahren und Schülerpraktika
- Mitwirkung bei der Planung und Organisation von Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen des Bachelorstudienganges
- Mitwirkung bei der Planung und Organisation von Fortbildungsmaßnahmen
- Mitwirkung bei der Planung und Organisation des allgemeinen Dienstbetriebes

Bildungsabschluss:

Bewerben können sich Polizeibeamten und Polizeibeamte mit abgeschlossenem Studium an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz oder einem vergleichbaren Abschluss. Eine mindestens zweijährige Erfahrung in der polizeilichen Sachbearbeitung wird vorausgesetzt.

Anforderungen:

- Sicherer Umgang mit Microsoft Office Produkten
- Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft
- Selbstständigkeit und Organisationsfähigkeit

- Kontaktfreude und Fähigkeit zur ständigen Kommunikation nach innen und außen (Ausdrucksvermögen)
- Kooperation und ausgeprägte Teamarbeit
- Bereitschaft zum Erwerb der für die Ausübung der Stelle erforderlichen Kenntnisse

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative und vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten
- mit Bezug zur polizeilichen Praxis
- flexible Arbeitszeitgestaltung im Team

Sonstiges:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen / -beamten besonders interessiert.

Die Stelle ist teilzeitgeeignet und soll bei Teilzeitvariante in der Summe zu 100 Prozent besetzt werden.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen steht Ihnen Herr EPHK Edgar Breit (Tel.: 06571 104-160) gerne zur Verfügung.

Die Personalauswahl erfolgt neben der notwendigen dienstlichen Beurteilung aufgrund eines Auswahlgesprächs.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - bitte ich **bis spätestens 22. März 2019** auf dem Dienstweg an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

1157.

An der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN (TUK) ist im Fachbereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik

eine W3-Professur „Fluidverfahrenstechnik“ (Nachfolge Prof. Dr. techn. H.-J. Bart)

zum Sommersemester 2020 zu besetzen. Mit der Professur ist die Leitung des Lehrstuhls Fluidverfahrenstechnik verbunden. Neben den Thermischen Trennverfahren sind auch Schwerpunkte auf angrenzenden

Arbeitsgebieten, wie der chemischen Reaktionstechnik und / oder der Systemverfahrenstechnik erwünscht. Die Mitwirkung in den Studiengängen Bio- und Chemieingenieurwissenschaften (BCI), Energie- und Verfahrenstechnik (EVT) sowie in benachbarten Studiengängen des Fachbereichs Maschinenbau und Verfahrenstechnik und anderer Fachbereiche wird vorausgesetzt. In der Forschung sollen experimentelle Methoden mit der mathematischen Modellierung und Simulation verbunden werden. Schwerpunkte sollten neben Trennverfahren auch auf deren Kopplung mit der Reaktion und der Entwicklung entsprechender Gesamtsysteme liegen. Auch die Aufarbeitung im Bereich biotechnologischer Verfahren ist von besonderem Interesse. Die aktive Mitwirkung in den Landes-Forschungsschwerpunkten NanoKAT und AME ist erwünscht. Eine Mitwirkung in den koordinierten Forschungsverbünden an der TU Kaiserslautern ist erwünscht. Bei entsprechender Ausrichtung kann die Professur in das Laboratory of Advanced Spin Engineering (LASE) eingebunden werden. Die Professur bildet eine Brücke zwischen den Ingenieurwissenschaften und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen der TU Kaiserslautern. Enge Verbindungen mit den anderen Forschungseinrichtungen am Standort, wie dem Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik (ITWM), sind erwünscht.

Eine herausragende didaktische und wissenschaftliche Qualifikation wird vorausgesetzt. Bewerberinnen und Bewerber sollten durch eine Habilitation, eine Juniorprofessur oder eine mehrjährige einschlägige und erfolgreiche Industrietätigkeit ausgewiesen sein.

Neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen gelten die in § 49 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz geregelten Einstellungs Voraussetzungen. Das Land Rheinland-Pfalz und die TU Kaiserslautern vertreten ein Betreuungskonzept, bei dem eine hohe Präsenz der Lehrenden am Hochschulort erwartet wird. Die Bereitschaft zur Mitarbeit an der akademischen Selbstverwaltung wird vorausgesetzt.

Die TUK strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und fordert deshalb qualifizierte Akademikerinnen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt (bitte Nachweis beifügen). Die TUK ist eine familienfreundliche Universität, sie schätzt die Vielfalt ihrer Mitglieder und ermöglicht Chancengleichheit für alle.

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der weiteren internen Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Landesdatenschutzgesetzes RLP zu.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Darstellung von industrieller Tätigkeit,

bisheriger und zukünftiger Forschungsschwerpunkte, Angaben über die bisherige Lehrtätigkeit und Drittmiteleinwerbung, Schriftenverzeichnis und bis zu vier Sonderdrucken werden **bis zum 30. April 2019** erbeten an:

**Dekanat Fachbereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 30 49
67653 Kaiserslautern**

E-Mail:

dekanat@mv.uni-kl.de

1158.

In der Abteilung Technik, Stabsstelle Planungsleistungen (TEP) der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer / eines Ingenieur / in (FH)
für Elektrotechnik
Schwerpunkt Automatisierungstechnik
(EG 12 TV-L)
Kenn-Nr.: 3419-TEPE-jg
- Vollzeit -**

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Planung, Kostenermittlung, Ausschreibung, Vergabe und Bauüberwachung bei Neubau-, Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen von elektrotechnischen Anlagen und der Automatisierungstechnik, entsprechend den Leistungsphasen der HOAI
- Aufmaß, Abrechnung, Abnahme sowie Vorbereitung und Zusammenstellung aller erforderlichen Unterlagen für die Übergabe der Maßnahmen in den Instandhaltungsbereich und den Betrieb
- technische Dokumentation der Maßnahmen in CAFM- und CAD-Systemen
- Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben
- Projektleitung großer Bauvorhaben
- Betreuung und Steuerung von externen Fachplanungsbüros
- Überwachen der Einhaltung von Termin-, Kosten- und Qualitätsvorgaben

Ihr Profil:

- abgeschlossenes Hochschulstudium der Ingenieurwissenschaften (Diplom (FH) oder Bachelor), Fachrichtung Elektrotechnik (Schwerpunkt Automatisierung) oder gleichwertige Kenntnisse und Erfahrungen
- 3-jährige Berufserfahrung in einer einschlägigen Tätigkeit
- Projektleitungserfahrungen von fachübergreifenden Bauprojekten
- Kenntnisse in den einschlägigen und maßgebenden technischen Vorschriften (DIN, VDE, VOB, VOL, HOAI, Unfallverhütung, Brandschutz)
- fachübergreifende Kenntnisse im Bereich Versorgungstechnik
- dienstleistungsorientiertes Handeln, stark ausgeprägte Informations- und Kommunikationsstärke, Verhandlungsgeschick, hohe Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenz

- fachliche Problemlösungskompetenz, Koordinationsstärke
- Eigeninitiative, starkes Verantwortungsbewusstsein

Wir bieten:

Eigenständige Abwicklung und Organisation von spannenden und vielseitigen Projekten sowie eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Sehr gern bieten wir auch Hochschulabsolvent / innen die Möglichkeit, in einem erfahrenen Team ihre ersten Berufserfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang müssen wir jedoch darauf hinweisen, dass wenn keine 3-jährige Berufserfahrung nachgewiesen werden kann, die Eingruppierung in der Entgeltgruppe 11 TV-L erfolgt.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3419-TEPE-jg bis zum 23. März 2019** an die

Abteilung Personal - PA 4 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 55099 Mainz

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet: www.verwaltung.uni-mainz.de.

1159.

In der Abteilung Technik, Stabsstelle Planungsleistungen (TEP) der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer / eines Ingenieur / in (FH) für Versorgungstechnik (EG 12 TV-L)
Kenn-Nr.: 3519-TEPV-jg
- Vollzeit -

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Planung, Kostenermittlung, Ausschreibung, Vergabe und Bauüberwachung bei Neubau-, Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen von elektrotechnischen Anlagen und der Automatisierungstechnik,

- entsprechend den Leistungsphasen der HOAI
- Aufmaß, Abrechnung, Abnahme sowie Vorbereitung und Zusammenstellung aller erforderlichen Unterlagen für die Übergabe der Maßnahmen in den Instandhaltungsbereich und den Betrieb
- technische Dokumentation der Maßnahmen in CAFM- und CAD-Systemen
- Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben
- Projektleitung großer Bauvorhaben
- Betreuung und Steuerung von externen Fachplanungsbüros
- Überwachen der Einhaltung von Termin-, Kosten- und Qualitätsvorgaben

Ihr Profil:

- abgeschlossenes Hochschulstudium der Ingenieurwissenschaften (Diplom (FH) oder Bachelor), Fachrichtung Versorgungstechnik oder gleichwertige Kenntnisse und Erfahrungen
- 3-jährige Berufserfahrung in einer einschlägigen Tätigkeit
- Projektleitungserfahrungen von fachübergreifenden Bauprojekten
- Kenntnisse in den einschlägigen und maßgebenden technischen Vorschriften (DIN, VDE, VOB, VOL, HOAI, Unfallverhütung, Brandschutz)
- fachübergreifende Kenntnisse im Bereich Labortechnik und Regelungstechnik
- dienstleistungsorientiertes Handeln, stark ausgeprägte Informations- und Kommunikationsstärke, Verhandlungsgeschick, hohe Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenz
- fachliche Problemlösungskompetenz, Koordinationsstärke
- Eigeninitiative, starkes Verantwortungsbewusstsein

Wir bieten:

Eigenständige Abwicklung und Organisation von spannenden und vielseitigen Projekten sowie eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote. Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Sehr gern bieten wir auch Hochschulabsolvent / innen die Möglichkeit, in einem erfahrenen Team ihre ersten Berufserfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang müssen wir jedoch darauf hinweisen, dass wenn keine 3-jährige Berufserfahrung nachgewiesen werden kann, die Eingruppierung in der Entgeltgruppe 11 TV-L erfolgt.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im

technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3519-TEPV-jg bis zum 23. März 2019** an die

Abteilung Personal - PA 4 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 55099 Mainz

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet: www.verwaltung.uni-mainz.de.

1160.

In der Abteilung Technik, Dienststelle Arbeitsschutz, Brandschutz und Umweltschutz der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Fachkraft für Arbeitssicherheit bzw. Sicherheitsingenieur / in (EG 11 TV-L)
Kenn-Nr.: 3319-DABU-jg
- Vollzeit -

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Beratung der Universitätsleitung in Zusammenarbeit mit der Leitenden Fachkraft Arbeitssicherheit, insbesondere bei der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen, der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln sowie der Beurteilung von Arbeitsbedingungen
- eigenverantwortliche Entscheidung über Maßnahmen der Gefahrenabwehr im Bereich des Arbeitsschutzes
- Überwachung der Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung
- Schulung von Beschäftigten, insbesondere der Sicherheitsbeauftragten
- Unterstützung bei der Durchführung von Brandrisikoanalysen in Gebäuden und an Arbeitsplätzen
- Mitwirkung bei der Einhaltung von Brandschutzbestimmungen bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Nutzungsänderungen, Anmietungen und Beschaffungen

Ihr Profil:

- Hochschulabschluss als Diplom Ingenieur / in (FH), Bachelor der Fachrichtung Sicherheitstechnik oder gleichwertige Kenntnisse und Erfahrungen sowie von einem Unfallversicherungsträger anerkannter Abschluss zur Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Berufserfahrung im Bereich Arbeitssicherheit und Brandschutz ist wünschenswert
- Kenntnisse und Erfahrung mit der Anwendung der Windows Office Software
- fundierte Kenntnisse in den einschlägigen Rechtsnormen des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik sowie im Brandschutz und Baurecht
- dienstleistungsorientiertes Handeln, stark ausgeprägte Informations- und

- Kommunikationsstärke, Verhandlungsgeschick, hohe Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenz
- fachliche Problemlösungskompetenz, Koordinationsstärke
- Eigeninitiative, starkes Verantwortungsbewusstsein

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3319-DABU-jg bis zum 23. März 2019** an die

Abteilung Personal - PA 4 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 55099 Mainz

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet: www.verwaltung.uni-mainz.de.

1161.

In der Etatverwaltung im Institut für Physik - Fachbereich 08 - Physik, Mathematik und Informatik - der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum 1. Mai 2019 eine Stelle als

**Verwaltungsmitarbeiter / in (EG 9 TV-L)
Kenn-Nr.: 3919-08-ml
- 100 % -**

vorläufig befristet bis zum 10. August 2019 mit voraussichtlicher Verlängerung entsprechend der Dauer der in Anspruch genommenen Elternzeit von voraussichtlich zwei Jahren zu besetzen.

Es handelt sich um eine Entgeltgruppe 9 TV-L mit Zusatz, d. h. Stufe 3 wird nach fünf Jahren in Stufe 2 und Stufe 4 nach neun Jahren in Stufe 3 erreicht. Es existieren keine Stufen 5 und 6.

Aufgabengebiet:

- eigenständige Beschaffung von physikalischen und technischen Geräten für Forschung und Lehre sowie von Verbrauchsmaterial unter Berücksichtigung bestehender Rahmenverträge: Einholung, Bearbeitung und Vergleich von Angeboten, Verhandlungen über

- Lieferbedingungen etc., Auftragsvergabe (ggf. unter Einschaltung der Zentralen Beschaffungsabteilung), Rechnungsbearbeitung
- Überwachung aller bearbeiteten Konten
- Verbuchung auf Unterkonten, die nicht von der zentralen Haushaltsabteilung erfasst sind.
- Abgleich der dezentralen Kontenführung mit der integrierten Verwaltungssoftware; Nachforschung und Richtigstellung bei Buchungsfehlern

Einstellungsvoraussetzungen:

- abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte / r oder in einem vergleichbaren kaufmännischen Beruf
- gründliche Kenntnisse des Haushaltsrechts, insbesondere der VOL, der Inventarordnung und der Beschaffungsrichtlinien
- buchhalterische und schreibtechnische Kenntnisse
- Vertrautheit mit einschlägigen IT-Anwendungen (insbesondere Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Buchhaltungssysteme)
- gute Kommunikationsfähigkeit, auch in der englischen Sprache
- Sorgfalt und Kooperationsbereitschaft

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Sozialleistungen, wie vor allem die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Fort- und Weiterbildungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3919-08-ml bis zum 11. März 2019** an die

Abteilung Personal - PA 4 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 55099 Mainz

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet: www.verwaltung.uni-mainz.de.

1162.

In der Abteilung Studierendenservice der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist im Referat „Bewerbung und Zulassung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**eines / r Sachbearbeiters / in (EG 9 TV-L)
Kenn-Nr.: 3219-SL-ml
- Vollzeit -**

befristet bis 31. Dezember 2020 zu besetzen.

Der Studierendenservice der JGU ist die zentrale Service- und Verwaltungseinrichtung für Studieninteressierte, Studienbewerberinnen und -bewerber sowie Studierende. Das Referat „Bewerbung und Zulassung“ ist u. a. zuständig für die Vergabe von Studienplätzen und die Einschreibung von Studienbewerber / innen.

Aufgabengebiet:

- Sachbearbeitung im Rahmen des Bewerbungs- und Zulassungsverfahrens
- Prüfen von Anträgen auf Richtigkeit und Vollständigkeit
- Ermittlung von Durchschnittsnoten und Wartezeiten
- Entscheidung über die Zulassung
- Erstellung der Bescheide
- Einschreibung zugelassener Bewerberinnen und Bewerber
- Information und Beratung von Bewerberinnen und Bewerbern zu Fragen von Bewerbung und Zulassung einschließlich Beschwerdemanagement

Einstellungsvoraussetzungen:

- sehr gute Kenntnisse der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften für die Zulassung und Einschreibung in zulassungsbeschränkten und zulassungsfreien Studiengängen
- sehr gute PC-Anwenderkenntnisse und Kenntnisse in der integrierte Studien- und Prüfungsverwaltungssoftware z. B. CampusNet (gute Anwenderkenntnisse im Bereich Bewerbungs- und Studierendenmanagement)
- abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte / r oder Kauffrau / Kaufmann für Büromanagement ist von Vorteil
- Erfahrungen im Bereich der Studierendenverwaltung einer Universität sind wünschenswert
- ausgeprägte Kompetenzen auf dem Gebiet der Strukturierung und Organisation von Arbeitsabläufen sowie Flexibilität und Teamfähigkeit
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten sowie ein professionelles und verbindliches Auftreten auch in Konfliktsituationen
- hohes Maß an Stressresistenz, insbesondere bei saisonalen Arbeitsspitzen

Von der Stelleninhaberin bzw. dem Stelleninhaber wird erwartet, dass sie bzw. er ihre bzw. seine Tätigkeit am Leitbild der Zentralen Verwaltung der Universität Mainz ausrichtet.

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Wir bieten Ihnen umfangreiche zusätzliche Sozialleistungen, wie vor allem die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste

Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Für inhaltliche Rückfragen wenden Sie sich bitte an Frau Alexandra Lorenz, Leiterin des Bereichs Bewerbung und Zulassung, unter 06131 39-21173 oder alexandra.lorenz@uni-mainz.de.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3219-SL-ml bis zum 11. März 2019** an die

**Abteilung Personal - PA 4 -
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz**

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet:
www.verwaltung.uni-mainz.de.

1163.

In der Abteilung Technik der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer / eines Mess- und Regelmechaniker / in
bzw. Prozessleitelektroniker / in
(EG 7 TV-L)**

**Kenn-Nr.: 3819-TE72-jg
- Vollzeit -**

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Betrieb, Wartung, Inspektion und Instandhaltung von Mess-, Steuer- und Regelungstechnik-Anlagen inkl. der zugehörigen Leitebene
- Neuinstallation und Modifizierungen dieser Anlagen
- Konfiguration der genannten Anlagen
- Durchführung von Fremdkopplungen wie Modbus, M-Bus, KNX, BacNet und OPC / an die vorhandenen Automatisierungstechniken, Siemens PCS7 sowie Siemens PX (beide in CFC- Programmierung)

Ihr Profil:

- abgeschlossene Berufsausbildung zum / zur Elektroniker / in Automatisierungstechnik, Mess- und Regelmechaniker / in, Prozessleitelektroniker / in oder vergleichbare Berufsausbildung in einem verwandten Beruf
- mehrjährige praktische Berufserfahrung in der vorbeugenden Instandhaltung von Automationssystemen sind wünschenswert
- Kenntnisse und Erfahrungen mit Kommunikationsprotokollen, wie v. a. M-Bus / Profibus / LON / KNX / BacNet / MODBUS sind von Vorteil, sowie der Programmierung von Automatisierungstechnik nach internationaler Norm
- Kenntnisse in IT-Netzwerktechnik
- Zuverlässigkeit, Teamgeist und Eigeninitiative sowie die ständige Bereitschaft zur Weiterbildung
- eine Teilnahme an der Rufbereitschaft wird vorausgesetzt

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Wir freuen uns gleichermaßen über Bewerbungen von Berufsanfängern sowie von Personen mit Berufserfahrung.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3819-TE72-jg bis zum 23. März 2019** an die

**Abteilung Personal - PA 4 -
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz**

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet:
www.verwaltung.uni-mainz.de.

1164.

In der Abteilung Technik der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer / eines KFZ-Mechatroniker / in
(EG 6 TV-L)**

**Kenn-Nr.: 3619-TE1-jg
- Vollzeit -**

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Wartung, Inspektion und Instandsetzung von PKW, LKW sowie Sonderfahrzeugen (Traktoren, landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen, Anbaugeräten, Streugeräten, Gabelstapler und Elektrofahrzeuge) sowie verbrennungsmotorgetriebenen Maschinen und Geräten (Rasenmäher, Motorsägen, Notstromgeräte, Häcksler, etc.)
- Betrieb und Überwachung einer Kleintankstelle zur Eigenversorgung

Ihr Profil:

- abgeschlossene Berufsausbildung als Kfz-Mechatroniker / in oder einem artverwandten Beruf
- sehr gute Kenntnisse im Bereich der KFZ Instandhaltung, und Fehlersuche
- Schweißkenntnisse (Autogen-, Schutzgas- und Elektroschweißen)

- PC-Grundkenntnisse in MS-Office Produkten
- Berufserfahrung, Zuverlässigkeit, Eigeninitiative und Entscheidungsfähigkeit

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Wir freuen uns gleichermaßen über Bewerbungen von Berufsanfängern sowie von Personen mit Berufserfahrung.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3619-TE1-jg bis zum 23. März 2019** an die

**Abteilung Personal - PA 4 -
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz**

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet:
www.verwaltung.uni-mainz.de.

1165.

In der Abteilung Technik, Schreinerei der JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**zwei Stellen als Schreiner / in
(EG 6 TV-L)**

**Kenn-Nr.: 3719-TE8-jg
- Vollzeit -**

unbefristet zu besetzen.

Ihre Aufgaben:

- Wartung, Inspektion und Instandsetzung von:
- Hörsaalbestuhlung, Büro- und Laboreinrichtungen
- Türen, Fenster und sonstigen Einrichtungsgegenständen aus Holz und Kunststoff
- Sonnenschutzanlagen aller Art
- Ausführungen von einfachen Glaser- und Trockenbauarbeiten

Ihr Profil:

- abgeschlossene Berufsausbildung zum / zur Schreiner / in oder vergleichbare Berufsausbildung in einem verwandten Beruf

- mehrjährige praktische Berufserfahrung ist wünschenswert
- Zuverlässigkeit, Teamgeist und Eigeninitiative sowie die ständige Bereitschaft zur Weiterbildung

Wir bieten:

Eine anspruchsvolle und vielseitige Aufgabe in einem qualifizierten Team. Neben der Sicherheit der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten wir Ihnen umfangreiche zusätzliche Leistungen, wie vor allem die Zahlung einer Jahressonderzahlung, die Teilnahme an einer zusätzlichen VBL-Rente, die Möglichkeit des Erwerbs eines Jobtickets sowie umfangreiche Personalentwicklungsangebote.

Seitens der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf groß geschrieben. Familienbewusste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, bieten dafür optimale Voraussetzungen.

Wir freuen uns gleichermaßen über Bewerbungen von Berufsanfängern sowie von Personen mit Berufserfahrung.

Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Die Johannes Gutenberg-Universität ist bestrebt, den Anteil der Frauen im technischen Bereich zu erhöhen, und hat daher ein besonderes Interesse an der Bewerbung von Frauen.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **unter Angabe der Kenn-Nummer: 3719-TE8-jg bis zum 23. März 2019** an die

Abteilung Personal - PA 4 - der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 55099 Mainz

Stellenangebote und weitere Informationen auch im Internet: www.verwaltung.uni-mainz.de.

1166.

Beim LANDKREIS ALTENKIRCHEN (Westerwald) ist die Stelle

der / des Landrätin / Landrats (m / w / d)

zum 1. September 2019 wegen Eintritts des Amtsinhabers in den Ruhestand zu besetzen.

Zum Landkreis Altenkirchen (129.791 Einwohner) gehören sieben Verbandsgemeinden (Altenkirchen, Betzdorf-Gebhardshain, Daaden-Herdorf, Flammersfeld, Hamm, Kirchen und Wissen). Der Sitz der Kreisverwaltung befindet sich in der Stadt Altenkirchen.

Die Wahl der Landrätin / des Landrats erfolgt am Sonntag, dem 26. Mai 2019, unmittelbar durch die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Landkreises für eine Amtszeit von acht Jahren (Urwahl). Erhält bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so findet am Sonntag, dem 16. Juni 2019, zwischen den zwei Bewerberinnen / Bewerbern eine Stichwahl statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmzahlen erhalten haben.

Wählbar zur Landrätin / zum Landrat ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl (26. Mai 2019) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freihetlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen B 5 / B 6 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe B 5 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe B 6 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre Amtszeit zulässig. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf die Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / als Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich.

Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 8. April 2019, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter oder bei der Kreisverwaltung Altenkirchen einzureichen sind (Ausschlussfrist). Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Wahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt macht.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, dass die Kreisverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen werden erbeten **bis zum 20. März 2019 (keine Ausschlussfrist)** an:

**Kreisverwaltung Altenkirchen
- Wahl der Landrätin / des Landrats -
z. Hd. des Wahlleiters
Herrn Landrat Michael Lieber
Parkstraße 1
57610 Altenkirchen**

1167.

**STADTVERWALTUNG
KAISERSLAUTERN**

Innerhalb des Referates Finanzen, Abteilung Steuern, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die unbefristete Vollzeitstelle

**einer Sachbearbeiterin bzw.
eines Sachbearbeiters (m / w / d)**

zu besetzen.

Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 11 LBesG und im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 10 TVöD.

Das anspruchsvolle und mit hoher Verantwortung verbundene Aufgabengebiet umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Erstellung der Gewinnermittlungen bzw. Bilanzen der Betriebe gewerblicher Art des Kernhaushaltes, inkl. E-Bilanzen und Taxonomieanforderungen
- Erstellung der Steuererklärungen für die Betriebe gewerblicher Art des Kernhaushaltes
- Prüfung der eingehenden Steuerbescheide und allgemeinen Kommunikation mit den Finanzbehörden
- Begleitung von Betriebsprüfungen
- Mitarbeit bei der Erstellung eines allgemein verbindlichen Tax Compliance für die Stadt Kaiserslautern
- Mitarbeit bei der Umstellung der Stadt Kaiserslautern auf den neuen § 2b UStG
- Analyse und Dokumentation neuer steuerlicher Sachverhalte sowie deren steuerrechtlicher Bewertung
- Optimierung steuerlich relevanter Sachverhalte
- Ggf. Einschaltung, Vermittlung und Begleitung externer Sachverständiger im Rahmen von steuerlichen Optimierungen
- Beratung der Fachreferate im Rahmen steuerlicher Fragestellungen

Wir bieten:

- einen abwechslungsreichen und attraktiven Arbeitsbereich
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- ein Aufgabengebiet mit Gestaltungsspielraum, das selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln erfordert.

Anforderungsprofil:

- Erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium in betriebswirtschaftlichen bzw. finanzwirtschaftlichen Studiengängen oder Abschluss der Laufbahnprüfung für das dritte Einstiegsamt der Fachrichtung Verwaltung und Finanzen bzw. der zweiten Angestelltenprüfung
- Überdurchschnittliches Engagement und die Bereitschaft, sich in ein bestehendes Team einzubringen
- Gute Kenntnisse im Steuer-, Abgaben- und Gesellschaftsrecht sowie im Gemeindehaushaltsrecht
- Nach Möglichkeit mehrjährige einschlägige Berufserfahrung.

Die Stadtverwaltung tritt auch bei Personalentscheidungen für die

Chancengleichheit von Frauen und Männern ein.

Bewerbungen von Teilzeitkräften sind ausdrücklich erwünscht, sofern sich durch die Kombination von Stundenanteilen mehrerer Bediensteter grundsätzlich ein Vollzeitäquivalent ergibt.

Bewerbungen von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Sollten Sie eine berufliche Herausforderung suchen und sich für diese anspruchsvolle Arbeit interessieren, dann bitten wir Sie, sich mit aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (einem aktuellem Lebenslauf, Zeugnisse, etc.) ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem auf das Stellenangebot **mit der Ausschreibungskennziffer 002.19.20.070 bis spätestens 18. März 2019** zu bewerben.

Sie finden die Stellenausschreibung auf unserer Homepage unter

www.kaiserslautern.de/buerger_rathaus_politik/stadtverwaltung/karriere/stellenangebote.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Chapuis-Roux, Telefon 0631 365-2412 und für fachliche Fragen Frau Toense, Telefon 0631 365-1201, zur Verfügung.

1168.

Bei der STADT PIRMASENS (rund 42.000 Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz) ist die Stelle

der Ersten hauptamtlichen Beigeordneten / des Ersten hauptamtlichen Beigeordneten

mit der Amtsbezeichnung Bürgermeisterin / Bürgermeister wegen des Freiwerdens der Stelle zum 1. Juli 2019 neu zu besetzen.

Die Amtszeit beträgt nach § 52 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) acht Jahre. Es erfolgt eine Ernennung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit. Das Amt ist gemäß § 3 Abs. 1 Kommunal-Besoldungsverordnung Rheinland-Pfalz in die Besoldungsgruppe B 3 oder B 4 eingestuft. In der ersten Amtszeit wird das Amt in die Besoldungsgruppe B 3 eingestuft. Eine Beförderung ist frühestens nach Ablauf der ersten beiden Jahre der Amtszeit mit Zustimmung des Stadtrates zulässig. Daneben wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Der Ersten hauptamtlichen Beigeordneten / dem Ersten hauptamtlichen Beigeordneten wird die Leitung eines angemessenen Geschäftsbereichs übertragen. Der Oberbürgermeister legt den Geschäftsbereich mit Zustimmung des Stadtrates fest.

Gesucht wird eine zielstrebige, kreative und einsatzfreudige Persönlichkeit mit Führungsqualitäten und der Bereitschaft zu kollegialer und loyaler Zusammenarbeit. Praktische Erfahrungen als Führungskraft in der Kommunalverwaltung sind erwünscht.

Wählbar zur Ersten hauptamtlichen Beigeordneten / zum Ersten hauptamtlichen Beigeordneten ist gemäß § 53 a in Verbindung mit § 53

Abs. 3 GemO, wer Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist, am Tag der Wahl das 23. Lebensjahr vollendet hat, nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Zur Ersten hauptamtlichen Beigeordneten / zum Ersten hauptamtlichen Beigeordneten kann nicht gewählt werden, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die Ausschreibung erfolgt nach den Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes auch in Teilzeit. Ob die Besetzung in dieser Form tatsächlich möglich ist, wird im Zuge des Auswahlverfahrens entschieden. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, polizeiliches Führungszeugnis, beglaubigte Zeugnisabschriften sowie ein lückenloser Tätigkeitsnachweis) werden erbeten bis 7. Juni 2019 an den

Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens Kennwort „Wahl der Ersten Beigeordneten / des Ersten Beigeordneten“ Rathaus am Exerzierplatz 66953 Pirmasens

Die eingereichten Unterlagen werden zurückgesandt.

1169.

Bei der VERBANDSGEMEINDE BERNKASTEL-KUES ist die Stelle

der / des hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters (m / w / d)

zum 1. Februar 2020 wegen Eintritts in den Ruhestand des derzeitigen Stelleninhabers zu besetzen.

Zur Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues gehören die Stadt Bernkastel-Kues und weitere 22 Ortsgemeinden mit insgesamt ca. 28.500 Einwohnern. Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung ist die Stadt Bernkastel-Kues.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, dem 26. Mai 2019, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt (Urwahl). Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am Sonntag, dem 16. Juni 2019, eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,

- am Tag der Wahl (26. Mai 2019) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen B 3 / B 4 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe B 3 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe B 4 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit zulässig. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / als Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlags durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 8. April 2019, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter oder bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bernkastel-Kues einzureichen sind (Ausschlussfrist).

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Wahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl in der Wochenzeitung „Mittelmoselnachrichten“ öffentlich bekannt macht.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, dass die Verbandsgemeindeverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen werden erbeten **bis zum 1. April 2019 (keine Ausschlussfrist)** an:

Verbandsgemeindeverwaltung Bernkastel-Kues Kennwort: Bürgermeisterwahl z. Hd. des Wahlleiters Gestade 18 54470 Bernkastel-Kues

Informationen zur Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues finden Sie unter www.Bernkastel-Kues.de.

1170.

Aufgrund des Landesgesetzes über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Emmelshausen und St. Goar-Oberwesel vom 12. Februar 2019 (GVBl. Nr. 2/2019, S. 7) ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters (m / w / d)

in der neuen VERBANDSGEMEINDE HUNSRÜCK-MITTEL RheIN im Rhein-Hunsrück-Kreis erstmalig zum 1. Januar 2020 zu besetzen.

Zur neuen Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein gehören 30 Ortsgemeinden sowie die Städte Emmelshausen, St. Goar und Oberwesel mit insgesamt rund 24.000 Einwohnern. Mit einer Fläche von etwa 233 km² erstreckt sie sich verkehrsgünstig an der A 61 und der B 9 gelegen über die reizvolle Mittelgebirgslandschaft des Vorderhunsrücks bis hin zur Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal als UNESCO-Welterbe.

Nach dem landesplanerischen Zentrale-Ort-Konzept (ZOK) sind die Städte Emmelshausen und Oberwesel als Grundzentrum eingestuft, die Stadt St. Goar bildet gemeinsam mit zwei weiteren Städten außerhalb der neuen Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein ein kooperierendes Mittelzentrum. Im Rahmen der Fortschreibung des ZOK wird die Einstufung der neuen Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein als mittelzentraler Verbund mit den kooperierenden Zentren Emmelshausen, Oberwesel und St. Goar angestrebt.

Der Sitz der neuen Verbandsgemeinde wird sich in der Stadt Emmelshausen befinden. In der Stadt Oberwesel wird eine Verwaltungsstelle eingerichtet.

Der Bürgermeister (m / w / d) wird am Sonntag, dem 26. Mai 2019, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgern (m / w / d) der Verbandsgemeinden Emmelshausen und St. Goar-Oberwesel gewählt und in das Beamtinnenverhältnis auf Zeit berufen. Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhält. Hat bei der Wahl kein Bewerber (m / w / d) mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am Sonntag, dem 16. Juni 2019, eine Stichwahl unter den zwei Bewerbern (m / w / d) statt, die bei der ersten Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los darüber, wer in die Stichwahl kommt. Scheidet einer dieser beiden Bewerber (m / w / d) vor der Stichwahl durch Tod oder Verlust der Wahlbarkeit aus, so ist die Wahl zu wiederholen. Bei der Stichwahl ist der Bewerber (m / w / d) gewählt, der von den abgegebenen gültigen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach wird das Amt den Besoldungsgruppen B 3 / B 4 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe B 3 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe B 4 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit zulässig. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gezahlt.

Wählbar zum Bürgermeister (m / w / d) ist

- wer Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen

- Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl (26. Mai 2019) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wahlbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Unabhängig von der Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerber (m / w / d) an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerber (m / w / d) nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Die Frist zur Einreichung des Wahlvorschlages läuft am 48. Tag vor der Wahl (am 8. April 2019) um 18.00 Uhr (Ausschlussfrist) ab. Nähere Einzelheiten dazu ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für alle am 26. Mai 2019 stattfindenden Wahlen, die der Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises spätestens am 69. Tag vor der Wahl (18. März 2019) in der für den Landkreis geltenden Bekanntmachungsform veröffentlicht wird.

Mit der Bewerbung kann gleichzeitig das Einverständnis erteilt werden, dass politischen Parteien und Wählergruppen die eingegangene Bewerbung bekannt gegeben und Einsicht in die weiteren Unterlagen gewährt wird. Ein solches Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf die Ordnungsmäßigkeit der eingereichten Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **bis 25. März 2019 (keine Ausschlussfrist)** erbeten an die:

**Verbandsgemeindeverwaltung
Emmelshausen**

Kennwort: Bürgermeisterwahl

- Wahlleiter -

Rathausstraße 1

56281 Emmelshausen

1171.

Aus den Verbandsgemeinden Landstuhl und Kaiserslautern-Süd wird zum 1. Juli 2019 eine neue Verbandsgemeinde gebildet.

Die neue Verbandsgemeinde führt den Namen Landstuhl. Der Sitz ihrer Verwaltung ist die Stadt Landstuhl

Bei der neugebildeten VERBANDSGEMEINDE LANDSTUHL, Landkreis Kaiserslautern, ist die Stelle

der / des hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters (m / w / d)

zum vorgenannten Termin neu zu besetzen.

Zur neuen Verbandsgemeinde Landstuhl gehören neben der Sickingenstadt Landstuhl weitere

11 Ortsgemeinden mit über 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, dem 26. Mai 2019 unmittelbar von den Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinden Landstuhl und Kaiserslautern-Süd nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für eine Amtszeit von acht Jahren direkt gewählt (Urwahl).

Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am 16. Juni 2019 eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los darüber, wer in die Stichwahl kommt.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer

- Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wahlbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtinnenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen B 3 / B 4 zugeordnet.

Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Mit der Bewerbung kann gleichzeitig das Einverständnis erteilt werden, dass den politischen Parteien / Wählergruppen die eingegangene Bewerbung bekannt gegeben und Einsicht in die weiteren Bewerbungsunterlagen gewährt wird. Ein solches Einverständnis kann auf eine oder mehrere politische Parteien / Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf die ordnungsgemäß eingereichte Bewerbung keinen Einfluss.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / als Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei bzw. Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber gem. der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 48. Tag vor der Wahl (8. April 2019) um 18.00 Uhr beim Wahlleiter oder der Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl einzureichen sind (Ausschlussfrist). Weitere Einzelheiten

sind aus der veröffentlichten Bekanntmachung über die Einreichung von Wahlvorschlägen im „Amtsblatt der Verbandsgemeinde Landstuhl“ zu entnehmen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten **bis zum 22. März 2019 (keine Ausschlussfrist)** an:

**Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl
- Bürgermeisterwahl -
z. H. d. Wahlleiters
Kaiserstraße 49
66849 Landstuhl**

1172.

Bei der VERBANDSGEMEINDE MONSHEIM, Landkreis Alzey-Worms, ist zum 1. September 2019 die Stelle

**der / des hauptamtlichen
Bürgermeisterin / Bürgermeisters (m / w / d)**

wegen Ablauf der Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers zu besetzen. Der Stelleninhaber wird sich um die Wiederwahl bewerben.

Der Verbandsgemeinde Monsheim gehören neben der Sitzgemeinde Monsheim die Ortsgemeinden Flörsheim-Dalsheim, Hohen-Sülzen, Mölsheim, Mörsstadt, Offstein und Wachenheim mit rund 10.500 Einwohnern an.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, den 26. Mai 2019, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Verbandsgemeinde Monsheim für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt (Urwahl). Hat bei dieser Wahl keine Bewerberin / kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten, so findet am Sonntag, den 16. Juni 2019 eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen / Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmzahlen erhalten haben.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist,

- wer Deutsche / r im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- am Tag der Wahl (26. Mai 2019) das 23. Lebensjahr vollendet hat,
- nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist sowie
- die Gewähr dafür bietet, dass sie / er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Nicht gewählt werden kann, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die / Der Gewählte wird in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich nach der Kommunal-Besoldungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Danach ist das Amt den Besoldungsgruppen A 16 / B 2 zugeordnet. In der ersten Amtszeit wird das Amt zunächst in die Besoldungsgruppe A 16 eingestuft. Eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe B 2 ist frühestens nach Ablauf der

ersten zwei Jahre der Amtszeit zulässig. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme als Bewerberin / als Bewerber an der Wahl die Einreichung eines förmlichen Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerberin / Einzelbewerber nach Maßgabe der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Wahlvorschläge spätestens am 8. April 2019, 18.00 Uhr, beim Verbandsgemeindewahlleiter, Alzeier Straße 15, 67590 Monsheim, oder der Verbandsgemeindeverwaltung Monsheim, Alzeier Straße 15, 67590 Monsheim, einzureichen sind (Ausschlussfrist). Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die der Verbandsgemeindewahlleiter spätestens am 69. Tag vor der Wahl, das

ist der 18. März 2019, im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Monsheim, öffentlich bekannt macht.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, dass die Verbandsgemeindeverwaltung politische Parteien und / oder Wählergruppen über den Eingang der Bewerbung informiert und / oder ihnen Einsicht in die Bewerbungsunterlagen gewährt; das Einverständnis kann auf eine oder mehrere Parteien und / oder Wählergruppen beschränkt werden. Die Abgabe oder Nichtabgabe einer solchen Erklärung hat auf das ordnungsgemäße Einreichen einer Bewerbung keinen Einfluss.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten **bis zum 1. April 2019 (keine Ausschlussfrist)** an:

**Verbandsgemeindeverwaltung Monsheim
- Bürgermeisterwahl -
z.Hd. des Verbandsgemeindewahlleiters
Alzeier Straße 15
67590 Monsheim**

Bekanntmachungen der Gerichte

1173.

Öffentliche Aufforderung

Am 23. 2. 2018 verstarb Zita Hablowetz, geb. Mayer, geboren am 7. 1. 1935, letzte Anschrift: 57555 Mundersbach.

Die durch das Gericht ermittelten Erben der ersten Ordnung haben die Erbschaft ausgeschlagen. Weitere Erben konnten nicht ermittelt werden. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von sechs Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Betzdorf anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Betzdorf, den 20. Februar 2019

- 12 VI 63/19 - Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

1174.

Ausschließungsbeschluss: Die Gläubiger, die ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers Friedrich Jakob-Güttler, letzte Anschrift: 08309 Eibenstock, in dem Aufgebotsverfahren vor dem Amtsgericht Alzey, Aktenzeichen 97 UR II 16/18, nicht wirksam angemeldet haben, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; ihr Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt.

Alzey, den 11. Februar 2019

- 97 UR II 16/18 - Das Amtsgericht

1175.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief Gruppe 2, Briefnummer 0278175, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Wöllstein Blatt 4235 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 19.377,96 EUR und der Grundschuldbrief Gruppe 2, Briefnummer 0835540, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Wöllstein Blatt 4235 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 12.782,30 EUR werden für kraftlos erklärt.

Alzey, den 11. Februar 2019

- 97 UR II 28/18 - Das Amtsgericht

1176.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 2, Briefnummer 6093972, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Alzey Gemarkung Udenheim Blatt 1858 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 25.564,59 EUR wird für kraftlos erklärt.

Alzey, den 11. Februar 2019

- 97 UR II 29/18 - Das Amtsgericht

1177.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Weisenheim am Sand Blatt 1052 in Abteilung III Nr. 6 eingetragene Grundschuld zu 3300,- DM mit 12 % Zinsen unter Umständen 14 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Dürkheim Gemarkung Weisenheim am Sand Blatt 1052 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 3000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bad Dürkheim, den 15. Februar 2019

- 1 UR II 6/18 - Das Amtsgericht

1178.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief, Gruppe 01, Briefnummer 055253, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Sobernheim Blatt 3902 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek zu 23.000,- DM mit 6,5 % Zinsen, mindestens 5 % höchstens 8 v. H. jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bad Sobernheim, den 18. Februar 2019

- 6 UR II 13/18 - Das Amtsgericht

1179.

Ausschließungsbeschluss: Die im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Velden Blatt 3343 eingetragenen Eigentümer Irmgard Ulrich, Achim Tscheslog, Luise Jäger, Werner Jung, Horst Jung, Karl-Heinz Friedrich, Ralf Friedrich und Richard Friedrich (in Erbengemeinschaft) werden mit ihren Rechten ausgeschlossen.

Bernkastel-Kues, den 18. Februar 2019

- 4g UR II 9/18 - Das Amtsgericht

1180.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 2666 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 11/18 - Das Amtsgericht

1181.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 4168 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 3700,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 13/18 - Das Amtsgericht

1182.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 3710 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 67.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 3710 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 16/18 - Das Amtsgericht

1183.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Bingerbrück Blatt 1950 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Bingerbrück Blatt 1950 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 10.000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 18/18 - Das Amtsgericht

1184.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Bingen Blatt 1654 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 5000,- DM mit 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 20/18 - Das Amtsgericht

1185.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Gau-Algesheim Blatt 5077 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 4693,66 EUR mit 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 21/18 - Das Amtsgericht

1186.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Waldalgesheim Blatt 2382 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 21.474,26 EUR mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 25/18 - Das Amtsgericht

1187.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Weiler (bei Bingen) Blatt 1933 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 80.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 18. Februar 2019

- 30 UR II 26/18 - Das Amtsgericht

1188.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der VR Bank Alzey-Land-Schwabenheim eG, Sparbuchnummer 4854, ausgestellt für das Konto DE06 5006 9126 2930 7083 64 (vor Fusion: DE45 5006 9842 2930 9287 55), Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Katharina Wolf, Schulstraße 16, 55270 Schwabenheim, wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 19. Februar 2019

- 30 UR II 28/18 - Das Amtsgericht

1189.

Ausschließungsbeschluss: Der Hypothekenbrief, Gruppe 01, Briefnummer 041708, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Daun Gemarkung Oberbettingen Blatt 993 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Hypothek zu 4153,99 DM nebst bis 6 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Daun, den 19. Februar 2019

- 3A UR II 21/18 - Das Amtsgericht

1190.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Gonsenheim Blatt 12053 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 16.872,63 EUR mit

15 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 11. Februar 2019

- 73 UR II 39/18 - Das Amtsgericht

1191.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Nierstein Blatt 4062 in Abteilung III Nr. 8 eingetragene Grundschuld zu 174.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 20. Februar 2019

- 73 UR II 86/18 - Das Amtsgericht

1192.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mayen Gemarkung Ochtenburg Blatt 4251 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 27.000,- DM mit 16 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 12. Februar 2019

- 2 UR II 3/18 - Das Amtsgericht

1193.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Kreissparkasse Mayen, ausgestellt für das Konto 340 0802 33, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Hans-Elmar Führers, Bonn, wird für kraftlos erklärt.

Mayen, den 12. Februar 2019

- 2 UR II 14/18 - Das Amtsgericht

1194.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 142916, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Siershahn Blatt 742 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 4600,- DM mit 8 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Montabaur, den 20. Februar 2019

- 19a UR II 22/18 - Das Amtsgericht

1195.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Oberhonnefeld Blatt 759 in Abteilung III Nr. 4 und Oberhonnefeld Blatt 1236 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 40.136,41 EUR mit 15 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Oberhonnefeld Blatt 759 in Abteilung III Nr. 5 und Oberhonnefeld Blatt 1236 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 15.338,76 EUR mit 15 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Neuwied, den 18. Februar 2019

- 40 UR II 23/18 - Das Amtsgericht

1196.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Briefnummer 052439, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Fell Blatt 5183 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 7669,38 EUR mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 15. Februar 2019

- 50A UR II 72/18 - Das Amtsgericht

1197.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 14490724, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Welschbillig Blatt 3821 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 102.258,38 EUR mit 18 % Zinsen jährlich sowie 5 % Nebenleistungen einmalig wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 15. Februar 2019

- 50A UR II 80/18 - Das Amtsgericht

1198.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 363673534, ausgestellt für das gleichnamige Konto, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Ute Maria Karst, Enschenmühlerweg 31, 54347 Neumagen-Dhron, wird für kraftlos erklärt.

Trier, den 15. Februar 2019

- 50A UR II 87/18 - Das Amtsgericht

Aufgebote

1199.

Frau Melanie Ley, Harbachstraße 73 c, 53489 Sinzig, und Herr Sven Ley, Marc-Chagall-Straße 194, 40477 Düsseldorf, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Dernau Blatt 3458 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 12.000,- DM mit 5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Lubahnstraße 2, 31789 Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Bad Neuenahr-Ahrweiler,
den 12. Februar 2019

- 30 UR II 3/19 - Das Amtsgericht

1200.

Herr Thomas Retterath, Neuhausstraße 12, 53520 Nürburg, und Herr Udo Werner Retterath, Leipziger Straße 30, 10117 Berlin, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Neuenahr-Ahrweiler Gemarkung Nürburg Blatt 523 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 39.000,- DM mit 14 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Ahrweiler, Wilhelmstraße, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Bad Neuenahr-Ahrweiler,
den 19. Februar 2019

- 30 UR II 4/19 - Das Amtsgericht

1201.

Herr Dr. iur. Felix Welker hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 06, Briefnummer 071621, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim, Gemarkung Staudernheim Blatt 2548 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 4090,34 EUR mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Kreissparkasse Kreuznach, Bad Kreuznach. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 03, Briefnummer 022049, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Staudernheim Blatt 2548 in Abteilung III Nr. 8 eingetragene Hypothek zu 4018,73 EUR. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Mainz Aktiengesellschaft, Mainz.

Der Inhaber der Grundschuldbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 29. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 29. Januar 2019

- 6 UR II 11/18 - Das Amtsgericht

1202.

Das Finanzamt Bad Kreuznach, Ringstraße 10, 55541 Bad Kreuznach, hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim, Gemarkung Monzingen Blatt 2649 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Zwangssicherungshypothek zu 1037,78 DM. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Paashaus GmbH & Co. KG, Solingen.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 11. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Bad Sobernheim, den 11. Februar 2019

- 6 UR II 15/18 - Das Amtsgericht

1203.

Frau Astrid Maria Nettersheim, Birkenstraße 13, 56290 Gödenroth, und die Volksbank Rhein-Nahe-Hunsrück eG, Salinenstraße 40 - 46, 55543 Bad Kreuznach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 17079310, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Oberhausen (bei Kirn) Blatt 742 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 25.000,- EUR mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Volksbank Kirn-Sobernheim eG, Kirn.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 15. Februar 2019

- 6 UR II 18/18 - Das Amtsgericht

1204.

Herr Normann Diehm und Herr Kevin Diehm, Oberkleinich 39 a, 54483 Kleinich, haben den Antrag auf Kraftloserklärung ei-

ner abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 09973932, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Sobernheim Gemarkung Daubach (Hunsrück) Blatt 482 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.338,76 EUR mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Bad Kreuznach, Bad Kreuznach.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 29. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Bad Sobernheim anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bad Sobernheim, den 29. Januar 2019

- 6 UR II 1/19 - Das Amtsgericht

1205.

Frau Monika Reichert, Saarallee 24 b, 54470 Bernkastel-Kues, und die BHW Bausparkasse AG, Lubahnstraße 2, 31781 Hameln, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 8, Briefnummer 001831, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Kues Blatt 6391 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 22.599,10 EUR (vormals Kues Blatt 2797, Abt. III Nr. 2, Grundschuld zu 44.200,- DM). Eingetragener Berechtigter: Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH in Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 31. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Bernkastel-Kues anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bernkastel-Kues, den 19. Februar 2019

- 4b UR II 1/19 - Das Amtsgericht

1206.

Herr Stefan Thies, Burgblick 1a, 54570 Pelm, Frau Gisela Thies, Burgblick 1a, 54570 Pelm, und Herr Norbert Thies, Bahnhofstraße 17, 54570 Pelm, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 4, Briefnummer 150740, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Daun Gemarkung Pelm Blatt 868 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 6135,50 EUR (vormals 12.000,- DM) nebst 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ludwigsburg.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Daun anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Daun, den 15. Februar 2019

- 3A UR II 22/18 - Das Amtsgericht

1207.

Frau Ute Brauer, Prümer Straße 14, 54550 Daun, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 7780536, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Daun Gemarkung Daun Blatt 1967 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 23.100,- DM nebst 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter:

Bausparkasse Mainz Aktiengesellschaft, Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Daun anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Daun, den 15. Februar 2019

- 3A UR II 24/18 - Das Amtsgericht

1208.

Herr Rüdiger Streibert, Weisenheimer Straße 59, 67245 Lambsheim, hat den Antrag auf Ausschließung des Eigentümers eines Grundstücks bei Gericht eingereicht. Betroffen ist das Grundstück: Amtsgericht Frankenthal (Pfalz) Gemarkung Lambsheim Blatt 2311. Bezeichnung: Acker am Weisenheimerweg. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Frau Philippine Fuß, Herr August Fuß, Frau Marie Fuß, Frau Karolina Fuß, Frau Helena Fuß, als Miteigentümer zu je 1/5. Letzter bekannter Wohnsitz der Grundstückseigentümer: 67245 Lambsheim.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer werden aufgefordert, ihre Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 22. April 2019** vor dem Amtsgericht Frankenthal (Pfalz) anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Frankenthal, den 15. Februar 2019

- 3 UR II 183/18 - Das Amtsgericht

1209.

Die Kreissparkasse Birkenfeld (Birkenfelder Landesbank), Auf der Idar 2, 55743 Idar-Oberstein, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Kreissparkasse Birkenfeld, Sparbuchnummer 3310359982, ausgestellt für das Konto 3310359982. Das Sparbuch lautet auf: Frau Inge Strässler, Sandstraße 11, 5432 Neuenhof (Schweiz), vertreten durch ihre Betreuerin: Frau Stephanie Sumba, Steinackerstraße 2, 8152 Glattbrugg (Schweiz).

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 6. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Idar-Oberstein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird. Zugleich wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken.

Idar-Oberstein, den 22. Februar 2019

- 38 UR II 3/19 - Das Amtsgericht

1210.

Frau Irmgard Volkert geborene Alken, geb. am 5.4.1939, Casinostraße 21 - 23, 56068 Koblenz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 17472235, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Moselweiß Blatt 1938 in Abteilung III Nr. 10 eingetragene Grundschuld zu 20.000,- EUR mit 5 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Irmgard Volkert geb. Alken, geb. am 5.4.1939.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 18. Februar 2019

- 142 UR II 66/16 - Das Amtsgericht

1211.

Die Stadt Lahnstein, Kirchstraße 1, 56112 Lahnstein, vertreten durch Herrn Michael Hohn, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 13150557, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Lahnstein Gemarkung Oberlahnstein Blatt 5939 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 33.000,- DM, 16 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Koblenz, Bahnhofstraße 11, 56068 Koblenz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Lahnstein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Lahnstein, den 12. Februar 2019

- 26 UR II 27/18 - Das Amtsgericht

1212.

Frau Ursula Frey, Spanierstraße 1, 76879 Essingen, Herr Winfried Willi Frey, Spanierstraße 1, 76879 Essingen, und Herr Peter Frey, Spanierstraße 8, 76879 Essingen, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 2366121, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Essingen Blatt 930 und 1409 in Abteilung III Nr. 1 (Blatt 1409) und Nr. 5 (Blatt 930) eingetragene Grundschuld zu 70.000,- DM (35.790,43 EUR) mit 14 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Eheleute Winfried Frey und Ursula Frey, geb. Brucker, Spanierstraße 1, 76879 Essingen.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 15. Februar 2019

- 1 UR II 29/18 - Das Amtsgericht

1213.

Herr Winfried Scheurer, Haardstraße 14, 67459 Böhl-Iggelheim, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Vorderpfalz, Sparbuchnummer 3605095821. Das Sparbuch lautet auf: Herr Winfried Scheurer, Haardstraße 14, 67459 Böhl-Iggelheim.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 12. Februar 2019

- 14 UR II 34/18 - Das Amtsgericht

1214.

Herr Georg Strub, Am Scheidegraben 3, 67125 Dannstadt-Schauernheim, und Frau Brigitte Strub, Münchhof 5, 67125 Dannstadt-Schauernheim, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Dannstadt Blatt 2834 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grund-

schuld zu 18.400,- DM. Eingetragener Berechtigter: Beamtenheimstättenwerk gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 12. Februar 2019

- 14 UR II 50/18 - Das Amtsgericht

1215.

Herr Reiner Leppert, Königsbacher Straße 20, 67067 Ludwigshafen am Rhein, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Mundenheim Blatt 202 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 121.000,- DM. Eingetragener Berechtigter: BHW Bausparkasse AG, Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 12. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 12. Februar 2019

- 14 UR II 52/18 - Das Amtsgericht

1216.

1. Frau Martha Bauer, Gutenbergstraße 13, 55283 Nierstein, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Nierstein Blatt 4223 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 25.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Mainz in Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 22. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 3195,58 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 22. Januar 2019

- 73 UR II 13/18 - Das Amtsgericht

1217.

1. Herr Rolf Weyerhäuser, Rotkehlchenweg 19, 55126 Mainz, und Frau Charlotte Weyerhäuser, Rotkehlchenweg 19, 55126 Mainz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Finthen Blatt 4600 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 15.700,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch Hall Aktiengesellschaft - Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken - in Schwäbisch Hall.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 21. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 2006,82 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt. Durch einen Fehler im System wurde das

Aufgebot nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht. Da die Veröffentlichung im Staatsanzeiger nach § 437 FamFG für die Aufgebotsfrist maßgeblich ist, muss der Grundschildbrief nochmals aufgeboden werden.

Mainz, den 21. Februar 2019

- 73 UR II 92/18 - Das Amtsgericht

1218.

1. Frau Karin Kaufmann, Eduard-von-Heuß-Straße 32, 55294 Bodenheim, und Herr Eberhard Kaufmann, Eduard-von-Heuß-Straße 32, 55294 Bodenheim, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Bodenheim Blatt 5100 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 245.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: BHW-Bausparkasse, Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hameln.

Der Inhaber des Grundschildbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 22. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 31.380,54 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 22. Januar 2019

- 73 UR II 95/18 - Das Amtsgericht

1219.

1. Frau Annemarie Broschinski, Auf dem Öhlig 19, 56154 Boppard, und die unbekannten Erben des Herrn Herbert Schaller, vertreten durch Frau Rechtsanwältin Lorentz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Mainz Blatt 11090 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 140.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Mainz in Mainz.

Der Inhaber des Grundschildbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 17.895,22 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 19. Februar 2019

- 73 UR II 106/18 - Das Amtsgericht

1220.

1. Vereins Paulierheim e.V., Am Großen Sand 32, 55124 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommenen Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Mombach Blatt 3587 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 87.000,- DM mit 10,5 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Firma Stadtparkasse Mainz, jetzt: Sparkasse Mainz, Bahnhofstraße 1, 55116 Mainz. Des Weiteren handelt es sich um den Grund-

schuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Mombach Blatt 3587 in Abteilung III Nr. 9 eingetragene Grundschuld zu 37.000,- DM mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Stadtparkasse Mainz, jetzt: Sparkasse Mainz, Bahnhofstraße 1, 55116 Mainz.

Der Inhaber der Grundschildbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 15.850,05 EUR (25 % des Wertes der beiden Grundpfandrechte) festgesetzt.

Mainz, den 16. Februar 2019

- 73 UR II 9/19 - Das Amtsgericht

1221.

1. Frau Petra Münzing, Schillerstraße 4, 55270 Ober-Olm, und Frau Brigitta Brunhild Schalm, Seminarstraße 4, 55127 Mainz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Klein-Winternheim Blatt 1733 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 30.000,- DM mit 13 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Finther Bank eingetragene Genossenschaft in Mainz-Finthen.

Der Inhaber des Grundschildbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 17. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 7669,38 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 19. Februar 2019

- 73 UR II 12/19 - Das Amtsgericht

1222.

Herr Friedel Ecker, Irlicher Straße 3, 56567 Neuwied, und Herr Thorsten Ecker, Stefan-Zweig-Straße 30, 56567 Neuwied, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Wollendorf Blatt 4685 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 11.400,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Schwäbisch-Hall Aktiengesellschaft-Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Schwäbisch-Hall.

Der Inhaber des Grundschildbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Neuwied, den 19. Februar 2019

- 40 UR II 34/18 - Das Amtsgericht

1223.

Herr Dirk Neuendorff, Ringstraße 13, 56587 Straßenshaus, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschildbrief über

die im Grundbuch des Amtsgerichts Neuwied Gemarkung Heddesdorf Blatt 4005 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 46.900,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Westdeutsche Landesbank – Girozentrale-Landes-Bausparkasse in Düsseldorf und Münster.

Der Inhaber des Grundschildbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 22. Mai 2019** vor dem Amtsgericht Neuwied anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Neuwied, den 19. Februar 2019

- 40 UR II 46/18 - Das Amtsgericht

1224.

Herr Marc Jücker, Korlinger Mühle 2, 54317 Korlingen, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 321046104, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Herr Marc Jücker, Korlinger Mühle 2, 54317 Korlingen.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuchs erfolgen wird.

Trier, den 18. Februar 2019

- 50A UR II 8/19 - Das Amtsgericht

1225.

Herr Johann Wintrich, Schulstraße 21, 54346 Mehring, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 9974 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Hypothek für ein Darlehen in Höhe von 3000,- DM sowie einen weiteren Betrag von 1 % dieser Schuld wegen eventueller Vertragsstrafe und Schadensersatz. Der Zinssatz des Darlehens beträgt 4 1/2 %, unter Umständen 5 1/2 % jährlich. Eingetragene Berechtigter: Firma Volkshilfe Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin-Schöneberg und Köln; jetzt: AachenMünchener Lebensversicherung AG, AachenMünchener-Platz 1, 52064 Aachen. Des Weiteren handelt es sich um den Hypothekenbrief, Gruppe 1, Briefnummer 4319, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Trier Blatt 9974 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Hypothek für ein Darlehen in Höhe von 13.500,- DM sowie einen weiteren Betrag von 1 % dieser Schuld wegen eventueller Vertragsstrafe und Schadensersatz. Der Zinssatz des Darlehens beträgt 4 1/2 %, unter Umständen 5 1/2 % jährlich vom 1. April 1950 ab. Eingetragene Berechtigter: Volkshilfe Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin-Schöneberg und Köln; jetzt: AachenMünchener Lebensversicherung AG, AachenMünchener-Platz 1, 52064 Aachen.

Der Inhaber der Hypothekenbriefe wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Juni 2019** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Trier, den 18. Februar 2019

- 50A UR II 13/19 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren

– Terminbestimmungen –

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 1226 bis 1252 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes

1226.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 18. April 2019, 14.30 Uhr**, Raum 107, Sitzungssaal, Amtsgericht Alzey, Schlossgasse 32, 55232 Alzey, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Framersheim Gemarkung Framersheim Flur 15 Flurstück Nr. 231, Gebäude- und Freifläche, Silvanerweg 10, 465 m², Blatt 2488. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit Garage; Verkehrswert: 210.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: <http://www.versteigerungspool.de>.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Mai 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Gemäß §§ 67-70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen, Bietvollmachten müssen beiliegend sein.

Alzey, den 13. Februar 2019

- 2 K 8/18 -

Das Amtsgericht

1227.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 15. Mai 2019, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mastershausen Gemarkung Mastershausen Flur 7 Flurstück Nr. 111/4, Gebäude- und Freifläche, Leidenecker Weg 1, Talstraße 36, 1337 m², Blatt 1960 BV 7.

Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Bebautes Grundstück mit freistehendem, 1-geschossigem, nicht unterkellertem Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Doppelgarage (Leidenecker Weg 1) sowie ein abbruchreifes Einfamilienhaus mit landwirtschaftlichem Nebengebäude (Talstraße 36), 56869 Mastershausen; Verkehrswert: 176.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 30. Januar 2019

- 36 K 1/18 -

Das Amtsgericht

1228.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 22. Mai 2019, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eckenroth zu je 1/2-Anteil an Gemarkung Eckenroth Flur 4 Flurstück Nr. 648/1, Gebäude- und Freifläche, Schuppenhäuser Weg 4, 318 m², Blatt 542 BV 1. Zusatz: 2 zu 1 Grunddienstbarkeit (Gasleitungsanschlussrecht) an dem Grundstück Eckenroth Flur 4 Nr. 648/2 Blatt 543, Best.Verz. Nr. 1, dort eingetragen in Abt. II Nr. 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück mit 1-geschossigem, voll unterkellertem Einfamilienwohnhaus (Doppelhaushälfte) mit ausgebautem Dachgeschoss und zum Teil ausgebautem Spitzboden nebst Garage; Schuppenhäuser Weg 4, 55444 Eckenroth; Verkehrswert: 126.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Mai 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 8. Februar 2019

- 36 K 50/18 -

Das Amtsgericht

1229.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Mittwoch, dem 17. April 2019, 14.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Adenau Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd.Nr. 1 ME-Anteil: 36,76/100, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Obergeschoss und dem Kellerraum im Kellergeschoss, Nr. 2 laut Aufteilungsplan, Sondernutzungsrecht ist begründet, Blatt 4253; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 15,02/100, Sondereigentums-Art an dem Appartement im Dachgeschoss und dem Kellerraum im Kellergeschoss, Nr. 3 laut Aufteilungsplan, Sondernutzungsrecht ist begründet, Blatt 4254; an Grundstück Gemarkung Adenau Flur 3 Flurstück Nr. 13, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Am Friedhof 3, 537 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung im 1. OG in einer ca. 1920 erbauten Doppelhaushälfte nebst Kellerraum; Wohnfläche ca. 62 m² (zzgl. KG-Raum); unfertiger Ausbauzustand; derzeit nicht bewohnbar und vermietbar; Verkehrswert: 36.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Appartement im DG in einer ca. 1920

erbauten Doppelhaushälfte nebst Kellerraum; der als DG-Appartement geplante Spitzboden ist in einem nicht ausgebauten Wohnbauzustand, d.h. es ist bislang lediglich ein Spitzboden im Altbestand; Verkehrswert: 10.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 11. Februar 2019

- 6 K 7/16 -

Das Amtsgericht

1230.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 14. Mai 2019, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brüningstraße 30, 54470 Bernkastel-Kues, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bernkastel Gemarkung Bernkastel Flur 3 Flurstück Nr. 678/252, Gebäude- und Freifläche, Am Kirchhof 8, 52 m², Blatt 3533 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 99.800,- EUR; davon entfällt auf Zubehör: 7400,- EUR (Inventar der Gaststätte).

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 19. Februar 2019

- 6 K 33/17 -

Das Amtsgericht

1231.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 25. Juni 2019, 14.45 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Betzdorf Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 32,485/1000, Sondereigentums-Art an den im ersten Obergeschoss rechts belegenen Räumen, Sondernutzungsrecht an dem offenen Balkon, Blatt 4505 BV 1; an Grundstück Gemarkung Betzdorf Flur 1 Flurstück Nr. 1/89, 1/91, 1/93, 421/59, 421/60, 421/62, 421/65, 421/66, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 11, 13, 1163 m². Zusatz: im Aufteilungsplan mit Nr. 17 gekennzeichnet mit Nutzungsbeschränkung für bestimmte Branchen. Der Miteigentumsanteil ist als Gaststätte eingerichtet. Verkehrswert: 56.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 8. Januar 2019

- 14 K 11/18 -

Das Amtsgericht

1232.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 18. Juni 2019, 14.00 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Betzdorf Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 12,728/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im zweiten Obergeschoss links, Sondernutzungsrecht an dem offenen Balkon, Blatt 4509 BV 1; an Grundstück Gemarkung

Betzdorf Flur 1 Flurstück Nr. 1/89, 1/91, 1/93, 421/59, 421/60, 421/62, 421/65, 421/66, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 11, 13, 1163 m². Eigentumswohnung, 2. OG ca. 66 qm Wohnfläche; 2 Zi, Küche, Bad. Verkehrswert: 66.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 8. Januar 2019

- 14 K 12/18 - Das Amtsgericht

1233.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 7. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ormont Gemarkung Ormont Flur 13 Flurstück Nr. 80/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Neuenstein, Burgstraße 14, 1575 m², Blatt 454 BV 1. Zusatz: - Eigentümer zu je 1/2-Anteil - Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnhaus unterkellert; Garage und Nebengebäude (Pferdestall; Geräteschuppen); Verkehrswert: 111.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 6. Februar 2019

- 10 K 80/17 - Das Amtsgericht

1234.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 9. Mai 2019, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederlauch Gemarkung Niederlauch Flur 1 Flurstück Nr. 9/2, Gebäude- und Freifläche, Laucherbach, 880 m², Blatt 118 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; eingeschossig; nicht unterkellert; Dachgeschoss ausgebaut; freistehend; Verkehrswert: 146.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 7. Februar 2019

- 10 K 2/18 - Das Amtsgericht

1235.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 14. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Biersdorf (Eifel) Gemarkung Biersdorf (Eifel) Flur 3 Flurstück Nr. 96, Hof- und Gebäudefläche, Bei der Mühle, 738 m², Blatt 533 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohngebäude zweigeschossig; Verkehrswert: 152.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. August 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 11. Februar 2019

- 10 K 70/18 - Das Amtsgericht

1236.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 23. Mai 2019, 15.00 Uhr**, Raum 100, Sitzungssaal, Amtsgericht Cochem, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Leienkaul Gemarkung Leienkaul Flur 16 Flurstück Nr. 117/2, Landwirtschaftsfläche, Grubenstraße, 1895 m², Blatt 180 BV 2. Zusatz: Der Bodenrichtwert beträgt in diesem Bereich 26 EUR/qm. Objektbeschreibung/Lage: Das Grundstück befindet sich innerhalb des Flächennutzungsplans. Eine Bebauung ist daher grundsätzlich möglich. Verkehrswert: 49.270,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvg.com ab vier Wochen vor dem Termin.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 7. Februar 2019

- 13 K 5/18 - Das Amtsgericht

1237.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 8. Juli 2019, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Nassau lfd. Nr. 1 Gemarkung Nassau Flur 34 Flurstück Nr. 3365, Waldfläche, Untere Neuzebach, 402 m², Blatt 2670 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Nassau Flur 34 Flurstück Nr. 3366, Gebäude- und Freifläche, Neuzebachweg 13, 592 m², Blatt 2670 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Nassau Flur 34 Flurstück Nr. 3364, Waldfläche, Untere Neuzebach, 385 m², Blatt 2670 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Nassau Flur 57 Flurstück Nr. 133/1, Gebäude- und Freifläche, Neuzebachweg 13, 88 m², Blatt 2670 BV 5; lfd. Nr. 5 Gemarkung Nassau Flur 57 Flurstück Nr. 115/7, Erholungsfläche, Neuzebachweg, 175 m², Blatt 2670 BV 6; Gemarkung Nassau Flur 57 Flurstück Nr. 115/8, Gebäude- und Freifläche, Neuzebachweg 13, 675 m², Blatt 2670 BV 6; Gemarkung Nassau Flur 57 Flurstück Nr. 115/9, Gebäude- und Freifläche, Neuzebachweg, 338 m², Blatt 2670 BV 6. Lfd. Nr. 1 unbebaut (Brachfläche); Verkehrswert: 150,- EUR. Lfd. Nr. 2 unbebaut (Überbau Wohnhaus); Verkehrswert: 6500,- EUR. Lfd. Nr. 3 unbebaut (Wiese/Garten); Verkehrswert: 11.000,- EUR. Lfd. Nr. 4 unbebaut (Hof/Freifläche); Verkehrswert: 2500,- EUR. Lfd. Nr. 5 Wohnhaus; Verkehrswert: 100.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 13. Februar 2019

- 10 K 25/17 - Das Amtsgericht

1238.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 15. Juli 2019, 10.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederneisen Gemarkung Niederneisen Flur 12 Flurstück Nr. 171/1, Gebäude- und Freifläche, Unterdorfstraße 15, 240 m², Blatt 1133 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): denkmalgeschütztes Wohnhaus mit Scheune und Schuppen; Verkehrswert: 17.800,- EUR.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 13. Juni 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 18. Februar 2019

- 10 K 21/18 - Das Amtsgericht

1239.

1. Die Terminsbestimmung vom 25. Januar 2019 für den 21. Mai 2019 wird wegen inzwischen geänderter Lagebezeichnung im Grundbuch aufgehoben. 2. Neuer Termin wird bestimmt wie folgt: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 21. Mai 2019, 13.00 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Diez, Schloßberg 11, 65582 Diez, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hahnstätten lfd. Nr. 1 Gemarkung Hahnstätten Flur 28 Flurstück Nr. 87, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg 5, 475 m², Blatt 2447 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Hahnstätten Flur 28 Flurstück Nr. 84, Erholungsfläche, Lilienweg, 229 m², Blatt 2447 BV 2. Zusatz zu lfd. Nr. 1: zu je 1/2-Anteil; Zusatz zu lfd. Nr. 2: zu je 1/2-Anteil. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilien-Wohnhaus und Doppelgarage; Verkehrswert: 340.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebaut; Verkehrswert: 687,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juli 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Diez, den 20. Februar 2019

- 10 K 28/18 - Das Amtsgericht

1240.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 28. Mai 2019, 14.30 Uhr**, Raum 15, Sitzungssaal, Amtsgericht Kaiserslautern, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Morlautern Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 1149.0871/10.000, Sondereigentums-Art an den im Aufteilungsplan mit Nr. 8 bezeichneten Räumen nebst Balkon, Blatt 1431 BV 1; an Grundstück Gemarkung Morlautern Flur/Flurstück Nr. 2/3, Gebäude- und Freifläche, Haselstraße 6a, 1332 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 80.000,- EUR. Gemäß Gutachten: ETW in Gebäude mit 10 Wohneinheiten; rd. 70 qm Wfl.

Weitere Informationen unter www.immobilienspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Henschel, Tel. 069 2722269887.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Kaiserslautern, den 18. Februar 2019

- 2 K 48/17 - Das Amtsgericht

1241.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 28. Mai 2019, 9.30 Uhr**, Raum 517, Sitzungssaal, Amtsgericht Landau in der Pfalz, Marienring 13, 76829 Landau in der Pfalz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Offenbach (Queich) Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 160/1000; Sondereigentums-Art verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen („Mühlensaal“) und dem Abstellraum im Aufteilungsplan dunkelblau

umrandet und mit Nr. 3 bezeichnet, Sondernutzungsrecht: Sondernutzungsrechte und Gebrauchsregelungen sind getroffen; dem hier gebuchten Sondereigentum ist das Sondernutzungsrecht an den Kfz-Stellplätzen S 5, S 10, S 23, S 24, S 25 zugeordnet, Blatt 3543 BV 4; an Grundstück Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6159/3, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Essinger Straße 115, Queichmühlen, 3495 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6159/4, Wasserfläche, Queich, 233 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6159/5, Gebäude- und Freifläche, Essinger Straße, 2 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6160, Gebäude- und Freifläche, Essinger Straße, 610 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6160/2, Verkehrsfläche, Mühlweg, 156 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6161/2, Gebäude- und Freifläche, Essinger Straße, 70 m²; Gemarkung Offenbach (Queich) Flur/Flurstück Nr. 6161/3, Waldfläche, Essinger Straße, 51 m². Zusatz: Für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt. Der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten handelt es sich bei dem Sondereigentum Nr. 3 um ein eigenständiges Gebäude (in einer Wohnanlage), ehemaliger Mühlensaal, ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt; zweigeschossig; tlw. ausgebauter Dachgeschoss; zweiseitig angebaut; mit Anbau. Nutzungseinheiten lt. Gutachten: Erdgeschoss: Turbinenhaus, Transmissionsfläche, Mühlensaal, WCs, Küche, Abstellraum, Vorraum, Abstellraum im ehemaligen Schweinestall; Obergeschoss: drei Zimmer, Bad-Dusche, Sauna, Balkon; Dachgeschoss: Dachboden; Hobbyraum, Balkon. Objektadresse laut Gutachten: Essinger Straße 115, 76877 Offenbach; Verkehrswert: 285.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landau, den 5. Februar 2019

- 1 K 13/18 - Das Amtsgericht

1242.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 4. Juni 2019, 10.00 Uhr**, Raum 517, Sitzungssaal, Amtsgericht Landau in der Pfalz, Marienring 13, 76829 Landau in der Pfalz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Annweiler Gemarkung Annweiler Flur/Flurstück 1608/1, Gebäude- und Freifläche, Hohenstaufenstraße 28, 220 m², Blatt 1324 BV 3; Gemarkung Annweiler Flur/Flurstück 1608/2, Erholungsfläche, Hohenstaufenstraße 28, 141 m², Blatt 1324 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten bebaut mit einem Einfamilienhaus (ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt, zweigeschossig; unterkellert; nicht ausgebauter Dachgeschoss; einseitig angebaut), auf dem Grundstück befindet sich lt. Gutachten ein Stellplatz. Objektadresse laut Gutachten: Hohenstaufenstraße 28, 76855 Annweiler. Verkehrswert: 109.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. August 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 15. Februar 2019

- 1 K 76/18 - Das Amtsgericht

1243.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 17. April 2019, 10.15 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gerhardsbrunn Blatt 136 BV-Nr. 27 Gemarkung Gerhardsbrunn Flurstück: 2515/4, Landwirtschaftsfläche, Scharrhof, 1286 m²; Gemarkung Gerhardsbrunn Flurstück 2515/5, Erholungsfläche, Landwirtschaftsfläche, Scharrhof, 974 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Streuobstwiese, PKW-Abstellfläche, geschottert, Fläche mit alten Zwingern; Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau; Verkehrswert: 17.800,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Juni 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 25. Januar 2019

- 1 K 21/18 - Das Amtsgericht

1244.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 22. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hönningen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 944/10.000, Sondereigentums-Art: Wohnung im Aufteilungsplan mit Nr. 20 bezeichnet, Sondernutzungsrecht an Einstellplatz Nr. 15, Blatt 4756; an Grundstück Gemarkung Hönningen Flur 4 Flurstück Nr. 138/2, Gebäude- und Freifläche, Rheinallee 13, 1437 m². Zusatz: Für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Band 103 Blatt 4737 bis Band 104 Blatt 4756); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung des Verwalters, Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte gerader Linie oder Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, Veräußerung durch Zwangsversteigerung oder durch Konkursverwalter; im Übrigen wird wegen des Gegenstandes oder des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragungsbewilligung vom 17. Oktober 1978 Bezug genommen. Eingetragen am 27. November 1978. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 110.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 7. Februar 2019

- 6 K 58/17 - Das Amtsgericht

1245.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 25. April 2019, 14.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ludwigshafen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 68,81/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung im 3. Obergeschoss Nr. 7 und Kellerraum im Kellergeschoss Nr. 7, Blatt 11559 BV 1; an Grundstück Gemarkung Ludwigshafen Flur/Flurstück Nr. 325, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 31, 529 m². Eingetragen im Grundbuch von Ludwigshafen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 2 ME-An-

teil: 8,95/10.000, Sondereigentums-Art: Abstellplatz (PKW) im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 277, Blatt 5167 BV 1, 2 zu 1; an Grundstück Gemarkung Ludwigshafen Flur/Flurstück Nr. 122, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 9, 11, 13, 15, 17, 2761 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im 3. OG, 2 Zimmer, Küche, Diele, Bad und WC, Wfl. ca. 75 qm, Kellerraum vorhanden - ohne Gewähr -; Verkehrswert: 90.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): PKW-Abstellplatz in Tiefgarage - ohne Gewähr -; Verkehrswert: 6000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Herr Schulz, Tel.Nr. 06241 851-9302.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. März 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 20. Februar 2019

- 3 K 6/17 - Das Amtsgericht

1246.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 25. April 2019, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ludwigshafen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 96/1000, Sondereigentums-Art: Räume im 1. Obergeschoss sowie Keller, SE-Nr. 2, Blatt 7029 BV 1; an Grundstück Gemarkung Ludwigshafen Flur/Flurstück 461, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 43, 523 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im 1. OG mit 5 Zimmer, Küche, Bad, WC, aktuell ein Teil abgetrennt ohne Bad/WC und Küche, insgesamt ca. 123,57 qm Wohn-/Nutzfläche, Kellerraum, Bj. ca. 1955; Verkehrswert: 103.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Rechtsanwälte Bartholomä & Michelbach, Tel. Nr. 0621 510040-519480, AZ: 002747-16/bm/bm; Frau Schubert, Tel. Nr. 0721 142-21598, AZ: 68920115/4776349.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 12. Februar 2019

- 3 K 115/17 - Das Amtsgericht

1247.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 15. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Mayen lfd. Nr. 1 Gemarkung Mayen Flur 11 Flurstück Nr. 166/43, Gebäude- und Freifläche, Eintrachtstraße 29, 151 m², Blatt 9054 BV 1. Eingetragen im Grundbuch von Mayen Miteigentumsanteil von 1/14 an lfd.Nr. 2 Gemarkung Mayen Flur 11 Flurstück Nr. 947/166, Weg, Eintrachtstraße, 267 m², Blatt 9054 BV 2/zu 1. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 146.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 870,- EUR. Der Gesamtverkehrswert beträgt 146.870,- EUR. Laut Gutachten handelt es sich um ein Einfamilienhaus mit Miteigen-

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahltStaatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz

tumsanteil am Grundstück. Das Grundstück ist mit einem Einfamilienhaus als Reihenhausgrundstück bebaut. Der 1/14-Miteigentumsanteil am Grundstück bezieht sich auf den Weg, welcher rückseitig des Reihenhausgrundstücks verläuft.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 29. Januar 2019

- 2 K 3/18 -

Das Amtsgericht

1248.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, 15.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bell (Eifel) lfd. Nr. 1 Gemarkung Bell (Eifel) Flur 11 Flurstück Nr. 148, Waldfläche, Ober Nappertal, 509 m², Blatt 2284 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Bell (Eifel) Flur 12 Flurstück Nr. 366/193, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, Auf der Zwei, 1525 m², Blatt 2284 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Bell (Eifel) Flur 12 Flurstück Nr. 365/193, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, Auf der Zwei, 763 m², Blatt 2284 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Bell (Eifel) Flur 6 Flurstück Nr. 362/4, Landwirtschaftsfläche, Auf dem Engwinkel, 824 m², Blatt 2284 BV 6. Lfd. Nr. 1: Im festgesetzten Verkehrswert ist der Wert durchschnittlichen Aufwuchses (Niederwald) enthalten. Etwaiger werthaltiger Hochwald ist durch die jeweiligen Bietinteressenten selbst zu bewerten. Verkehrswert: 200,- EUR. Lfd. Nr. 2: Das Grundstück ist im Flächennutzungsplan als Trockenbiotop dargestellt und kann daher weder als Ackerland noch als Grünland genutzt werden. Forstwirtschaftliche Nutzung ist möglich. Etwaiger werthaltiger Hochwald ist durch die jeweiligen Bietinteressenten selbst zu bewerten. Verkehrswert: 600,- EUR. Lfd. Nr. 3: Das Grundstück ist im Flächennutzungsplan als Trockenbiotop dargestellt und kann daher weder als Ackerland noch als Grünland genutzt werden. Forstwirtschaftliche Nutzung ist möglich. Etwaiger werthaltiger Hochwald ist durch die jeweiligen Bietinteressenten selbst zu bewerten. Verkehrswert: 300,- EUR. Lfd. Nr. 4: Die Fläche ist verpachtet. Verkehrswert: 2800,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Rechtsanwälte Walek, Barg u. P., Mayen (Tel. 02651 9890-77).

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Oktober 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 18. Februar 2019

- 2 K 35/18 -

Das Amtsgericht

1249.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 21. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Montabaur, Bahnhofstraße 47, 56410 Montabaur, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Marienrachdorf Gemarkung Marienrachdorf Flur 13 Flurstück Nr. 4, Grünland, Theodor-Heuss-Ring 10, 876 m², Blatt 887 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit Doppelgarage; Verkehrswert: 295.000,- EUR.

Montabaur, den 11. Februar 2019

- 14 K 2/18 -

Das Amtsgericht

1250.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Montag, dem 13. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 235, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pirmasens Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil 82,15/933, Sondereigentums-Art an der Wohnung im 2. Obergeschoss - im Aufteilungsplan mit Nr. 9 bezeichnet und dem Kellerraum im Aufteilungsplan mit Nr. 9 bezeichnet sowie der Garage Nr. 2; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Band 321 Blatt 10680 bis 10687 und 10689 bis 10693, der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; Veräußerungsbeschränkung (Zustimmung des Verwalters), Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie oder Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter; die Gemeinschaftsordnung ist gemäß § 10 Abs. 2 WEG Inhalt des Sondereigentums, wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 2. Oktober 1981, eingetragen am 1. Dezember 1981, Blatt 10688 BV 1; an Grundstück Gemarkung Pirmasens Flur/-

Flurstück 1626/3, Gebäude- und Freifläche, Rodalber Straße 28, 531 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung im 2. OG eines Mehrfamilienhauses mit insgesamt 14 Wohnungen, Baujahr 1982; zentrumsnah; Aufzug von Keller bis Dach; Wohnfläche der zu versteigernden Wohnung ca. 82 m²; Aufteilung: 3 Zimmer, Küche, Bad, Kammer, Gäste-WC, Balkon; Keller und Garage vorhanden; Balkon Richtung Südosten (hofseitig) ausgerichtet; Bad und Gäste-WC jeweils mit Tageslicht; Verkehrswert: 58.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 19. Februar 2019

- 1 K 72/17 (2) -

Das Amtsgericht

1251.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 27. Juni 2019, 8.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dhronen Gemarkung Dhronen Flur 11 Flurstück Nr. 124, Gebäude- und Freifläche, Mühlenweg 13, 127 m², Blatt 866. Verkehrswert: 36.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. April 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 12. Februar 2019

- 23 K 80/18 -

Das Amtsgericht

1252.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 16. Mai 2019, 10.00 Uhr**, Raum 3, Sitzungssaal, Amtsgericht Wittlich, Kurfürstenstraße 63, 54516 Wittlich, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hetzerath Gemarkung Hetzerath Flur 20 Flurstück Nr. 13, Gebäude- und Freifläche, Mühlenberg 5, 177 m², Blatt 3120 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus mit Anbau; Verkehrswert: 65.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Oktober 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Wittlich, den 12. Februar 2019

- 12a K 44/18 -

Das Amtsgericht